

# PROTOKOLL

über die 14. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 4. März 1993, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### A n w e s e n d :

#### **BÜRGERMEISTER:**

Hermann Leithenmayr

#### **VIZEBÜRGERMEISTER:**

Erich Sablik

Dr. Leopold Pfeil

#### **STADTRÄTE:**

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Karl Holub

Ing. Othmar Schloßgangl

Leopold Tatzreiter

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

#### **GEMEINDERÄTE:**

Felicitas Bauer

Josef Brandstötter

Gerhard Bremm

Ulrike Fuchs

Günter Fürweger

Johann Glanzer

Hans Dieter Götz

Gottfried Hofstetter

Oskar Holub

Engelbert Huber

Klaus Jansky

Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

Friederike Mach

Josef Mayr

Dipl.-Ing. Frank Mundorff

Hans Payrleithner

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Eva Scheucher

Dr. Tilman Schwager

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Strobl

#### **VOM AMT:**

MD Dr. Kurt Schmidl

OMR Dr. Gerhard Alphasamer

SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

Mag. Helmut Lemmerer

#### **PROTOKOLLFÜHRER:**

OMR Mag. Augustin Zineder

Belinda Kastlunger

# T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

## Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

SH-6901/82	Karl-Franz Stromayr; Kostenersatz für Sozialhilfe-Leistungen; Beschwerde an die Volksanwaltschaft.
GHJ1-8520/92	Reparatur Spindelmäher - Sportanlage Rennbahn bzw. städt. Sportanlagen.
GHJ1-8645/92	Putzmittelbestellung für städt. Schulen bzw. Kindergärten und Horte.
GHJ2-11/93	Sportanlage Rennbahn Eislaufplatzgebäude; Glasbruch durch Vandalismus.
Wa-4125/73	Mülldeponie Steyr; Grunderwerbsteuervorschreibung.
SchuVIII-3107/85	Ankauf einer Baßklarinette f. d. Landesmusikschule.
GHJ2-7272/92	Mutterberatung Hanuschstr. 1; Instandsetzungsarbeiten.
Ha-8110/92	Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre für das Jahr 1993.
Ha-3/93	Verein für Deutsche Schäferhunde, Ortsgruppe Steyr; Subventionsansuchen.
Ha-8043/92	Schulrat Gerfried Deschka; Subventionsansuchen.
ÖAG-5524/90	Rückkauf eines Teilstückes der Parzelle 1435/20, KG Steyr, v. d. Ehegatten Dr. Helmut und Dr. Erika Saxenhuber, 4400 Steyr, Reithofferg. 1; Zahlung d. Kaufpreises.

# Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN  
LEITHENMAYR:

- 1) Präs-785/90 Nachtrag zum Tätigkeitsbericht d. RH in bezug auf die Stadt Steyr - Kapitalbeteiligung der Stadt Steyr an der Gemeinn. Landeswohnungsgenossenschaft f. OÖ., eingetragene Genossenschaft mbH.
- 2) Ha-3719/90 SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention von S 500.000,-- als Weiterleitung einer Landesförderung.
- 3) Ha-6172/91 2. Rate f. den am 27. 5. 1992 verlängerten Vertrag über das Einweisungsrecht für Heimplätze in Linz.
- 4) Ha-6173/91 2. Rate f. den am 23. 3. 1992 verlängerten Vertrag über das Einweisungsrecht für Heimplätze in Salzburg.
- 5) Ge-8189/92 Fa. Wärmegerätebau Steyr GesmbH., Wolfenstraße 44, 4400 Steyr; Antrag auf Gewerbeförderung.
- 6) Ge-6354/92 Fa. Haas GesmbH., Steinerstraße 2E, 4400 Steyr; Antrag auf Gewerbeförderung.
- 7) Präs-486/78 u. a. Mittelfreigabe für div. bereitsbeschlossene Gewerbeförderungen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH  
SABLIK:

- 8) Ha-2/93 Rettungsbeitrag 1993.
- 9) Wa-5450/75 Akontozahlung an den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 1993.
- 10) Pol-570/92 Verordnung betreffend Schutz der Bevölkerung vor störendem Lärm; Novellierung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR.  
LEOPOLD PFEIL:

- 11) VerkR-5629/92 Einführung der Parkraumbewirtschaftung; Einhebung einer Gemeindeabgabe (Parkgebührenverordnung 1992).

BERICHTERSTATTERIN STADTRAT INGRID EHREN-  
HUBER:

- 12) Präs-569/92 Städtebund Beitritt zum "Gesunde Städte"-Netzwerk.
- 13) San-3360/92 Medizinische Hauskrankenpflege; Kostentragung.
- 14) Ha-5669/92 Verein "Aktion Tagesmütter OÖ."; Subventions-  
ansuchen für 1993.
- 15) Ha-7442/87 Einrichtung eines Notarztwagens in Steyr; Beitrag  
zu den Kosten der Notfallsanitäter.
- 16) SH-Erl.-6728/92 Richtlinien für die Durchführung der Langzeithilfe für  
Familien als Sonderform d. Familienbeihilfe; Abschluß  
einer Vereinbarung mit der Caritas.
- 17) SH-4436/91 Behindertenfahrdienst 1993; Mittelfreigabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 18) ÖAG-5330/92 Stadtwerke Steyr - Jahresbilanz 1991; Versorgungs-  
betriebeverbund Gas und Verkehr - Jahresbilanz '91.
- 19) ÖAG-4796/92 Stadtwerke Brunnenfeld Dietach; Erneuerung d. Energieversor-  
gungsanlagen f. d. Brunnen 3, 7 u. 8; Vergabe der  
Leistungen.
- 20) ÖAG-7/93 Stadtwerke Gas- und Wasserwerk; Jahresbedarf 1993 an Sphäro-  
gußrohren und Formstücken.
- 21) ÖAG-15/93 Stadtwerke Stadtwerke Steyr - Versorgungsbetriebeverbund Gas  
u. Verkehr; Investitionskostenzuschuß 1993.
- 22) ÖAG-2997/75 Stadtwerke Wasserverband "Region Steyr"; Landesdarlehen f. d.  
Bauabschnitte 01 und 02; Erlaß des Amtes d. Oö. LR;  
Änderung der Darlehenskonditionen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- 23) Ha-11/93 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 1993.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

- 24) Bau2-2195/92 Bebauungsplan Nr. 59 - "Drachenwiese".

- 25) Bau2-4739/92 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 88 - SNF AG; Umwidmung von Grünland/Wald in Industriegebiet.
- 26) Bau2-7060/91 Bebauungsplan Nr. 58 - "Klosterberg".
- 27) Bau3-7623/89 Fußgängerübergang Plenkberg; Stahlbau- u. Baumeisterarbeiten; Antrag auf Mittelfreigabe.
- 28) Bau4-6628/88 Renovierung der Inselbrücke.
- 29) Bau6-6672/92  
Bau3-7370/92 Leitungsneubauten Straßenbau- und Plattenverlegearbeiten Steyrdorf; 3. Ausbaustufe.
- 30) Bau6-483/92 1. Errichtung Kanalisation Wehrgraben-Süd; 2. Ausbaustufe;  
- Blumauerg., S.-Stöger-Str. u. Josefgasse  
- Flußquerungen Mitter- und Gsangwasser;  
- Pumpwerk F  
2. Straßenbau u. Beleuchtungsverlegungsarbeiten im Zuge des Kanalbaues  
Antrag um Auftragserweiterung; nachträgliche Vergabe.
- 31) Bau6-6630/91 Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- u. Straßenbauarbeiten zur Sanierung d. Kanalisation Schlöglwiese; Antrag auf Restmittelfreigabe.
- 32) Bau2-2430/92 Verkehrsdrehscheibe Bahnhof; Antrag auf Vergabe von Planungsarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZ-  
REITER:

- 33) Bau5-825/91 Errichtung eines Wohnhauses mit 40 Kleinwohnungen in Steyr, Resthofstraße; Mittelfreigabe.
- 34) ÖAG-6929/92 Auflassung eines Teilstückes des öffentlichen Gutes, Grundstück 1360/5, KG Steyr; Verkauf dieses Teilstückes an die Ehegatten Johann und Christine Lechner, Steyr, Aichetgasse 24.
- 35) FW-8675/92 Ankauf eines Einsatzleitrechners für den Alarmtisch in der FW-Dienststelle.
- 36) FW-3/93 Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille d. Stadt Steyr" an Angehörige d. Betriebsfeuerwehren u. d. Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.
- 37) FW-6271/92 Ankauf eines Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung für die FFW der Stadt Steyr - Löschzug III (Gleink).

- 38) Ha-3790/92 Styria reg. Gen.m.b.H., Gewährung eines Baukostenzuschusses für Wohnbauprojekt Steyr - Christkindl.
- 39) GHJ2-754/92 Sierninger Straße 115; Instandsetzungsarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

- 40) ÖAG-4002/86 Verkehrsbetrieb der Stadtwerke; Zuerkennung  
Präs-31/83 einer Grundleistung.
- 41) Ha-7655/91 Finanzierung d. Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben d. im GR der Stadt Steyr vertretenen GR-Fraktionen.
- 42) K-7095/80 Museum Industrielle Arbeitswelt; Weiterleitung einer Landesförderung von S 500.000,--.
- 43) Ha-3900/92 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr '92 in das Finanzjahr '93.
- 44) Buch-7800/92 Ausgleich des o. und ao. Haushaltes 1992 durch Entnahmen bzw. Zuführungen von Rücklagen.
- 45) Ges-3444/91 Gemeindebediensteten-Schutzkommission.  
San-3996/91

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich! Ich stelle fest, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben erscheint. Als Protokollprüfer sind mir die GR Brandstötter und DI Mundorff vorgeschlagen. Nehmen die Herren diese Funktion an? Danke. Entschuldigt haben sich GR Bachner, GR Gollatsch und GR Rohrauer.

Meine Damen und Herren des GR, wir kommen zu Punkt 1 A "NEUANGELOBUNG EINES MITGLIEDES DES GR". Ganz kurzfristig und überraschend hat Fr. GR Susanne Thurner in einem Schreiben vom 26. 2. 1993 mitgeteilt, daß sie mit Wirkung vom 28. 2. 1993 ihr GR-Mandat zurücklegt. Mir persönlich tut es leid, daß unsere jüngste Gemeinderätin, die sehr viel Herz für die Anliegen der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger gezeigt hat, diesen Schritt setzte. Den Pressemeldungen entnehme ich, daß es innerparteiliche Unstimmigkeiten gegeben hat.

Da diese Mandatsverzichtserklärung erst am 1. 3. 1993 beim Magistrat einlangte, war es nicht mehr möglich, die Neuangelobung eines Mitgliedes des GR in die Tagesordnung zur heutigen Sitzung aufzunehmen, da diese bereits ausgeschickt und zugestellt war. Es ist uns jedoch mit Schreiben vom 3. 3. von der

Freiheitl. Fraktion mitgeteilt worden, daß als Ersatz Fr. Ulrike Fuchs vorgeschlagen wird.

Gemäß § 18 Abs. 1 der GO für den GR der Stadt Steyr und seine Ausschüsse bietet jedoch das Statut die Möglichkeit, in bes. Fällen, abweichend von der generellen 5-Tage-Regelung, die Einberufung eines GR-Mitgliedes auch 24 Stunden vor der Sitzung vorzunehmen. In Entsprechung dieser Bestimmung wurde am gestrigen Tag das listennächste Ersatzmitglied der Freiheitl. GR-Fraktion, Frau Ulrike Fuchs, die ich hiemit in unserem Kreis herzlich willkommen heißen möchte, zur heutigen Sitzung und Angelobung als neues GR-Mitglied einberufen.

Zur Angelobung ersuche ich Sie, sehr geehrte Frau Fuchs, sich von Ihrem Platz zu erheben und das Gelöbnis mit den Worten "Ich gelobe" abzulegen. Die Gelöbnisformel lautet wie folgt:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

GEMEINDERÄTIN ULRIKE FUCHS:

Ich gelobe!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr; damit sind Sie  
angelobt.

Nun zu 1 B der Tagesordnung.  
Der StS-Tagesordnungspunkt 9  
(Verordnung betreffend Schutz  
der Bevölkerung vor störendem  
Lärm) aus dem Referat von Hr.  
Vbgm. Erich Sablik wurde in der  
Sitzung des StS vom 25. 2. 1993  
zur nochmaligen Beratung im  
Umweltausschuß zurückgestellt.

Gem. § 19 Abs. 4 der GO für den  
GR der Stadt Steyr kann mit  
einer Mehrheit von zwei Dritteln  
der anwesenden Stimmberechtig-  
ten ein Verhandlungs-  
gegenstand von der Tages-  
ordnung abgesetzt werden.  
Meine Damen und Herren, ich  
lasse darüber abstimmen und  
ersuche Sie, dem Antrag zur  
Absetzung zuzustimmen. Wer mit  
dieser Absetzung einverstanden  
ist, den bitte ich um ein Zeichen  
der Zustimmung. Danke sehr.  
Gegenprobe? Stimmenthaltung?  
Der Antrag zur Absetzung ist  
einstimmig angenommen und der  
abgesetzte Tagesordnungspunkt  
wird neuerlich im Umwelt-  
ausschuß einer Beratung zu-  
geführt.

Damit kommen wir zu Punkt 2)  
"BEHANDLUNG VON ALLFÄL-  
LIGEN ANFRAGEN". Mit Schrift-  
satz vom 10. 2. 1993 ist von Hr.  
Vbgm. Dr. Leopold Pfeil und Hr.  
StR Roman Eichhübl namens der  
FPÖ-GR-Fraktion folgende  
Anfrage eingegangen:

"Gem. § 10 der GO der Stadt Steyr  
stellt die Freiheitl. GR-Fraktion  
folgende schriftliche Anfragen an  
den Bürgermeister:

#### Plenklbergausbau:

Auf Betreiben der Bürger-  
initiative Plenklberg haben Sie  
folgende bindende Zusagen  
gemacht:

Grünspur - Stadt Richtung Sei-  
tenstettner Straße, Haager Straße  
Richtung Ramingdorf, Punzer-  
straße Richtung Stadt

Aus Ihrer pol. Weisung an die  
Bezirksverwaltungsbehörde der  
Stadt Steyr, die weder mit dem  
Verkehrsausschuß, dem Ver-  
kehrsreferenten, noch mit der  
zuständigen Landesbaudirektion  
abgesprochen wurde, ist ein  
rechtsgültiger Bescheid er-  
wachsen, der, da er vom Land  
nicht beeinsprucht wurde,  
rechtskräftig ist.

Der Plenklberg wurde nun  
4spurig nach den alten  
ursprünglichen Plänen umgebaut.  
Die Verkehrsführung nach Ihrer  
Weisung ist mit dem tatsächlich  
erfolgten Umbau nicht kom-  
patibel. Nach der nun am 11. 2.  
1993 erfolgten Inbetriebnahme  
der Ampelanlage ist es zu keiner  
Verbesserung im Verkehrsfluß  
gekommen.

Der Bescheid ist bis 31. 5. 1993  
befristet. Baustadtrat Schloßgangl  
hat in einer GR-Sitzung am 26.  
11. 1992 mitgeteilt, daß nach  
Ablauf der Befristung der  
ursprüngliche Plan zum Zuge  
kommt, während Sie in der  
Öffentlichkeit behaupten, an den

Vereinbarungen mit der Bürgerinitiative wird nichts geändert.

Welche Lösung wird nach dem 31. 5. 1993 nun bevorzugt? Wird weiterhin die Kapazität des umgebauten Plenkoberges wie bei der obigen Lösung nur bis zu 50 % reduziert?

Zudem fragen wir noch, wo im Bereich des Ausbaues die in Aussicht gestellte Busspur kommen sollte?

Wir bitten um Aufklärung.

#### Stadtentwicklung:

Die Freiheitl. Partei hat in ihrer Wahlaussage zu den GR-Wahlen 1991 vehement die Forderung nach einem umfassenden StEK erhoben. Mit Freude konnten wir feststellen, daß nach den GR-Wahlen bei allen anderen pol. Parteien die Bedeutung eines derartigen Konzeptes erkannt wurde, und daher dieser Wunsch von allen getragen wurde. Ressortzuständig für diese Stadtentwicklung sind Sie, Herr Bürgermeister.

Von der pol. Einigung im Nov. 1991 bis zur Befassung im StS im Juli 1992 dauerte es bis zum 15. Sep. 1992, bis es zu einem Hearing der vorgeschlagenen Kandidaten kam, 6 Wochen bis zur beschließenden GR-Sitzung und weitere unverständliche 2 Monate bis zur Auftragsvergabe an Hr. Prof. Breitling. Prof. Breitling hat sich dann bis zum 15. Jänner Zeit gelassen, den Auftrag bestätigt zu retournieren.

Wir fragen nun schriftlich an, wodurch diese Verzögerungen zustande kamen und wie die weitere Vorgangsweise in Sachen Stadtentwicklung ist?

Hat Hr. Prof. Breitling die Arbeit bereits aufgenommen?

Weiters wollen wir darauf hinweisen, daß wir immer eine öffentliche Ausschreibung für dieses für Steyr so wichtige Projekt verlangt haben. Darüber hinaus ist es unverständlich, daß ein Mitbewerber (DDr. Retzl) bis heute keine Absage erhielt. Wir bitten um Aufklärung."

Zu diesen Anfragen kann ich folgendes mitteilen:

#### Plenkobergausbau:

Zunächst möchte ich festhalten, sehr geehrter Hr. Kollege Vbgm. Dr. Pfeil, daß die Weisung an die Bezirksverwaltungsbehörde keine pol. ist, sondern von mir als Bgm. der Stadt Steyr in der Funktion als Organ der mittelbaren Bundes- und Landesverwaltung stammt.

Der Inhalt meiner Anordnung entspricht in vollem Umfang einer Vereinbarung mit der Bürgerinitiative Plenkoberg. Sie ist mit den Bürgern dieses Stadtteiles abgesprochen worden. Ich glaube, daß es nicht gut wäre, meine Damen und Herren, wenn hier die Akzeptanz der Bevölkerung nicht vorhanden wäre für so eine Regelung. Jedenfalls würde das dann völlig anders gehandhabt werden, als Sie das bei der Umsetzung Ihres Verkehrskonzeptes mehrmals

betont haben, als es der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Ich glaube, daß diese Vorgangsweise richtig war. Ich glaube auch, daß nach Auslaufen des mit 31. 5. 1993 befristeten Bescheides ein unbefristeter mit gleichem Inhalt treten soll. Ich habe nie gesagt, daß überhaupt nichts geändert wird, sondern daß wir in Absprache mit den Leuten dort und nach den Erfahrungen, die wir machen werden, eine entspr. Anpassung machen - wie das auch bei anderen Straßen- und Verkehrsregelungen der Fall gewesen ist. Wenn Hr. StR Ing. Othmar Schloßgangl meint, daß nach Ablauf der Befristung der ursprüngliche Plan zum Zuge kommen soll, so ist das seine Meinung, aber nicht die meine! Er hat selbstverständlich das Recht auf eine eigene Meinung. Nach der Inbetriebnahme der Ampelanlage Plenkberg am 11. 2. d. J. (also vor wenigen Tagen) gab es noch einige Abstimmungsschwierigkeiten. In Absprache mit der Polizei wird seither laufend die Ampelanlage nach den tatsächlichen Erfordernissen überprüft und auch adaptiert. So wurde auch im Beisein der Vertreter der Bürgerinitiative Plenkberg am vergangenen Dienstag eine Abstimmung der Ampel zur Verbesserung des Verkehrsflusses vorgenommen. Ab kommendem Wochenende wird in der Zeit von Samstag, 13.30 Uhr, bis Montag, 5 Uhr, die

Ampelanlage auf gelb-blinkend gestellt. Das hat sich als zweckmäßig herausgestellt. Für das Normalprogramm sollen die Grünzeiten für die Richtungen Münchenholz - Ramingdorf und Ramingdorf - Zentrum etwas verkürzt werden und dafür die Grünzeit für die Richtung Zentrum - Münchenholz im gleichen Ausmaß verlängert werden. Sofort nach Eintreten einer entspr. Oberflächentemperatur soll vom städt. Wirtschaftshof die Bodenmarkierung erneuert werden. Der Fahrbahnteiler an der Einmündung der Punzerstr. ist zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für den Gelenkbus geringfügig zu korrigieren. Bis 31. 5. d. J. werden weiterhin laufend Verkehrsflußüberwachungen und Adaptierungen an dieser Ampel durchgeführt werden. Dies ist auch der Zweck der Befristung des angesprochenen Bescheides, daß Erfahrungen über die Verbesserungen im Verkehrsfluß zu allfälligen Änderungen der Verkehrslichtsignalanlage führen können. Ihre Aussage, Hr. Dr. Pfeil, über die Reduzierung der Kapazität der umgebauten Plenkbergkreuzung bis zu 50 % kann ich nicht nachvollziehen. Meiner Meinung nach ist diese Kreuzungsregelung, die wir jetzt haben, in ihrer Kapazität dem gleichzusetzen, was wir vorher gehabt haben. Allerdings ergibt sich hier eine beträchtl.

Verbesserung der Sicherheit auf dieser Kreuzung; vor allen Dingen für den Werksverkehr aus Richtung BMW - stadteinwärts kommend, weil diese Ampelregelung hier natürl. schon pos. wirkt. Ursprünglich ist ja diese Regelung als eine Ampelregelung vorgesehen gewesen, die einmal die Zufahrt zur Nordspange regeln sollte. Nachdem wir aber die Nordspange erst - so hoffe ich - in einigen Jahren haben werden, ist dieser Bedarf jetzt noch nicht gegeben. Meiner Meinung nach ist diese derzeitige Regelung völlig ausreichend. Vor allen Dingen stelle ich fest, daß die Bevölkerung sehr stark an der Beibehaltung dieser Grünspur-Regelung interessiert ist. Ich möchte doch noch einmal darauf aufmerksam machen, daß die Akzeptanz der Bevölkerung eine ganz wichtige Voraussetzung ist. Weiters möchte ich darauf hinweisen, daß wir hier auch mit den Beamten der Oö. LR das Einvernehmen suchen müssen. Es geht nicht so sehr darum, daß sich Experten mit ihrer Meinung durchsetzen, sondern es geht darum, daß die Experten gemeinsam mit der Bevölkerung zu Lösungen kommen, die dann auch akzeptiert werden. Dann wird es nämlich viel leichter gehen!

Letzten Endes sollten wir nicht vergessen, daß diese gesamte Regelung auch im Zusammenhang mit der Gußwerkstraße - Messererstraße zu sehen ist, wo wir die Arbeiten wesentlich

vorantreiben. Ich darf berichten, daß auch das Gutachten vorgelegt wurde, und die Grundstücksablöse-Verhandlungen mit den Steyr-Werken in Gang sind, welche sich nicht gerade einfach gestalten. Wir haben ja immerhin rd. 4 Stunden im Mehrzwecksaal Münichholz mit einer doch ziemlich aufgebrachten Bevölkerung diskutiert. Darauf möchte ich auch noch hinweisen. Sie waren übrigens bei dieser Diskussion nicht sehr hilfreich, daß wir eine Lösung zustande bringen, sehr geehrter Hr. Verkehrsreferent. Daher würde ich bitten, daß wir - gerade im Hinblick auf viele schwierige Verkehrsvorhaben, die wir im Zuge der Umsetzung des Verkehrskonzeptes durchführen müssen - versuchen sollten, nicht aus jedem kleinen Konflikthanlaß (solche wird es viele geben) pol. Kleingeld zu machen.

Ich glaube, es ist wichtiger, daß sich die Verantwortlichen vor Ort begeben und gemeinsam mit der Bevölkerung Lösungen suchen, die dann auch haltbar sind. Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen und Sie bei der Umsetzung Ihres Verkehrskonzeptes - oder unseres Verkehrskonzeptes - gerne unterstützen. Ich werde auf alle Fälle nicht ununterbrochen darüber nachdenken, wie man das konterkarieren kann!

Eine Frage war noch beinhaltet, nämlich, wie denn das mit den Busspuren sein könnte. Die Vorstellung der Fachleute geht

dahin, daß die Busspur - allerdings mit einer neuerlichen Abänderung der Lichtenanlage Plenkberg - aus Münichholz kommend, über den Plenkberg in die Haratzmüllerstraße bis zum Kreisverkehr sowie in weiterer Folge über die Ennstalbrücke und den Blümelhuberberg bis zum Ennser Knoten geführt werden könnte. Das ist also einmal die Vorstellung, über die sicherlich noch zu diskutieren sein wird.

Zum zweiten Punkt der Anfrage - Stadtentwicklung:

Zu dieser Anfrage teile ich Ihnen mit, daß die sog. "unverständlichen zwei Monate" bis zur Auftragsvergabe für Vorarbeiten zur Vertragsabfassung (z. B. Leistungsabgrenzung, Zielformulierung, Terminfestlegung usw.) erforderlich waren. In der Zwischenzeit ist die Arbeit bereits aufgenommen worden. Prof. Breitling war vergangene Woche mehrere Tage in Steyr; meiner Meinung nach - wie man das jedenfalls überblicken kann - geht er an das Vorhaben, an diesen Auftrag sehr professionell heran. Er hat einen Fragenkatalog klar definiert im Ausmaß von rd. 200 Fragen. Das geht also sehr in die Tiefe - von der Bevölkerungsentwicklung bis zur Wetterlage bis hin zu den ganzen Parameter, die für die zukünftige Entwicklung der Stadt von Bedeutung sind. Es wurde auch daran gearbeitet, wie die Fertigstellung voranschreiten soll

- ein erster Arbeitsschritt; der Vorentwurf soll in etwa 10 Monaten vorgelegt werden. Ich glaube, es wird eine sehr professionelle Arbeit werden; jedenfalls die beste und die umfangreichste, die wir zu diesem Thema je gehabt haben. Ich meine, daß wir uns doch auch rückblickend darüber im klaren sein sollten, daß alle von den Fraktionen vorgeschlagenen Planer nach mühevollen Verhandlungen in einem Hearing hier waren und daß wir dann mit Mehrheit allerdings nur einen Auftrag vergeben haben. Was die Feststellung anbelangt, daß Hr. Prof. Retzl keine Absage erhalten hat, so gebe ich zu, daß sich hier ein Formfehler eingeschlichen hat. Wir werden das sicherlich nachholen; das wird Sache der betreffenden Abteilung sein. Eine weitere Anfrage - ebenfalls von Hr. Vbgm. Dr. Leopold Pfeil und Hr. StR Roman Eichhübl namens der FPÖ-GR-Fraktion - ist mir mit Schriftsatz vom 23. 2. 1993 zugegangen.

"Gemäß § 10 der GO der Stadt Steyr stellt die Freiheitl. GR-Fraktion eine schriftliche Anfrage an Hr. StR Schloßgangl."

Ich ersuche, gemäß unserer GO, Hr. StR Schloßgangl, die Anfrage vorzutragen und die Beantwortung vorzunehmen.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und

Herrn des GR! Die Anfrage lautet:

"Im Bereich des neu erbauten Hofermarktes, zwischen Pachergasse und Haratzmüllerstraße, ist die Ausfahrt stadtauswärts über die Haratzmüllerstraße in Richtung Kreisverkehr geplant.

Der bisher noch funktionierende, aber an seiner Kapazitätsgrenze angelangte Kreisverkehr wird durch eine neue, vierte Zufahrt belastet. Bisher ist die Haratzmüllerstraße in diesem Bereich nur von wenigen Fahrzeugen beeinträchtigt, das Abbiegen von der Haratzmüllerstraße über Kreisverkehr in Richtung Münchenholz ist aber derzeit schon höchst gefährlich.

Wie kann es geschehen, daß verkehrsrelevante Bauten (siehe auch Mc Donald's) weiterhin nicht dem Verkehrsausschuß zur Beratung vorgelegt werden?"

Meine Beantwortung dazu:

Für die Parkflächen des zw. Pachergasse und Haratzmüllerstraße in Fertigstellung befindlichen Hofermarktes ist eine Verkehrsführung in der Form vorgesehen, daß im Bereich der Pachergasse eine Rechtszu- und -ausfahrt geplant ist, während alle anderen Fahrtrichtungen über den Kreisverkehr abgewickelt werden sollen.

Nach einschlägigen Untersuchungen des Verkehrsplaners Dr. Stickler ist für den Hofermarkt in der Spitzenstunde

mit ca. 40 Parkvorgängen zu rechnen, von denen angenommen werden kann, daß sie zu 1/4 über die Pachergasse und zu 3/4 über den Kreisverkehr abgewickelt werden. Es ist daher anzunehmen, daß über die bereits seit dem Jahre 1961 bestehende vierte Zufahrt zum Kreisverkehr in der Spitzenstunde ca. 30 Fahrzeuge in den Kreisverkehr einfahren werden. Die Gesamtbelastung des Kreisverkehrs beträgt zur Spitzenstunde ca. 3.400 Fahrzeuge. Aus dem Verhältnis zw. 30 und 3.400 Fahrzeugen ist die Verkehrsrelevanz des neuen Hofermarktes direkt ablesbar. Zusätzliche Verkehrsmaßnahmen oder Änderungen in der Verkehrsführung auf öffentlichen Straßen sind durch das Bauvorhaben "Hofer" nicht erforderlich.

Nun zu dem Nachsatz, warum diese verkehrsrelevanten Bauten, z. B. Mc Donald's, nicht in den Verkehrsausschuß kommen. Speziell bei Mc Donald's handelt es sich um die Regelung der Verkehrsbeziehung zw. Privatgrund und Bundesstraße. Es war daher eine eigene Sondernutzungs-Bewilligung der Bundesstraßenverwaltung erforderlich, welche sich außerhalb der Kompetenz der Stadt befindet.

Im Zuge der Vorprüfung von Bauvorhaben wird vom zuständigen Planungsreferat bzw. dem Straßenerhalter ein Gutachten in verkehrstechn.

Hinsicht abgegeben. Erforderlichenfalls werden ergänzende Gutachten der Polizei und der Bundesstraßenverwaltung verlangt. Die Entscheidungen darüber werden in der Bauverhandlung des Baurechtsamtes und in der Gewerbeverhandlung der MA I getroffen.

Aus diesem Grund wäre eine Befassung des Verkehrsausschusses nur zur Information möglich und nicht zur Entscheidungsfindung. Im übrigen hat jede Fraktion die Möglichkeit, im Bauausschuß auch zu den Auswirkungen eines Bauvorhabens in bezug auf den Verkehr Stellung zu nehmen und eine allfällige Vorlage im Verkehrsausschuß zu verlangen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Hr. StR, danke für die Beantwortung dieser Anfrage. Kommen wir nun zu Punkt 3) "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS". Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage ist leider zu bemerken, daß wir uns in einer äußerst prekären Situation befinden. Seit 40 Jahren war die Arbeitslosigkeit nicht mehr so hoch.

Saisonell bedingt ist die Arbeitslosigkeit im Berichtsmonat weiter angestiegen, berichtet uns die Arbeitsmarktverwaltung. Im Gegensatz zu den Vorjahren fiel jedoch diese Zunahme rel. gering aus, betraf aber viele Berufssparten.

Ende Jänner wurden in Steyr 3.942 Arbeitslose gezählt, eine Höchstmarke, wie sie seit den frühen 50er Jahren nicht mehr erreicht wurde. Die Arbeitslosenquote beträgt 9,5 % und ist steigend. Die Zahl der offenen Stellen ist mit 264 im Vergleich zum Vormonat gleichgeblieben, gegenüber Jänner 1992 aber um 136 oder 34 % zurückgegangen. Ende Jänner 1993 waren 93 Lehrlinge lehrstellensuchend vorgemerkt. Die Zahl der offenen Stellen betrug 467, wobei 121 sofort verfügbar sind. Es zeigt sich also nach wie vor, daß gewerbliche Berufe bei der Jugend nicht sehr gefragt sind. Offensichtlich sind hier die Anstrengungen der Wirtschaft doch nicht ausreichend gewesen, um das Berufsbild oder die Berufslaufbahn von gewerbl. Lehrlingen so attraktiv zu gestalten, daß dieses Angebot auch von der Jugend aufgenommen wird.

Wir haben aktuelle Ereignisse gehabt. Bes. negativ ist die Mitteilung der Fa. VTS, daß im Laufe des heurigen Jahres eine Schließung beabsichtigt ist. Wir haben gebangt um den traditionsreichen Betrieb Vereinsdruckerei. Hier ist es doch möglich geworden, daß die bodenständige Fa. Ennsthaler diesen Betrieb übernimmt. 32 Mitarbeiter (von 37) können aufatmen, sie wurden übernommen. Wir haben hier unsere guten Dienste als Vermittler angeboten. Für uns ist es auch

von direktem Interesse, weil das Amtsblatt gedruckt wird - wie Sie ja wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Allerdings gibt es auch pos. Aspekte, die wir uns auch vor Augen halten sollen. BMW wird diese Großinvestition im Ausmaß von 3 Mrd. durchführen. Die Förderungsverhandlungen sind angelaufen. Bei SNF werden die beschlossenen Investitionen im Ausmaß von rd. 2,7 Mrd. direkt und auch 3 Mrd. mit "Reparatur-Budgets" usw. ins Auge gefaßt. Erste Etappe: Errichtung einer Montagehalle - pos. abgeschlossen. Leider nicht pos. im Fernsehen berichtet. Es tut uns weh, wenn wir feststellen, daß in einer schwierigen, kritischen Region so ein pos. Ereignis stattfindet, wenn 1.000 Menschen erleben, daß ein 470 Mill. S-Investitionsschritt getan wurde und wenn die Stimmung hervorragend ist, wenn der Finanzminister, der LH, der Generaldir. der Muttergesellschaft nur positive und zukunftsorientierte Äußerungen machen, und die Berichterstattung an die Öffentlichkeit dann trotzdem eine neg. ist. Wir müssen uns selbst an unseren Erfolgen sozusagen ein bißchen aufrichten.

Ich darf berichten, daß hier auch andere Unternehmungen, wie die Fa. Eckelt, investieren. Auch die Fa. Engel denkt an eine Ausweitung ihrer sehr stark prosperierenden Produktion; die Fa. Systema will sich ausweiten.

Man muß also auch über diese Dinge reden.

Wir haben jedoch leider auch heute wieder die Mitteilung, daß es bei GFM negative Auswirkungen aus dieser Wirtschafts-Situation gibt. Trotzdem müssen wir die pos. Möglichkeiten sehen, weil auch dort gew. Investitionsplanungen vorhanden sind.

Anläßlich einer Besprechung am Dienstag, dem 23. Februar, mit Hr. Polizeidirektor Hofrat Dr. Wolfgang Eidherr und einigen seiner Mitarbeiter wurde die Verlegung des Wachzimmers Münchenholz ins Hotel Münchenholz vereinbart. Ich habe unserer Bauabteilung den Auftrag gegeben, hier eine entspr. Widmung bzw. Adaptierungsarbeiten vorzunehmen. Mir wurde ein Raumbedarf von 250 m<sup>2</sup> mitgeteilt. Das ist auch mit dem BM so abgesprochen. In Zukunft sollen auch weibl. Beamte eingesetzt werden, daher ist auch ein größerer Raumbedarf erforderlich. Damit wird, so glaube ich, auch dem Wunsch der Münchenholzer Bevölkerung entsprochen, und die dichte und unzweckmäßige Unterbringung in Wohnungen kann beendet werden. Die Polizei wird eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erfahren. Weiters darf ich mitteilen, daß sich die Polizei - wir unterstützen das selbstverständlich - auch im Bahnhofsbereich ansiedeln bzw. dort ein Wachzimmer haben

möchte. Sie möchten direkt zum Bahnhof übersiedeln. Ich glaube, daß dies wünschenswert ist, und die Stadt unterstützt diese Bestrebungen. Es handelt sich hier allerdings um einen Akt, der zw. den Bundesdienststellen ÖBB bzw. Zollamt bzw. Polizei ablaufen muß.

Eine weitere pos. Mitteilung: 36 Wohneinheiten wurden durch die Erste gemeinn. Wohnungsgenossenschaft übergeben. Am Dienstag, 23. Feb., hat die Erste gemeinn. Wohnungsgenossenschaft der Stadt Steyr weitere 36 Wohneinheiten ihren künftigen Mietern am Dachsberg übergeben. Damit ist das Wohnbauvorhaben dieser Genossenschaft am Dachsberg mit 123 Wohneinheiten abgeschlossen - viel früher, als urspr. geplant. Man war der Meinung, daß auf diesem Grundstück etwa bis zum Jahr 2000 gebaut wird; es ist gelungen, durch die Wohnbau-Initiative, die wir bedeutend beschleunigt haben, 123 Wohneinheiten jetzt schon fertigzustellen. Es sind Zwei-, Drei- und Vierraumwohnungen mit einer Gesamtwohnfläche von 9.309 m<sup>2</sup>, die in den Jahren 1988 bis 1993 mit einem Gesamtaufwand von 121 Mill. S errichtet worden sind.

Im Zusammenhang mit den Aktivitäten einer jungen Frau in diesem Bereich, weil die Verkehrssituation nicht befriedigend ist, muß festgestellt werden, daß hier - wenn man mit

2 1/2 Bewohnern/Wohneinheit rechnet - max. 300 Menschen wohnen; nicht 1.000, wie behauptet wurde. Die Untersuchungen unserer Stadtwerke ergeben klar, daß man nicht damit rechnen kann, daß ein Taktverkehr zweckmäßig erscheint. Es ist unsere Intention, daß wir über diese Linien hinaus, die zusätzl. kommen sollen, mit einem priv. Unternehmen eine Vereinbarung treffen; dies soll in der Form geschehen, daß diese peripheren Bereiche, bei denen noch keine ausreichenden Fahrgastfrequenzen für den Taktverkehr zu erwarten sind, vorerst von einem priv. Autobusunternehmer im Auftrag der Stadt angefahren werden sollen.

Ich gehe davon aus, daß selbstverständlich der Dachsberg, aber auch andere Gebiete, wie Fischhub oder Landarbeiter-Siedlung u. ä. noch unterversorgte Gebiete, versorgt werden sollen. Die diesbezüglichen Gespräche werden sicherlich von den Stadtwerken und von Hr. StR Eichhübl aufgenommen bzw. durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren, das Beste habe ich mir zum Schluß aufgehoben. Ich komme direkt aus Wien, aus dem BM für Arbeit und Soziales. Es ist darum gegangen, endgültig die Finanzierung für ganz bes. wichtige Projekte in unserer Stadt festzulegen. Ich rede in diesem Fall von der Geschützten Werkstätte und vom Ausbau -

Schritt II - des FAZAT. Wir haben oft über diese Dinge im GR diskutiert, und ich darf Ihnen wirklich mit großer Freude - im Hinblick auf unsere wirtschaftlich schwierige Situation - berichten, daß wir gerade vor 3 Stunden gemeinsam - LR Klausberger und ich - mit Hr. BM Hesoun die Ausfinanzierung dieser beiden Vorhaben vereinbaren konnten.

Bei der Geschützten Werkstätte werden wir 25 Mill. S vom Bund erhalten; 10 Mill. davon werden aus der Strukturmilliarde der Bundesregierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen vorgesehen, 15 Mill. aus dem Ausgleichstaxfonds. Weitere 15 Mill. S wird das Land OÖ. beisteuern - dafür hat sich bes. unser LR verdient gemacht. Es ist aber auch hier schon mit der ges. LR - natürl. im Hinblick auf unsere Probleme - dieses Einvernehmen hergestellt worden, worüber ich sehr dankbar bin.

Betreffend das FAZAT kann ich mitteilen, daß wir 15 Mill. S vom Bund locker machen konnten, 12 Mill. S wird das Land OÖ. berappen. Das sind zusammen 27 Mill. S - 3 Mill. S werden Kommunal-Kredit sein, den das FAZAT selbst aufnimmt - 7 Mill. sind schon von uns gekommen. Das ergibt dann die Gesamtsumme von 37 Mill. S.

Meine Damen und Herren, bei diesen beiden Schritten ist es gelungen, - beim FAZAT ist ein baureifes Projekt vorliegend, bei der Geschützten Werkstätte wird

noch Druck dahinter zu machen sein - 67 Mill. S vom Land OÖ. und vom Bund zu erhalten. Wir werden das auch kurzfristig, bauwirksam und zum Vorteil bzw. zum Ansehen unserer Stadt einsetzen können.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich zu Punkt 4) übergehen - "KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STS gem. § 54 Abs. 3 Stadtstatut". Die Unterlagen wurden zu den jew. StS-Sitzungen an alle GR-Mitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der GREinladung bei.

Punkt Nr. 5) "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE". Hiezu darf ich den Vorsitz an Koll. Sablik abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche um Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der erste Antrag betrifft die Vorlage eines RH-Berichtes über die Gebarung der Gemeinn. Landeswohnungsgenossenschaft für OÖ. - kurz LAWOG genannt. Die Unterlagen liegen dem GR vor, das Prüfungsergebnis wurde vom RH in seinem Tätigkeitsbericht in 4 Punkten zusammengefaßt. Der Antrag lautet:

1) Präs-785/90

Nachtrag zum Tätigkeitsbericht des RH in bezug auf d. Stadt Steyr - Kapitalbeteiligung der Stadt Steyr an der Gemeinn. Landeswohnungsgenossenschaft f. OÖ., eingetragene Genossenschaft mbH.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des RH über die Überprüfung der Gebarung der Gemeinn. Landeswohnungsgenossenschaft f. OÖ., eingetragene Genossenschaft mbH, sowie die Stellungnahme der LAWOG, die Gegenäußerung des RH und das Prüfungsergebnis werden zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrter Hr. Bgm., meine Damen und Herren! Meine Wortmeldung begründet sich damit, daß wir im Prüfungsausschuß diese Thematik auch durchgearbeitet haben. Wir stellten fest, daß die hier vom RH aufgeworfenen Fragen und Probleme die Stadtgemeinde Steyr wirklich nur äußerst am Rande betreffen. Insofern, als ja die Stadtgemeinde hier als Genossenschafterin in dieser LAWOG nur sehr geringe Anteile, und vor allem auf die

Geschäftsführung dort praktisch keinen Einfluß hat. Die Mißstände, die aufgezeigt wurden, - es sind einige aufgezeigt worden - betreffen uns nicht, sodaß wir auch keinerlei Korrektur-Maßnahmen zu setzen haben.

Ich bitte daher, diesen Tätigkeitsbericht des RH wirklich zur Kenntnis zu nehmen und danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Schlußwort wird ebenfalls keines gewünscht, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Keine - einstimmig. Punkt Nr. 2) bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Der nächste Antrag betrifft den SK Vorwärts und die Gewährung einer Subvention von 500.000 Schilling in Form einer Weiterleitung einer Landesförderung. Der Antrag lautet:

2) Ha-3719/90

SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention von S 500.000,-- als Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Ref. f. Schule und Sport vom 1. Feb. 1993 wird der Weiterleitung

einer zweckgebundenen Bedarfswzuweisung des Landes OÖ. für den SK Vorwärts Steyr in Höhe von S 500.000,-- im Subventionswege zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 500.000,--

(fünfhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/2624/777000.5 in Form einer Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den Bedarfswzuweisungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Keine Wortmeldung - wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Ebenfalls keine - einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Bezahlung der zweiten Rate für Heimplätze in Linz. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

3) Ha-6172/91

2. Rate f. den am 27. 5. 92 verlängerten Vertrag über das Einweisungsrecht für Heimplätze in Linz.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des GR vom 14. Mai 1992 wurde dem Abschluß eines Vertrages zw. der Stadt Steyr und dem Verein "Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs", Linz, betreffend die Zurverfügungstellung des Einweisungsrechtes für insgesamt 15 Heimplätze in deren Hochschülerheimen gegen einen Betrag von insgesamt S 750.000,- (S 350.000,-- im Rechnungsjahr 1992 und S 400.000,-- im Rechnungsjahr 1993) für die Dauer von 10 Jahren zugestimmt. Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 1. Feb. 1993 wird nunmehr in diesem Zusammenhang der Freigabe von

S 400.000,--

(vierhunderttausend)

für das Rechnungsjahr 1993 bei der VA-Stelle 1/2890/757000.5 zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Zu Wort hat sich Hr. Dr. Schwager gemeldet. Bitte sehr.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich wollte mich nicht einfach aus dem Hintergrund sozusagen der Stimme enthalten. Aber der Inhalt meiner Wortmeldung ist Ihnen, glaube ich, doch aus dem Vorjahr bekannt. Noch einmal: Im Prinzip soll alles getan

werden, daß man Studenten fördert. Sie werden daher auch meine volle Zustimmung zum Antrag 4) haben.

Ich habe schon voriges Jahr darauf hingewiesen, daß man Mittel für die Studenten zweckentspr. besser einsetzen kann, wenn wir hier entferntere Universitäts- und Hochschulstädte bedenken; nämlich Salzburg (wie Antrag Nr. 4) oder insbes. Wien - es gibt ja einige Studienrichtungen, die man nur in Wien absolvieren kann - Graz und Innsbruck.

In Linz ist es meines Erachtens bei der heutigen Verkehrssituation - wie sie uns zumind. von den ÖBB verkauft wird - zumutbar, daß man hin- und herfährt. Es gibt in Wien sicher Leute, die weiter zum Studienplatz haben, als hier von Steyr nach Linz. Daher werde ich mich hier enthalten. Aber das war - wie gesagt - eine Wiederholung von dem, was ich schon im Vorjahr gesagt habe. Dies trotz der Argumente, die mir damals entgegen gehalten wurden.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Schlußwort? Keines - wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? 8 Enthaltungen (1 FP, 7 VP).

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Nunmehr ergeht ein ähnlicher Antrag an den GR:

4) Ha-6173/91

2. Rate f. den am 23. 3. 92 verlängerten Vertrag über das Einweisungsrecht für Heimplätze in Salzburg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des GR vom 19. März 1992 wurde dem Abschluß eines Vertrages zw. der Stadt Steyr und der "Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Salzburgs", Salzburg, betreffend die Zurverfügungstellung des Einweisungsrechtes für sieben Heimplätze in deren Hochschülerheimen gegen einen Betrag von insgesamt S 700.000,- - (S 250.000,- im Rechnungsjahr 1992 und S 450.000,- im Rechnungsjahr 1993) für die Dauer von 15 Jahren zugestimmt. Aufgrund des Amtsberichtes des Ref. f. Schule und Sport vom 1. Feb. 1993 wird in diesem Zusammenhang der Freigabe der zweiten Rate im Ausmaß von S 450.000,-

(vierhundertfünfzigtausend) bei der VA-Stelle 1/2890/757000.5 zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? 7 Enthaltungen (VP).

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Der nächste Antrag betrifft eine Gewerbeförderung. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

5) Ge-8189/92

Fa. Wärmegerätebau Steyr GesmbH., Wolfenstr. 44, 4400 Steyr; Antrag auf Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II vom 18. Jänner 1993 wird der Fa. Wärmegerätebau Steyr Ges.m.b.H., Wolfenstr. 44, 4400 Steyr, für die im Zuge der Betriebsstandortverlegung von der Haratzmüllerstr. 22 - 24 in die Wolfenstr. 44 getätigten Investitionen im Ausmaß von S 12,400.000,--, für ein bei der Volksbank Ybbstal-Steyr aufgenommenes 15jähriges Darlehen über S 5,400.000,-- ein 2%iger Zinszuschuß auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. S 498.000,-- verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VAST 5/7820/756000.9 für das Rechnungsjahr 1993 Mittel in der Höhe von S 106.000,-- freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wortmeldungen dazu? Keine. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um eine Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Ebenfalls keine. Punkt Nr. 6).

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ein weiterer Gewerbeförderungsantrag ergeht für die Fa. Haas GesmbH. Der Antrag lautet:

6) Ge-6354/92

Fa. Haas GesmbH., Steinerstraße 2E, 4400 Steyr; Antrag auf Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II vom 18. Jänner 1993 wird der Fa. Haas Ges.m.b.H., Steinerstr. 2E, 4400 Steyr, für die im Zuge der Betriebsübersiedlung von der Sierninger Str. 110 in die Steinerstr. 2E getätigten Investitionen ein 2%iger Zinszuschuß auf die Dauer von fünf Jahren, berechnet auf Basis eines fiktiven Tilgungsplanes (Kapital S 3,800.000,--, Laufzeit 10 Jahre, halbjährliche Kapitalraten), gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. S 291.000,-- verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VAST 5/7820/756000.9 für das Rechnungsjahr 1993 Mittel in der Höhe von S 74.000,-- freigegeben.

Ich ersuche auch hier um die Freigabe.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand, also kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Keine. Gegenstimmen? Auch keine. Einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag möchte ich mich wegen Befangenheit der Stimme enthalten!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wird zur Kenntnis genommen! Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Mittelfreigabe für eine Reihe von bereits beschlossenen Gewerbeförderungen. Betroffen sind SLR Gußwerk II, SNF AG, die Fa. Eckelt & Co - Glastechnik GesmbH., Thomas Pollhammer, Ing. Schloßgangl GesmbH. & Co KG, Optik Fenzl, ATD, Karl Burgholzer GesmbH., Schmid Warenhandelsges.m.b.H., Tischlerei Hackl, Adolf Schöllner, BMW Motoren GesmbH. Der Antrag lautet:

- 7) Präs-486/78 u. a.  
Mittelfreigabe f. diverse bereits beschlossene Gewerbeförderungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 2. Feb. 1993 wird der Auszahlung der Wirtschaftsförderungen nach Vorlage der entsprechenden Unterlagen zugestimmt.

Zu diesem Zweck werden für das Rechnungsjahr 1993 folgende Mittel freigegeben:

bei VASt 5/7820/756000.9 S 693.000,--; bei VASt 5/7820/776020.3 S 11 Mill., bei VASt 5/7820/776070.8 S 3,333.000,--.

(BEILAGE)

Es wird gebeten, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Zu Wort hat sich Hr. GR Spöck gemeldet - bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Die Gewerbeförderungen, die wir in den vergangenen zwei Anträgen beschlossen haben, bzw. die jetzt zu beschließende Gewerbeförderung bzw. Mittelfreigabe für div. bereits beschlossene Gewerbeförderungen - diese gesamten Förderungen dienen der Schaffung der Arbeitsplätze bzw. der Erhaltung der bereits bestehenden Arbeitsplätze. Ich möchte die Gelegenheit hier wahrnehmen, um mich ganz kurz bei diesen Gewerbeförderungen

mit der Arbeitsmarkt-Situation in Steyr auseinanderzusetzen.

Wir haben vom Bgm. gehört, daß die Arbeitslosenrate Ende Feb. 9,5 % betragen hat. Wir haben auch gehört, daß es wahrscheinlich zu erwarten ist, daß sich diese Arbeitslosenrate noch steigern wird. D. h., fast 4.000 Menschen suchen derzeit einen Arbeitsplatz in Steyr.

Angeichts dieser mehr als dramatischen Situation fordere ich daher alle pol. Kräfte und interessierten Unternehmungen auf, auch in Steyr eine Arbeitsstiftung ins Leben zu rufen. Es ist ja bekannt, daß sich Arbeitsstiftungen bei Problem-betrieben - ich erinnere an die VÖEST, an die AMAG - als Instrument zur Bewältigung von Arbeitsmarktproblemen bewährt haben.

Für den Arbeitsmarktsprengel Steyr schlage ich jedoch eine überbetriebliche regionale Arbeitsstiftung vor. Diese würde sicherlich als taugliches Instrument zur Bewältigung des unerläßlichen Strukturwandels in der Region Steyr dienen. Diese regionale Arbeitsstiftung dürfte aber keinesfalls Spielfeld einzelner pol. Gruppierungen sein - das wäre sicherlich der schlechteste Weg. Der Aufbau müßte in der Weise geschehen, daß neben Unternehmungen mit Sozialplan auch weitere Unternehmungen mit ihren Belegschaften einen Verein, eine regionale Arbeitsstiftung gründen. Natürlich müßte auch hier

eine Koordinierung Platz greifen - das ist auch der Grund meiner Wortmeldung. Die Stadt müßte hier - glaube ich - auf jeden Fall tätig werden; voran müßte der Hr. Bgm. - im Interesse unserer Bürger - koordinierend versuchen, interessierte Unternehmungen mit ihren Belegschaften und alle pol. Verantwortlichen an einen Tisch zu bringen, damit diese überbetriebliche, regionale, offene Arbeitsstiftung geschaffen werden kann - nicht im hintersten Kämmerchen, das wäre der schlechteste Weg, damit wäre der Erfolg sicherlich sehr gering. Die Vorteile dieser regionalen Arbeitsstiftung wären u. a.: ein qualifiziertes Personal in der Stiftung für alle Sektionen, eine Stärkung des Zusammenhaltes auf der regionalen Ebene und die Integration in ein regionales Entwicklungskonzept.

Abschließend - wurde auch heute schon von Hr. Bgm. angesprochen - noch zur VTS. Wie wir vergangene Woche in der Steyrer Zeitung lesen konnten und heute von Hr. Bgm. gehört haben, soll es ja ganz überraschend zu einer Schließung bzw. Verlegung der Produktion nach Rumänien kommen. D. h., es wären 160 Frauen-Arbeitsplätze betroffen. Die Verlegung soll nur darum erfolgen, weil in Rumänien zum Billigstlohn produziert werden kann, nicht aus wirtschaftl. Gründen. Die Arbeitsplätze interessieren anscheinend dieses Unternehmen nicht.

Sollte das Werk wirklich geschlossen werden, gebe ich zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, die in der GR-Sitzung vom 24. 9. 87 gewährte Gewerbeförderung wieder zurückzuverlangen. Die Stadt verpflichtete sich damals, eine Gewerbeförderung auf die Dauer von 5 Jahren in der Höhe von der Hälfte der von der Fa. entrichteten LsSt, mit Abrechnungsstichtag, erstmalig fällig am 31. 12. 1987, zu gewähren. Diese Verpflichtung galt auf die Dauer von 5 Jahren und nur so lange, als die Fa. einen Beschäftigungsstand von mind. 275 Mitarbeitern ganztätig nachweisen kann. Tatsächlich bekommen hat dann die VTS nur einmal eine Förderung in Höhe von 365.272 S. In den darauffolgenden Jahren konnte die Firma die Förderungsbedingungen mit den Arbeitnehmern nicht mehr erfüllen. Ich ersuche daher abschließend um Überprüfung, ob nicht die Möglichkeit bestehen würde, die 1988 gewährte Gewerbeförderung bei Schließung zurückzuverlangen. Die moralische Verpflichtung wäre in meinen Augen seitens des Unternehmens sicherlich gegeben. Vor allem könnte dieses Geld schon für die von mir angesprochene Arbeitsstiftung verwendet werden.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Als nächste ist Fr. GR Scheucher am Wort.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Meine Damen und Herren, ich möchte nur ganz kurz daran erinnern, warum wir uns bei diesem Punkt der Stimme enthalten werden. Ich habe das bereits einmal begründet - diese Gewerbeförderungen werden en bloc abgestimmt und wir lehnen eben nach wie vor eine Förderung für die Tischlerei Hackl ab; aus Gründen der Tropenholz-Verwendung. Deshalb bitte ich Sie um Verständnis, daß wir uns der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Hr. StR Tatzreiter bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ich hätte mich sonst in der Aktuellen Stunde mit diesem Thema zu Wort gemeldet, aber ich nehme jetzt die Gelegenheit wahr, sofort darüber zu reden. Egal, ob man vorher oder nachher darüber spricht, es ist einfach wichtig, darüber zu reden.

Der Grund meiner Wortmeldung ist der, weil ich in der Steyrer Zeitung lesen konnte, daß sich GR-Koll. Spöck seitens der ÖVP-Fraktion zur Arbeitsstiftung pos. geäußert hat. Mich bewegt das im bes. deswegen, weil wir uns seitens der Gewerkschaft gerade

gestern mit einem Stif-  
tungsmodell beschäftigt haben.  
Ich möchte noch einige Zahlen  
bzw. Prognosen vermerken, weil  
es meiner Meinung nach  
notwendig ist, im bes. auf unsere  
Region hinzuweisen. Wie schon  
erwähnt, die VTS mit 160 - ich  
darf das ergänzen, das sind die  
letzten Zahlen aus der  
Arbeitsmarkt-Statistik. Es geht  
nicht nur um 160 Leute, sondern  
um weitere 50 - nämlich die in  
Karenz befindlichen Arbeits-  
kräfte. D. h., es handelt sich um  
210 Personen!

Wenn ich darauf Bezug nehmen  
darf, daß der Steyr-Daimler-Puch  
- hier bin ich selbst davon  
betroffen - in dieser Sorge die  
Umstrukturierungen noch eini-  
germaßen zu schaffen machen,  
weil es noch nicht aus ist mit den  
Personalfreisetzen bzw. mit den  
"humanen" Reduktionen,  
wenn ich das so sagen darf.  
Darüber hinaus werden in einem  
anderen Betrieb Leasing-Leute  
bzw. Arbeitskräfte mit be-  
fristeten Dienstverhältnissen  
nicht mehr beschäftigt. SKF - Koll.  
Brandstötter ist dort Be-  
triebsrats-Vorsitzender - hat  
ebenfalls diese Sorge; in einer  
Größenordnung zw. 40 und 50 (es  
kann ein bißchen darunter oder  
darüber liegen).

Einige Baufirmen sind in Konkurs  
gegangen. Erst jüngst wurde eine  
angemeldet, wo ebenfalls wieder  
die Leute ihren Arbeitsplatz  
verloren haben.

Wenn wir das alles sehen, dann  
meine ich, daß wir zur

derzeitigen Statistik mit 3.940  
Arbeitslosen - das ist die letzte  
Zahl -, wenn man es aufaddiert,  
noch mit einer Steigerung von  
350 oder 400 Personen rechnen  
müssen, die ihren Arbeitsplatz  
verlieren. Es ist nur wün-  
schenswert und es wäre gut,  
wenn die Bauwirtschaft wite-  
rungsbedingt wieder einsetzen  
könnte. Wie wir ja gehört haben,  
könnte die Bauwirtschaft, im bes.  
durch den Wohnbau, verbessert  
werden, wo auch die öffentl.  
Hand und die Wohnbauträger  
bzw. die Wohnbaugesellschaften  
ihren Teil dazu beitragen.

Am europ. Markt geht die  
Fahrzeugindustrie - jetzt komme  
ich zum Kern der Sache - etwa  
um 35 % zurück - bzw. ist sie  
schon zurückgegangen. Es ist  
nicht zu erwarten, daß eine  
Verbesserung bis Ende 1994  
erkennbar sein wird. Die  
Prognosen geben ein deutl.  
Zeichen, daß bis dorthin sicher  
eine Wartefrist ist und daß in der  
BRD die Fahrzeugindustrie mit ca.  
-27 oder -28 % zu bezeichnen ist.  
D. h., von den Prognosen her ist  
nicht zu erwarten, daß eine deutl.  
Belebung auf uns zukommt. Wir  
müssen uns in dieser Frage -  
gerade in der Region - mit  
anderen Mitteln abhelfen.

Ich meine - daher bin ich  
dankbar, wenn die ÖVP-Fraktion  
auf diesem "Zug" mitfährt - nicht  
nur die Unternehmen, denen es  
schlecht geht, sondern auch jene,  
die florieren, sollten dazu ihren  
Beitrag leisten bzw. sich dafür  
interessieren.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir gestern seitens der Gewerkschaften - also des ÖGB - einen Start gemacht haben; insofern, daß wir eine Vereinsgründung gemacht haben mit der Arbeitsstiftung. Nicht nur die Gründung, sondern wir haben das auch angemeldet. Der Bgm. hat uns namens der Gemeinde ein FAX geschickt, in dem uns Unterstützung zugesagt wurde. Ich darf sagen, daß wir uns darüber wirklich gefreut haben. Ich war heute mit Hr. Dr. Obrovski, Landesarbeitsamtsleiter, bei der Landesexekutiv-Sitzung. Er wird sich vollstens dafür einsetzen; genauso wie alle, die daran interessiert sind. Ich meine auch, daß sich alle Parteien dafür zu interessieren haben! Ich bitte wirklich jede Fraktion, die größtmögliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Es geht hier nicht um den einen oder den anderen aus pol. Sicht, sondern es geht uns um die wirtschaftl. Situation in Steyr und vor allem um die Menschen. 4.000 Arbeitslose in Steyr sind natürl. eine Horrorzahl, und ich verweise darauf, daß eine leichte Verbesserung - noch einmal zur Unterstreichung - erst Anfang 1994 zu erwarten ist. Die Zahlen bzw. Prognosen deuten zumind. darauf hin, daß diese Zahlen nicht mehr zu erwarten sind; der Wirtschaftsaufschwung, den alle erwarten, wird nicht mehr diese Größenordnungen einnehmen. Daher ist die Arbeitsstiftung so notwendig, und ich möchte in all

diesen Fragen wirklich um die bestmögliche Unterstützung bitten.

Natürl. lade ich in diesem Zusammenhang auch alle Unternehmer ein - die Handelskammer möchte ich ebenfalls ersuchen, möglicherweise darauf Bezug zu nehmen. Wir haben es bitter notwendig, diese Größenordnung bedrückt uns wirklich! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke sehr. Nächster ist Hr. StR Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte dazu nur ganz kurz anmerken, daß die Handelskammer prinzipiell pos. dazu steht. Es war ja schon ein großes Bemühen, Tischlerinnen unterzubringen. Im Bezirk sind, glaube ich, zur Zeit 7 Tischlerinnen untergebracht worden - in der Stadt Steyr hat sich allerdings bisher kein Betrieb bereit erklärt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf verweisen, daß das Wirtschaftsressort des Landes OÖ. - LR Leitl - sich bereit erklärt hat, 25 % der Kosten eines "Stiftlings" (wie es so schön heißt) zu übernehmen - im Einzelbetrag max. 25.000 Schilling. Also ich glaube, hier wurden schon Akzente gesetzt und gemeinsam müßte es gelingen, diese Stiftung für die

Region doch erfolgreich durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nun ist Hr. GR DI Mundorff am Wort.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Ich finde eine Arbeitsstiftung auf Basis einer privatwirtschaftlich orientierten Initiative grundsätzlich auch positiv. Aufpassen muß man allerdings bei den vielen Paralleleinrichtungen, die sich mit dem Thema Arbeitslosigkeit beschäftigen, daß die Aktivitäten koordiniert ablaufen. Ein weiteres, nicht funktionierendes Instrument nützt der Sache nicht! Daher ist die Tätigkeit auf diesem Gebiet effizienter zu gestalten, zu bereinigen und zu koordinieren - nämlich dergestalt, daß jede der Einrichtungen das tut, was sie am besten kann.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nächster ist Hr. GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Grundsätzlich bin ich für Gewerbeförderungen. Bei den Gewerbeförderungen, wie z. B. BMW, soll aber aus aktuellem Anlaß darauf gedrängt werden, daß geförderte Betriebe auch auf die Ausbildung von Lehrlingen Bedacht nehmen - konkret: BMW

hat aufgehört, kaufm. Lehrlinge auszubilden!

Weiters möchte ich auch noch auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Verkehrsrandlage hinweisen. Wir müssen gemeinsam auf eine bessere Verkehrsanschließung Steyrs drängen!

Ein Bsp. möchte ich in diesem Zusammenhang noch anführen: Wels weist für 1992 40 Betriebsansiedlungen aus, in Steyr ist leider in wirtschaftl. Hinsicht das Gegenteil der Fall! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Hr. GR Mundorff hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Wie einige meiner Vorredner bereits erwähnt haben, ist es in der jetzigen Zeit nicht bes. leicht, wirtschaftl. - gerade auch in der Automobilindustrie in Deutschland - mit den Entlassungen, die geplant sind, über die Runden zu kommen. Wenn es da - Gott sei Dank - noch eine Firma gibt, die derzeit einigermaßen glimpflich über die Runden kommt, dann kann man ihr sicherlich nicht vorwerfen, wenn sie trotzdem eher sparsam und vorsichtig an dieses Thema und an die Zukunft herangeht! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor - ich ersuche den Bgm. um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Aus der Debatte wurde ersichtlich, wie ernsthaft diese schwierige Arbeitsmarktlage beobachtet wird und wie darüber nachgedacht wird, in welcher Weise man dieser Problematik zu Leibe rücken kann. Ich freue mich, daß offensichtlich eine allg. pos. Tendenz vorhanden ist, eine Arbeitsstiftung zu unterstützen. Es ist nämlich auch keine Selbstverständlichkeit, wenn ich mich an Debatten erinnere, die in der Vergangenheit stattgefunden haben zu diesem Thema.

Der Staat oder die öffentliche Hand hat hier offenbar doch wieder mehr Akzeptanz gefunden bei der Bewältigung von schwierigen Aufgaben; man sieht, daß der Markt alleine offensichtl. nicht in der Lage ist, mit diesen Problemen fertig zu werden!

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Diesen Schluß darf man nicht ziehen, das ist der falsche!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Hr. Hofrat Obrovski, der Leiter der AMV Oberösterreichs, hat mir vor etwa 2 Wochen einen Entwurf für eine solche

Arbeitsstiftung übermittelt. Ich ließ diesen Entwurf kurz überprüfen und habe ihn selbst studiert - ich habe im Namen der Stadt eine pos. Stellungnahme abgegeben und zum Ausdruck gebracht, daß die Stadt ideell, aber auch materiell unterstützen wird, wenn es zu dieser Arbeitsstiftung kommt. Wir begrüßen sie!

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber doch festhalten, daß zunächst die Unternehmungen bereit sein müssen, einer solchen Stiftung beizutreten. Die bisherigen Erfahrungen sind nicht unbedingt dazu angetan, daß dies schon autom. geschieht. In den Fällen, die mir bekannt sind, wurden diese Stiftungsgelder immer von der öffentl. Hand auf dem Umweg über die verstaatlichte Industrie (detto bei der Kohlenstiftung) bereitgestellt. In Wirklichkeit müssen wir uns auch darüber im klaren sein, daß ich erwarte - das habe ich auch Hr. HR Obrovski mitgeteilt -, daß die AMV eine ganz bes. wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. Es kann nämlich nicht so sein, daß man bei der AMV, die eigentl. Bundessache ist, zuerst ein paar Jahre über Privatisierung derselben spricht, sich dann ein bißchen zurückzieht und schließlich ein bißchen weniger bezahlt! Zum Schluß steht die Stadt Steyr alleine mit dem Arbeitslosen-Problem da.

Ich möchte schon bemerken, daß alle unselbständig Erwerbstätigen, aber auch die Un-

ternehmer mitbezahlt haben an den Kosten und an dem Fonds für die Arbeitslosen-Versicherung. Daher gehe ich davon aus, daß sich die AMV hier nicht abmelden kann!

Ich glaube aber, daß es für einen best. Bereich der arbeitslos gewordenen unselbständig Erwerbstätigen oder auch der Selbständigen, die möglicherweise einen neuen Anfang machen wollen, eine Chance ist und etwas viel Besseres ist, als in der Arbeitslosigkeit, in der Lethargie sozusagen und in der Hoffnungslosigkeit zu verharren; weil hier nämlich eine Höherqualifikation möglich ist bzw. ein neuer Anfang gemacht werden kann - das ist bes. positiv!

Allerdings möchte ich bemerken, daß Dienstnehmer, die 50 Jahre oder älter sind, eher nicht für diese Form der Wiedereinschaltung in den Prozeß geeignet sind. Es gibt Richtwerte, wo man sagt, daß auf jeden Fall eine siebenmal so lange Zeit des Arbeitslebens noch vor einem liegen soll, als die Ausbildung und Umschulung dauert. Diese Werte, Fakten und Erfahrungen müssen eben auch berücksichtigt werden. Jedenfalls ist es ein Ansatz und wir wollen ihn gemeinsam pos. unterstützen!

Zur Frage VTS und gewährte Förderung möchte ich folgendes feststellen. Als mir die Geschäftsführer vorige Woche mitgeteilt haben, daß sie tatsächlich beabsichtigen, den

Betrieb zu schließen, haben sie mir ein Schreiben überreicht. Ich habe dieses Schreiben sofort weitergeleitet und den Auftrag erteilt, zu prüfen, ob eine solche Möglichkeit besteht.

Weiters die Betriebsansiedlungen, die Koll. Payrleithner angesprochen hat. Das ist natürlich keine einfache Angelegenheit; bes. dann nicht, wenn wir mit solchen wirtschaftl. Problemen konfrontiert sind. Wir dürfen nicht nachlassen! Ich glaube, daß über die TMG (Technologie- und Marketinggesellschaft), der wir beigetreten sind, einige Chancen mehr bestehen. Ich habe auch in letzter Zeit wieder mit der Euro-Leasing gesprochen und es scheint, daß sich hier eine Entwicklung abzeichnet. Allerdings nicht in der Form, wie ich mir das vorgestellt habe (daß von weit her ein großes Unternehmen kommt), sondern es zeichnet sich eher ab, daß sich bereits bei uns bestehende Unternehmungen ausdehnen wollen. Aber auch das kann natürl. pos. sein. Man muß sich in nächster Zeit damit auseinandersetzen; wir werden uns darüber noch unterhalten müssen, auch über Förderungswünsche in dieser Richtung. Fr. Kollegin Scheucher hat Einwände in bezug auf das Tropenholz gebracht. Wir haben ja einen Beschluß im GR gefaßt; mittlerweile ist auf Bundesebene - wo auch so ein Beschluß besteht - eine ziemlich intensive Diskussion in Gang, Botschafter sind

unterwegs und Milliarden-Aufträge sind betroffen (leider negativ). Indonesien z. B. sieht das völlig anders, als Sie das sehen. Obwohl die Dritte Welt eigentl. den Schutz erfahren soll durch eine solche Maßnahme - das ist jedenfalls Ihre Position, der ich einiges abgewinnen kann. Die sehen jedoch ihre Existenz davon abhängig, daß sie ihre Ressourcen auch in Europa und in den Industriestaaten vermarkten können.

Koll. Tatzreiter hat darauf hingewiesen, daß bereits eine sehr intensive Gesprächstätigkeit zur Gründung dieser Stiftung vorhanden ist. Ich bin darüber informiert, daß schon eine Mannschaft von 7 Exponenten am "runden" Tisch sitzt, daß die Statuten bereits ausgearbeitet werden, und ich gehe davon aus, daß wir ständig auf dem Laufenden gehalten werden, sodaß wir - falls notwendig - gerne und unterstützend miteingreifen können.

STADTRAT KARL HOLUB:

Macht jetzt nicht den Fehler der Einfärbigkeit!

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Mitte nächster Woche sind sie fertig, dann bekommt Ihr sie überreicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Daß bei Stiftungen Koordination zweckmäßig erscheint, Hr. Koll.

Mundorff, möchte ich nicht in Abrede stellen. Ich bin auch der Meinung, daß wir Stiftungen koordinieren und nicht vielleicht einen "Über-Bürokratismus" aufziehen sollen.

Ich freue mich auch, Koll. Schloßgangl, daß die HK dazu steht und sich beteiligt an diesem Modell. Ich weiß, daß Hr. LR Leitl u. a. unbedingt von der Krisenregelung wegkommen wollte - daher könnte die Arbeitsstiftung (wenn wir sie gemeinsam betreiben) für einen Teilbereich sein, der diese Krisenregelung in Steyr noch abdeckt.

Das hätte ich gerne noch bemerkt; nunmehr würde ich bitten, dem ursprüngl. Antrag, der sich auf die Gewerbeförderung bezieht und eine ganze Reihe von Mittelfreigaben einschließt, die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke - wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag Nr. 7) ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen? 3

Enthaltungen (1 VP, 2 GAL). Gegenstimmen? Keine.

Die Sitzung ist für 10 Minuten Rauchpause unterbrochen.

PAUSE VON 15.25 BIS 15.37 UHR

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren des GR, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Der Bgm. ist momentan noch nicht da, deshalb ersuche ich Hr. Vbgm. Dr. Pfeil, den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz und gebe Hr. Vbgm. Sablik das Wort zur Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich habe nur zwei Anträge vorzutragen - im ersten geht es um den Rettungsbeitrag 1993. Dieser wurde ja mit 41 S/Einwohner festgesetzt; ich ersuche Sie daher, für das Rote Kreuz S 1,313.900,-- für dieses Jahr freizugeben.

8) Ha-2/93

Rettungsbeitrag 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD vom 8. Jänner 1993 wird dem Österr. Roten Kreuz, Landesverband OÖ., für das Jahr 1993 entspr. dem Oö. Rettungsgesetz der zu entrichtende Rettungsbeitrag in Höhe von S 1,313.855,80 in Form einer Subvention gewährt.

Dieser Betrag ist in zwei gleichen Teilen zu je S 656.927,90 zum einen Teil am 1. 4. 1993 und zum anderen Teil am 1. 10. 1993 an den Landesverband OÖ. des Österr. Roten Kreuzes aus-zuzahlen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,313.900,--

(einmilliondreihundert-dreizehntausendneunhundert) werden bei VSt 1/5300/757000.2 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben den Antrag gehört - gibt es Wortmeldungen dazu? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wird ein Schlußwort des Referenten gewünscht? Auch keines, also kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Danke. Der nächste Antrag befaßt sich mit der Akontozahlung an den RHV für das Jahr 1993. Hier soll ein Betrag von 9,699 Mill. S genehmigt werden. Es handelt sich ja um einen Pflichtbeitrag.

9) Wa-5450/75

Akontozahlung an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung f. das Finanzjahr 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II vom 12. Feb. 1993 wird der Akontozahlung in Höhe von S 9,699.000,-- für den Mitgliedsbeitrag 1993 zugestimmt.

Die Akontozahlung erfolgt ab 1993 in vierteljährlichen Akon-

tozahlungen, die jeweils bis spätestens 31. März, 30. Juni, 31. September und 31. Dezember 1993 an den RHV Steyr und Umgebung überwiesen werden sollten.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von S 9,699.000,-- bei der VA-Stelle 1/8110/774000.1 für das Rechnungsjahr 1993 genehmigt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wortmeldungen zu diesem Antrag? Nicht der Fall. Schlußwort? Keines. Zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Einstimmig angenommen.

Ich danke Hr. Vbgm. Sablik und übergebe ihm das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche Hr. Koll. Dr. Pfeil, seinen Antrag zu bringen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinem Antrag geht es um die Einführung der Parkraumbewirtsch. - Einhebung einer Gemeindeabgabe lt. Parkgebührenverordnung 1992.

11) VerkR-5629/92

Einführung d. Parkraumbewirtschaftung; Einhebung einer Gemeindeabgabe (Parkgebührenverordnung 1992).

Aufgrund des Grundsatzbeschlusses des GR und der Empfehlung des gemeinderätl. Verkehrsausschusses sollen zur Verbesserung der Parkraumsituation abgabenrechtliche Möglichkeiten zu einer Parkraumbewirtschaftung geschaffen werden.

Die Gesetzesgrundlage zur Einhebung einer Parkgebühr bildet das Oö. Parkgebührengesetz aus dem Jahre 1988, LGBl. Nr. 28, und die hiezu ergangene Novelle, LGBl. Nr. 60/1992. (BEILAGE)

Bitte erlauben Sie mir, daß ich jetzt nicht das ganze Konvolut vorlese - ich möchte nur auf die Überschriften eingehen. Wir beschließen heute die allg. Gebührenpflicht für das Parken in gew. Gebieten der Stadt Steyr. Wir legen heute die Gebiete fest, wo voraussichtlich am 1. 9. 1993 die Gebührenpflicht für das Parken eingeführt wird. Insbes. sind das in der Inneren Stadt: Stadtplatz, Grünmarkt, Ennskai, Brucknerplatz, Werndlstraße (z. Teil) und Promenade (z. Teil).

Ennsdorf: Bahnhofstraße, Järgergasse. Steyrdorf: Wieserfeldplatz, Gleinker Gasse (z. Teil). Wir bestimmen heute die Höhe der Parkgebühren mit einer Gebühr von 5 S/angefangener halbe Stunde. Ich finde es auch richtig, daß wir diese halbe Stunde nicht weiter aufsplitten, wie wir es im StS beschlossen haben; ich glaube, es ist wirklich gut, daß als Mindesteinheit eine halbe Stunde (5 Schilling) zum Tragen kommt.

Weiters beschließen wir über die Abgabenschuld und die Auskunftspflicht, über die Abgabenbefreiung, die Fälligkeit der Parkgebühr; Art der Entrichtung der Parkgebühr und Nachweis der Entrichtung.

In § 8 beschließen wir - das ist ein sehr wichtiger Punkt - die Überwachung und Kontrolle. Natürlich ist noch nicht entschieden, wer das macht bzw. wie das gemacht wird. Am Montag werden wir im Verkehrsausschuß Gelegenheit haben, weiter zu debattieren.

Ferner geht es noch um die Strafbestimmungen und in § 10 um die Verwendung der Parkgebühren. Im Oö. Parkgebührengesetz ist grundsätzlich festgelegt, daß der Nettoertrag aus diesen Gebühren für die Verbesserung der innerörtl. Verkehrssituation zu verwenden ist. Die Stadt Steyr hat in ihrem Grundsatzbeschluß schon von vornherein festgelegt, daß diese Abgabe, dieser Nettoertrag zweckgewidmet ist für Verbesserungen im öffentl. Verkehr und für den ruhenden Verkehr.

§ 11 - Inkrafttreten und Kundmachung; dann noch die Zuständigkeit und die Verordnungsprüfung.

Ich bitte Hr. Vbgm. Sablik, die Diskussion zu eröffnen und dann abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich gebe den Vorsitz zurück an den Bgm. und teile mit, daß sich

Hr. StR Eichhübl als erster zu Wort gemeldet hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Koll. StR Eichhübl das Wort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ich darf vorausschicken, daß ich auch der geänderten Fassung der Verordnung über die zukünftige Einhebung von Parkgebühren, was die Höhe und die Parkdauer betrifft, die Zustimmung geben werde. Allerdings habe ich eine Anmerkung zu machen und ich befinde mich hier durchaus auch im Einklang mit meiner Meinung zu der des Dr. Pfeil. Es geht um den § 10, die Verwendung der Parkgebühr, wo es heißt, der Nettoertrag der Parkgebühr ist für Maßnahmen zur Verbesserung und Gestaltung der innerörtlichen Verkehrssituation zu verwenden. Hier hätte ich mir schon eine konsequentere Zweckwidmung, zumind. eine Formulierung in Richtung des öffentl. Verkehrs gewünscht. Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil auch der Hr. Bgm. vor kurzem in einem Zeitungsinterview berichtet hat, daß der öffentl. Verkehr ausgeweitet wird durch Ankäufe von 5 Citybussen und durch Einstellung von 7 Chauffeuren. Ich kann nur sagen, ich begrüße als Referent der Stadtwerke diese Aussage. Aber

sie ist auch in die Richtung gegangen - unter dem Aspekt wurde diese Aussage gemacht -, daß dafür die Erträge aus der Parkraumbewirtsch. verwendet werden.

Vor allen Dingen, meine Damen und Herren, geht es mir darum, daß meine Zustimmung schlußendlich auch immer davon abhängig gemacht wurde, daß die Gelder, die in Zukunft für die Parkraumbewirtsch. hereinkommen, in erster Linie dem öffentl. Verkehr zugute kommen sollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Als nächster ist Koll. Zagler am Wort.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren! Der Beschluß über die Parkraumbewirtsch. ist sicherlich ein Meilenstein in der Umsetzung des vorliegenden Verkehrskonzeptes. Auch wenn in der Zeitung steht, daß uns schon Bad Hall bei der Einführung der Parkraumbewirtsch. überholt hat, so brauchen wir - glaube ich - deswegen nicht traurig zu sein, daß wir nicht die ersten waren, Parkraumbewirtsch. zu machen. - Denn aus den Erfahrungen der anderen kann man sehr gute Lehren ziehen.

Man kann die Gebiete abgrenzen - von knallhart bis ganz "softy". Ich glaube, wir haben bei diesem vorliegenden Verordnungsent-

wurf eine moderate Lösung gefunden. Wir sind also nicht bis an die Grenze der Zumutbarkeit gegangen und haben das aber auch nicht nur als "Augenauswischerei" betrieben, daß wir einige wenige Parkplätze umwidmen.

Was aber - das habe ich hier schon bei der damaligen Grundsatz-Beschlußfassung über die Parkraumbewirtsch. zum Ausdruck gebracht und möchte es auch heute wiederholen - stattfinden wird, ist der eminente Druck, der von der Parkraumbewirtsch. ausgehen wird auf jene nicht bewirtschafteten Plätze in Zentrumsnähe. Auch über private, aber öffentl. zugängliche Parkplätze muß sich unsere Gemeindeverwaltung entspr. rasch unterhalten bzw. Überlegungen anstellen, wie diese in die Vergebührung oder in ein Konzept eingebunden werden können.

Wenn die Möglichkeit der Pauschalierung gegeben ist (wie das in § 3 enthalten ist, wo ein Jahrespauschale von S 8.000,- verlangt wird), so glaube ich, das richtig gelesen zu haben, daß in Absatz 3) das "anteilig" bedeutet, daß nicht ein KFZ-Besitzer bei der Behörde vorstellig werden kann und sagt, ich benütze den Parkplatz nicht dauernd, daher möchte ich weniger als die 8.000,- Schilling als einmalige Abgeltung bezahlen - hier handelt es sich um eine zeitl. Abgeltung!

Ich freue mich auch, daß der heute vorliegende Verordnungs-entwurf abgeändert ist gegenüber dem ursprüngl. Entwurf, wo es auch 10minütige Parkintervalle gegeben hätte. Hier ist also das Linzer Modell, wie es auch in unseren Vorbesprechungen immer wieder gepriesen wurde, zur Anwendung gekommen.

Was das bes. Erfreuliche im Zusammenhang mit der Einführung der Parkraumbewirtsch. ist: weniger, daß die Autofahrer zur Kasse gebeten werden, als viel mehr, daß die Einnahmen - das wurde ja auch schon ausgeführt - klarerweise für öffentl. Verkehrsvorhaben verwendet werden. U. a. eben auch zur Finanzierung neuer Linien und zur Finanzierung von Taktverdichtungen, wie das auch schon von Bgm. Leithenmayr angekündigt wurde.

Eigentlich, lieber Koll. Fürweger, wollte ich Dir das heute sagen. Aber nachdem Du den Weg über die Zeitung mit einem Leserbrief gewählt und mich dort zitiert hast, habe ich mir erlaubt, im selben Medium auch eine Antwort darauf zu geben. Es geht also darum, daß einer jener Beiträge, die zur Deckung dieser Vorhaben verwendet werden, auch aus der Parkraumbewirtsch. kommen wird.

In diesem Zusammenhang ist eine Forderung von uns erwähnenswert, die wir postulieren bzw. noch deutlicher machen müssen. Ich entnehme

derselben Zeitung, in der unsere Briefe und Gegenbriefe abgedruckt wurden, daß die ÖBB beklagt, daß sie ohnehin Garsten - Steyr fast im Stundenrhythmus bedient. Das bringt für uns - als GR der Stadt Steyr - die Verpflichtung, noch dringender und noch vehementer auf den längst erforderlichen Tarife- und Fahrplanverbund mit den anderen Verkehrsträgern hinzuweisen. Also meine Botschaft geht hier Richtung Linz, diese Arbeiten doch endlich zu pos. Abschlüssen zu bringen.

Nun zu dem, was der heutige Vorschlag für uns an dringender Arbeit mit sich bringen wird: Wir müssen eine baldige Entscheidung über ein zentrumsnahes Parkhaus treffen! Das ist auch eine Sache, die klarerweise mit der Parkraumbewirtsch. in Zusammenhang steht. Die Einsparung oder das Wegbringen von Parkflächen im schönsten städt. Raum, den wir zu bieten haben, unter die Erde oder in ein anderes Gebäude ist von dringender Bedeutung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEIT-  
THENMAYR:

Danke sehr. Nun ist Koll. Jansky an der Reihe.

GEMEINDERAT KLAUS JANSKY:

Sehr geehrter Hr. Bgm., meine Damen und Herren des GR! In unserer heutigen GR-Sitzung werden wir wahrscheinlich einstimmig die Verordnung für

die Parkraumbewirtsch. beschließen. Die Parkraumbewirtsch. steht im Maßnahmenkatalog des Verkehrskonzeptes mit an vorderster Stelle. Bei der Präsentation des Konzeptes im Feb. sagte Dr. Stickler: "Eine Durchsetzung des Konzeptes muß mit 'Zuckerbrot und Peitsche' erfolgen!" - Ich sehe bisher nur die Peitsche, obwohl das Zuckerbrot an erster Stelle steht!

Ich bin auch überzeugt davon, daß die Parkraumbewirtsch. zu einer Verkehrsberuhigung führen wird. Aber man muß den Autofahrern zumind. gleichzeitig auch das Zuckerbrot anbieten. In den Oö. Nachrichten vom 3. März ist ein Artikel unter dem Titel "Bürger haben vom Autoverkehr die Nase voll - die Politiker glauben es nicht!" Die Linzer Bürger geben dem Ausbau des öffentl. Verkehrs sowie dem Fußgänger- und Fahrradwegenetz Vorrang vor neuen und breiteren Straßen. In einer Mobilitätsstudie des Münchner Forschungsinstitutes "Sozial-Data" wird aufgezeigt, daß die Linzer bereit sind, Einschränkungen des Individualverkehrs in Kauf zu nehmen.

Weiters wurde festgestellt, daß in Linz von durchschnittl. 996 Fahrten/Bürger im Jahr 746 auf der Kurzstrecke (d. h. unter 5 km) durchgeführt werden. Von diesen kurzen Fahrten könnten 443 mit anderen Verkehrsmitteln gemacht werden - ist Sozial-Data-Chef Dr. Werner Brög

überzeugt. Würde jeder Lenker in der Woche zwei Fahrten weniger machen und stattdessen auf die Straßenbahn oder das Rad umsteigen, könnte das Verkehrsaufkommen in Linz um 15 % reduziert werden. Eine Marke, die erreichbar ist - glaubt Dr. Brög.

Voraussetzung dafür ist aber eine massive Aufklärung über den öffentl. Verkehr. Wir können annehmen, daß die Zahlen für Linz annähernd den Zahlen in Steyr gleichen. Damit bin ich wieder beim Zuckerbrot. Ich finde, es wird höchste Zeit, daß sich die Steyrer Verkehrsbetriebe etwas einfallen lassen, um die Attraktivität der Buslinien anzuheben. Mittel werden ja aus der Parkraumbewirtsch. vorhanden sein. Unser Dringlichkeitsantrag zur Herabsetzung des Einzelfahrschein-Preises für den Citybus auf 5 Schilling wurde ja von Ihren Fraktionen mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Wir vertreten jedoch weiterhin die Meinung, daß unser Antrag richtig war. Denn wenn ich noch einmal auf die Mobilitätsstudie von Linz verweisen darf, so sind zwei Fahrten/Woche, die der Autofahrer unterlassen könnte, realistisch. Dazu wird er aber keine Monatskarte kaufen, sondern das Zuckerbrot muß ein billiger Einzelfahrschein sein! Ich fordere daher den zuständigen Referenten, Hr. StR Eichhübl, auf, sich mit seinen Beamten von den

Verkehrsbetrieben darüber den Kopf zu zerbrechen, wie man die Peitsche unseres Verkehrs-Referenten mit Zuckerbrot versüßen kann!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke. Hr. StR Eichhübl hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm.! Sie haben sicherlich Verständnis dafür, daß ich mich zu diesem Antrag ein zweites Mal zu Wort melde. Und zwar deshalb, weil ich ja direkt von meinem Vorredner angesprochen wurde - in Zusammenhang des eingebrachten Antrages der Österr. Volkspartei, auf Einführung eines Citybus-Tarifes à 5 Schilling/Karte.

Ich darf in Erinnerung rufen, daß dieser Antrag sicherlich nicht - das habe ich auch in der letzten Ausschuß-Sitzung sehr deutlich betont - aus böswilligen oder pol. Hintergründen von uns abgelehnt wurde - sondern aus rechtl. Gründen. Ich möchte vor diesem GR nochmals klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß es nicht möglich ist, einen Tarif einseitig abzuändern, weil ja die Citybusse nicht getrennt von den Verkehrsbetrieben gesehen werden können. D. h., auch die Citybusse bilden eine Einheit mit dem gesamten Verkehrsbetrieb. Es ist wirklich auch verständlich, daß es nicht möglich ist, daß

jemand aus Münchenholz einen Autobus benützt und dafür 9 oder eben 14 S bezahlen muß und jemand, der das Glück hat, in einem Stadtteil zu wohnen, wo dieser sog. Citybus fährt, um 5 S fahren kann.

Das war an sich der Grund, warum wir von der FPÖ-Fraktion diesen Antrag abgelehnt haben. Aber wir haben diesen Antrag - genauso wie unseren, denn wir haben ja auch einen Antrag auf einen Zeit- und einen Zonenfahrtschein - im Ausschuß behandelt. In Zusammenhang mit der neuen Situation - Stickler bzw. Verkehrskonzept - waren wir im Ausschuß der Auffassung - da waren auch die Koll. der ÖVP dabei -, daß wir diese Überlegungen gemeinsam noch artikulieren werden. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Zu Wort hat sich Koll. StR Holub gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT KARL HOLUB:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren! Es ist eigentl. recht beeindruckend, wie immer wieder die Formulierungen der leitenden Herren der Stadtwerke zitiert werden. Einmal von einem Referenten der Sozialistischen Partei - so hat sie damals noch geheißen -, einmal von einem Referenten der Freiheitl. Partei - so heißt sie, glaube ich, heute noch. Im Grunde genommen ändert sich am Ganzen nichts! "Es

geht nicht ..., es ist schwierig ...". Richard Gollatsch hat das vor zwei Sitzung recht treffend zitiert. Mit der kürzesten Wortmeldung, die den GR bis jetzt in seinem Fortgang aufgehalten hat, aber mit der richtigsten! Er hat schlicht und einfach gesagt: "Mir reicht's!" Es ist nicht wahr, daß es irgendein Gesetz gibt, das untersagt, eine Tarifabsplittung in einem Pilotversuch zu machen. Es ist einfach nicht wahr! Man müßte nur darüber nachdenken. Ich weiß schon, daß das ein pol. Referent nicht ersetzen kann, was die beamteten Hauptbeauftragten an Denkleistung vermissen lassen. Ich weiß, daß es sicher nicht lustig ist, einen Tarifvorschlag vorgegeben zu bekommen, wenn man es eigentl. selbst machen hätte können. Aber genau aus diesem pol. Geist, meine Damen und Herren, entsteht die Politikerverdrossenheit der heutigen Zeit. Die Devise muß nicht mehr heißen "Haust Du meine Tante, haue ich Deine Tante!", sondern die Devise muß heißen: "Bringen wir doch endlich etwas weiter für unser gemeinsames Ziel, ein besseres Steyr!"

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Darum haben wir eine gemeinsame Lösung getroffen im letzten Ausschuß!

STADTRAT KARL HOLUB:

Soviel also dazu!

Ich möchte ausdrücklich hervorheben, Roman, daß ich Dich persönlich damit nicht angegriffen habe. Ausdrücklich! Auch wenn es nicht ganz ohne Reiz gewesen wäre.

Zum vorliegenden Antrag selbst. Es ist richtig, die ÖVP-Fraktion wird diesem Antrag auch beitreten. Im vollen Bewußtsein darüber, daß sich der Applaus bei best. Bevölkerungskreisen in starken Grenzen halten wird. Die Grenzen werden umso stärker sein, umso weniger die flankierenden Maßnahmen erkennbar sind.

Ich glaube, daß es einfach zu wenig ist, zu verlangen, daß die Einnahmen aus dieser Parkplatzbewirtsch. in eine Verbesserung des öffentl. Personennahverkehrs fließen sollen; sondern vielmehr kann die einzig richtige Forderung sein - ich lade Sie wirklich alle ein, diese mitzuerheben -, daß eine Vorlage der öffentl. Hand in die Attraktivierung des öffentl. Personennahverkehrs erfolgen muß. Diverse Ansatzpunkte dazu sind seit einiger Zeit in Diskussion - das eine oder andere scheint auch verwirklicht zu werden, das eine oder andere ist sogar schon verwirklicht; Verbesserungen sind stets möglich und vielleicht auch notwendig. Nur wird das Thema erst dann gewissenhaft aufgearbeitet werden, wenn die tatsächlich hauptberuflich Tätigen sich auch im Bewußtsein dessen befinden, daß sie für ihre

Mitbürgerinnen und Mitbürger Verantwortung tragen. Nicht nur für einen anonymen Betrieb, der ein Sondervermögen der Stadt darstellt; sondern daß sie praktisch und theoretisch hier eine öffentl. Dienstleistung erbringen, nach der nicht nur der GR beurteilt wird, sondern nach der sich eine Gemeinschaft selbst beurteilt.

Das Wort "Weg vom Individualverkehr - hin zum öffentl. Verkehr" - ist so strahlend leicht gesagt, meine Damen und Herren, so leicht! Das "Verzichte doch, lieber Nachbar" ist auch so leicht gesagt. Aber das "Ich verzichte selbst" ist schon wieder etwas schwieriger erbracht. Dieses "Ich verzichte selbst" wird nur dann leichter sein, wenn die Bedingungen im öffentl. Personennahverkehr verbessert werden.

Meinerseits ein JA zu diesem Antrag mit der Parkplatzbewirtschaftung, aber doch die Einschränkung, bitte vorher die Attraktivierung des Angebotes, das hier die Alternative darstellen soll. Denn sonst geht es in die Richtung, zuerst die Kuh melken und dann schlachten! Das wäre sicherlich falsch. Wenn man eine Kuh melken will, muß man sie zuerst füttern - das sollten auch die Stadtwerke nicht vergessen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Koll.  
Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:  
Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Zu dem von Koll. Zagler angesprochenen Verkehrsverbund möchte ich ganz kurz etwas in Erinnerung rufen. 1985 - man höre und staune, 1985 - haben wir über die Notwendigkeit hier im GR debattiert (es war in der GR vom Nov. 1985). Damals erging der Auftrag an die Direktion der Stadtwerke - an die Herren Direktoren -, alles Notwendige in die Wege zu leiten - unter Berücksichtigung insbes. der Pendlerbewegung - für die Schaffung eines Verkehrsverbundes. D. h. Kontaktaufnahme mit dem Verkehrsverbund Linz und das Verhandlungsziel, einen eigenen Verkehrsverbund zu schaffen. Das war, werte Kolleginnen und Kollegen des GR, vor acht Jahren! Seitdem warten wir noch immer auf einen pos. Abschluß. Ich frage hier die Verantwortlichen - sie sind ja heute leider nicht anwesend, deshalb bitte ich den Hr. MD, diese Frage an die Direktoren der Stadtwerke weiterzuleiten: Wann wird der Verkehrsverbund nach 8jähriger Vorbereitungszeit endlich beschlossen werden können?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Nun ist Fr. Koll.  
Scheucher am Wort.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist natürlich jetzt sehr viel über diesen Antrag gesprochen worden. Wir befürworten die Parkraumbew.; wir befürworten es, daß der öffentl. Straßenraum auch etwas kosten soll. Bei der Bewirtsch. des Stadtplatzes bzw. des Ennskais möchte ich aber schon daran erinnern, daß sowohl im Konzept von Prof. Stickler als auch immer wieder in den div. Verkehrsausschuß-Besprechungen die Stimmung so war, daß wir gesagt haben, das soll eine vorübergehende Maßnahme sein - das Ziel sollte immer der autofreie Stadtplatz bzw. der autofreie Ennskai sein.

Ein bißchen habe ich schon die Befürchtung, daß es dann so zu einem Dauerzustand wird, wenn der Stadtplatz bewirtschaftet ist. Man sollte das in Zukunft nicht aus den Augen verlieren, sodaß wir letztendlich das Ziel "autofreier Stadtplatz" haben.

Etwas ist heute schon mehrmals angesprochen worden - nämlich der § 10 "VERWENDUNG DER PARKGEBÜHREN". Hr. Vbgm. hat es bereits gesagt, im Stickler-Konzept steht es - der Ertrag, der Erlös dieser Parkraumbew. sollte dem öffentl. Verkehr zugute kommen. So wie dieser Satz aber im Amtsvorschlag, im Antrag formuliert ist, kann man alles daraus machen. Der innerörtliche Verkehr, das ist eigentlich alles. Wenn es irgendwann in 10 oder 20 Jahren einem GR einfällt - da

sind Sie vielleicht nicht mehr betroffen, ich will das aber niemandem unterstellen, der hier sitzt -, mehrheitlich eine Stadtautobahn zu planen, dann ist das in diesem Punkt auch möglich - von den Parkgebühren! Deshalb würde ich Sie hier schon bitten, jenen Punkt genauer zu definieren. Wir wollen ja alle dasselbe; wir wollen diese Mittel für den öffentl. Verkehr, für den umweltfreundl. Personennahverkehr.

Aus diesem Grund haben wir einen Abänderungsantrag vorbereitet, der genau diesen Punkt etwas näher definiert. Ich würde Sie sehr bitten, sich in diesem Punkt dem Abänderungsantrag anzuschließen.

#### ABÄNDERUNGSANTRAG

gem. § 9 der GO des GR der Stadt Steyr

Der Tagesordnungspunkt 11 - Einführung der Parkraumbew. - möge im § 10 (Verwendung der Parkgebühr) wie folgt abgeändert werden:

#### § 10 Verwendung der Parkgebühr

Der Nettoertrag der Parkgebühr ist ausschließlich zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs und des umweltfreundlichen, nicht motorisierten Individualverkehrs zu verwenden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Und der ruhende Verkehr!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Das können wir gerne noch aufnehmen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß es Sinn und Zweck ist, bei diesem Tagesordnungspunkt jetzt dahin abzuschweifen, daß wir das Stickler-Verkehrskonzept des langen und des breiten erörtern. Beschränken wir uns doch jetzt bitte darauf, worum es geht - nämlich um die Parkraumbewirtsch., die er ja auch in einem Punkt sehr wohl erwähnt. Wenn wir uns jetzt darüber verbreitern, ob wir den Stadtplatz zu einer "Museumshalde" machen wollen - zu einer entvölkerten womöglich -, und daß wir den Ennskai vielleicht auch noch autofrei machen, dann ist die nächste Phase, daß wir auch noch darüber reden, eine Parkgebühr für Fahrräder einzuheben. Ich halte es nicht für richtig, wenn wir uns jetzt in derartige - entschuldigen Sie - Seitengassen versteigen! Bleiben wir bitte beim Thema.

Zum Abänderungsantrag. Dieser ist meines Erachtens vollkommen verfehlt, wenn es hier nur heißt, der Nettoertrag der Parkgebühr

ist ausschließlich zur Verbesserung des öffentl. Verkehrs - von mir aus ja noch, aber die nächste Passage - und des umweltfreundlichen, nicht motorisierten Individualverkehrs zu verwenden. Soll es dann eine Förderung geben für Fahrrad-Fahrer oder bekommen wir, wenn wir zu Fuß zur Arbeit gehen, einen "Doppler-Zuschlag" für die Schuhsohlen?

Das ist meines Erachtens nicht gut formuliert und daher abzulehnen! Danke vielmals.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Vbgm. Sablik hat sich zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich möchte ganz kurz zum Abänderungsantrag der Fr. Koll. Scheucher Stellung nehmen. Wir haben uns hier in einem 3/4-jährlichen Prozeß mit diesen Themen eingehend auseinandergesetzt und sind zu folgender Begründung gekommen. Ich glaube nicht, daß es zielführend ist, daß wir dem Betreiben der Grünen jetzt folgen. Im letzten Moment machen sie mit Abänderungsanträgen auf sich aufmerksam, aber in den Ausschüssen, wo sie drinnen sind, sagen sie kein Wort! Im letzten Moment wird dann irgendetwas aus dem Zusammenhang gerissen und als ganz wichtig dargestellt.

Der innerörtliche Verkehr wurde ganz bewußt - auch von unserer Fraktion - so formuliert, weil der innerörtl. Verkehr alles das aussagt, was wir brauchen. Ich schlage daher vor, daß wir seitens unserer Fraktion bei der Formulierung bleiben, die wir lange erarbeitet haben!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke. Hr. StR Zagler ist der nächste.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT  
ZAGLER:

Ich möchte jetzt nicht noch einmal grundsätzl. die Parkraumbew. diskutieren und diese auch bejahen, wie das ja vor der Wahl 3 Fraktionen getan haben - nach der Wahl inzw. sogar alle vier! Klarerweise kommt bei einer solchen Diskussion auch das eine oder andere Nebenthema zur Sprache. Nebenthema nicht in dem Sinn, daß es unwichtig oder unwesentlich wäre, sondern Nebenthema deswegen, weil es nicht Gegenstand des Antrages ist. - So war klarerweise auch der 5 S-Citybus-Tarif der ÖVP heute schon Gesprächsstoff. Ich habe heute in der Diskussion nichts gehört vom damaligen Abänderungsantrag in Richtung Spalt- und Zonentarif der FPÖ. Aber eines habe ich gehört - nämlich wie StR Eichhübl als zuständiger Referent die bes. pos. Ausschuß-Arbeit hervorgehoben hat. Das kann ich wirklich nur unterstreichen.

Ich würde Dich, Karl Holub, bitten, auch in Deiner Fraktion diesbezügl. Informationsfluß fließen zu lassen, wo Eure beiden Teilnehmer an dieser letzten Ausschuß-Sitzung sehr wohl und sehr konstruktiv mitüberlegt haben, wie wir mit Zeitpunkt 1. Sept. d. J. auch zu einer Tarifregulierung kommen wollen, die eben jenes Maß an Zuckerbrot bieten soll, das sozus. in Ergänzung zur Parkraumbew. da ist.

Daß heute in der finanziellen Situation, in der die öffentl. Hand ist, auf Nulltarif o. ä. Dinge zurückgegangen werden kann, glaubt doch wohl niemand, der hier herinnen sitzt und noch halbwegs gerade Gedanken fassen kann! Daß aber wesentl. Dinge dieser Tarifreform sein müssen, wie man z. B. die Familienfreundlichkeit hebt (ein altes Anliegen der Frauen unserer Partei, auch von GR Spöck immer wieder vorgetragen u. vielen anderen), ist uns ein echtes Anliegen. Daß wir die Zeitkarten bes. stärken wollen - sprich Tageskarten-, Wochenkarten-, Monats- und vor allem Jahreskarten-Systeme zu sehr attraktiven Konditionen -, ist auch eine klare Sache! So muß es dem Autofahrer leicht möglich werden, auf das öffentl. Verkehrsmittel umzusteigen.

Daß wir dabei 2 wichtige Eckpfeiler nicht vergessen dürfen, ist bes. wichtig: Einerseits dürfen wir nicht übersehen, daß wir auch über die

Schülerfreifahrt Geldmittel vom Bund bekommen; d. h., wir dürfen nicht einen Tarif gestalten, der uns dieser Finanzierungsquelle beraubt. Zweitens haben wir heute den Tarifverbund schon ein paarmal angesprochen. Natürlich dürfen wir auch keine Tarifgestaltung bringen, die uns im Verbund zum letzten oder kleinsten Rädchen in diesem Getriebe macht und uns die Gesamtlast der Durchtarifizierungs-Verluste bringt.

Das ist eine wesentl. Geschichte - daneben müssen wir, um Zuckerbrot zu bringen, die Informationspolitik der Stadtwerke auf neue Füße stellen, daß auch das Unternehmen "Städt. Autobus" besser beworben wird. Dazu gehört eben die Forderung zum Verkehrsverbund; wobei es nicht so wichtig ist, daß die Busse unter einheitl. Farbe fahren, sondern daß man mit demselben Fahrschein sowohl das eine, als auch das andere Verkehrsmittel in Ergänzung nehmen kann.

Zum Abänderungsantrag der GAL. Wir haben im März 1991 den Grundsatzbeschluß gefaßt - dort ist definiert, wofür die Parkraumbew. da ist. Ein Grundsatzbeschluß - das sagt schon das Wort - ist eben ein Grundsatz, an dem wir auch festhalten wollen. Ich halte diesen Antrag, der als Abänderungsantrag eingebracht wurde, für gänzlich überflüssig!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke. Koll. StR Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Nicht nur des Grundsatzbeschlusses wegen halte ich diesen Abänderungsantrag für überflüssig, sondern auch wegen seines Inhaltes. Weil er zu wenig deutlich aussagt, was alles die Verbesserung des öffentl. Verkehrs ist. Gemeint ist - so fühle ich es zumind. - möglicherweise, daß man eine Förderung von alternativen Kfz-Stellplätzen aus diesen Mitteln nicht machen sollte. Wenn das die Tendenz ist, dann ist sie grundfalsch - weil nämlich das öffentl. Verkehrsmittel durch 3 Dinge attraktiviert wird: 1. der Tarif, 2. der Takt und 3. die Vernetzung. Diese 3 Komponenten muß man beachten, wenn man die Attraktivität des öffentl. Verkehrs steigern will.

Helmut Zagler hat erwähnt, daß die Mitglieder der ÖVP-Fraktion hier konstruktiv mitarbeiten. Das ist schon richtig. Wir setzen uns sehr lange mit dem Thema "öffentl. Verkehr" auseinander. Eine Zeitlang war Euch das gar nicht so recht, wenn ich mich richtig erinnere.

Die GAL-Fraktion wäre dabei, einen Fehler zu machen, wenn sie diesen Inhalt unterlegte. Wenn dieser Inhalt aber nicht unterlegt ist, dann ist der Abänderungsantrag nicht notwendig; weil genau das - nämlich diese Vernetzungsmöglichkeiten durch Stellflächen an den Vernetzungspunkten z. B. zu schaffen

- Ziel des ursprüngl. Grundsatzbeschlusses war. Ich würde daher empfehlen, dem Änderungsantrag der GAL nicht die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Keine weitere Wortmeldung liegt vor, daher bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Zuerst zum vorliegenden Änderungsantrag. Ich bin auch der Meinung meiner Vorredner, daß man es dabei belassen sollte; es ist ausreichend genug definiert, und ich bitte wirklich um Verständnis der Grünen.

Ich verstehe Ihre Befürchtungen oder Ängste - wir werden genau darauf achten, daß diese Mittel, wie im Grundsatzbeschluß festgelegt worden ist, zweckrichtig verwendet werden. Ich finde, es bedarf keinerlei Ergänzungen oder Abänderungen! Wir werden daher von unserer Seite diesem Antrag auch nicht zustimmen.

Zur Stadtplatz-Situation ist allerdings schon noch einiges zu sagen. Ich weiß nicht, ob wir hier alle bei derselben Sitzung waren. Ich habe nicht gehört, daß Dr. Stickler gesagt hätte, wir brauchen sofort einen autofreien Stadtplatz. Davon habe ich nichts gehört. Ich habe es sehr wohl in der Zeitung gelesen, aber im

Verkehrskonzept ist nichts davon gestanden!

Es ist richtig, wir müssen den Verkehr auf dem Stadtplatz und auf dem Ennskai ändern - keine Frage. Aber Voraussetzung dafür, daß man überhaupt redet darüber, ist natürlich diese zentrale Parkmöglichkeit, die wir schaffen müssen. Ich rufe hier alle Kolleginnen und Kollegen des GR auf, wirklich mitzuarbeiten, daß wir das Verkehrskonzept umsetzen - nicht nur das, sondern daß auch aus dem Umsatz noch im ersten Halbjahr ein Beschluß heranreift, sodaß wir sagen können, dies oder jenes ist unser bevorzugter Standort für eine citynahe Parkmöglichkeit.

Die Bevölkerung, glaube ich, hat es akzeptiert, daß Parken in Zukunft etwas kosten wird. Es ist allg. gut geworden, daß ein Stadtplatz nicht mehr kostenfrei ist. Jeder Mensch weiß, wenn er eine Garage oder einen Auto-Abstellplatz hat, so ist dieser in der Regel vermietbar oder vermietet. Das wird in Zukunft noch viel mehr an Bedeutung gewinnen.

Ich bin auch der Meinung, daß man nicht mit Abänderungs- oder Dringlichkeitsanträgen im GR kommen, sondern das in den Ausschüssen, die ja dafür da sind (ob das jetzt der Ausschuß f. kommunale Betriebe oder der Verkehrsausschuß ist), besprechen soll. Hier kann man diese Dinge auch in der ganzen Bandbreite diskutieren.

Die Akzeptanz der öffentl. Verkehrsmittel wird nicht primär durch den Preis bestimmt - da haben wir wissenschaftl. Untersuchungen. Sie wird nämlich primär durch die Attraktivität bestimmt. Und die Attraktivität ist in erster Linie durch die Schnelligkeit und durch die Bequemlichkeit gekennzeichnet. Eine ganz große Bedeutung hätten also hier die Busspuren. Wenn der Benutzer eines öffentl. Verkehrsmittels an einem stehenden Autostrom vorbeifährt, dann wird er sich überlegen, ob es nicht besser ist, mit dem Bus zu fahren, als im Stau zu stecken.

Ansonsten ersuche ich den GR, diesem Antrag über die Einführung der Parkraumbew. in seiner ursprüngl. Form die Zustimmung zu geben.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:**

Danke sehr. Ich darf vielleicht noch bemerken, daß die Ankündigung und der Auftrag an die Stadtwerke, 5 neue Linien einzuführen und die Busfahrer einzustellen, rd. 10 Mill. S im ersten Jahr an Budgetmitteln erfordern wird. Daraus geht schon hervor, daß wir ohnehin nicht beabsichtigen, mit dem allfälligen Erlös aus der Parkraumbew. irgendetwas zu tun, was Sie vielleicht befürchten, Frau Kollegin.

Außerdem möchte ich noch sagen, daß ich in der letzten Fraktionsvorsitzenden-Konferenz

vorgeschlagen habe, daß wir unserem Verkehrsbetrieb ein Marketing-Konzept verordnen. Dieser Vorschlag ist dann eigentlich allgemein auf Zustimmung gestoßen, was mich sehr freut; mittlerweile habe ich schon eine schriftliche Anweisung an die Stadtwerke unterschrieben, daß sie sich tatsächlich damit auseinandersetzen. Wir werden uns zu beraten haben, in welcher Weise dies professionell durchgeführt werden kann.

Im übrigen möchte ich trotzdem feststellen, daß gerade in Linz, aber auch die Situationen in allen anderen Städten zeigen, daß der öffentl. Verkehr bes. attraktiv gestaltet werden soll - mit zusätzl. Bussen, mit neuen Linienführungen, mit attraktiven Taktzeiten und Vernetzungen usw. Diese Dinge sind eben nicht umsonst zu haben, auf der ganzen Welt nicht. So schön es auch wäre, wenn man das nur verkündigen müßte - ich wäre sicher gerne "mit von der Partie". Wir sollten dieses Thema wirklich sehr ernsthaft diskutieren - das geschieht ja bereits, auch eine Tarifreform ist in Angriff genommen, und in den Ausschüssen wird darüber diskutiert.

Ich möchte nur bitten, in der Bevölkerung keine falschen Erwartungshaltungen zu erzeugen. Wenn man schon meint, wir können in diesem Bereich etwas ganz anderes tun als in anderen Städten, dann sollten wir auch

gleich die Bedeckungsvorschläge mitliefern - das scheint mir das Problem zu sein!

Das wollte ich noch bemerkt haben, nunmehr kommen wir zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Abänderungsantrag der GAL ab. Wer für diesen Antrag ist, der möge ein Zeichen mit der Hand geben. 2 Pro-Stimmen (GAL). Wer ist gegen diesen Antrag? Der Rest (SP, FP, VP). Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Nun stimmen wir noch über den Hauptantrag ab. Wer ist für den Hauptantrag? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen und somit beschlossen.

Ich danke Koll. Dr. Pfeil - nächste Berichterstatterin ist Fr. StR Ehrenhuber. Ich erteile ihr das Wort.

BERICHTERSTATTERIN STADT-RAT INGRID EHREHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich habe Ihnen heute 6 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Bei meinem ersten Antrag geht es darum, daß die Stadt Steyr der Deklaration des Österr. "Gesunde Städte"-Netzwerkes beitrifft und durch aktive Mitarbeit befürwortet.

Das Projekt verfolgt die Absicht, der Gesundheit einen höheren Stellenwert zu verschaffen, den WHO-Grundsatz "Gesundheit für

alle" umzusetzen, ein internationales Netzwerk zu schaffen, in dem Städte partnerschaftlich zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen können und in den Städten Kommunikationsstrukturen für mehr multisektorale Zusammenarbeit zu schaffen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, im Lichte dieser Zielsetzung, daß auch wir diesem Projekt beitreten sollten. Der Antrag an den GR lautet:

12) Präs-569/92

Städtebund

Beitritt zum "Gesunde

Städte"-Netzwerk

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD vom 16. Dezember 1992 tritt die Stadt Steyr der Deklaration des Österr. "Gesunde Städte"-Netzwerkes bei und befürwortet die "Gesunde Städte"-Konzeption durch künftige, aktive Mitarbeit. (BEILAGE)

Ich ersuche, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke vielmals, Fr. Kollegin. Zu Wort hat sich Hr. Dr. Pfeil gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen heute - so sehe ich das - vor

einem ähnlichen Grundsatzbeschuß, wie damals beim Grundsatzbeschuß für die Verkehrsentwicklung der Stadt Steyr. Wenn wir diesem Konzept beitreten - ich bin sehr dafür, daß wir beitreten -, wenn wir dieses Konzept mit Leben erfüllen, dann kommt sehr, sehr viel auf uns zu!

Wenn man das aufmerksam liest, erkennt man, daß einiger Zünd- und Sprengstoff enthalten ist. Insbes. die Diskussion, die letzten Samstag aufgebrochen ist aus Innsbruck (über die Arbeitszeit der Ärzte, die uns direkt und indirekt betreffen könnte), zeigt, welchen hohen Stellenwert die Gesundheit hat. In Wien ist z. B. ein Dienst von 3 Tagen üblich; ich bin auch der Meinung, daß es besser ist, von einem müden Profi operiert zu werden, als von einem ausgeruhten Dilettanten. Ich möchte von beiden nicht operiert werden!

Zum Inhalt dieses Antrages. Die Stadt Steyr befürwortet die gesunde Städtekonzeption durch einen entspr. GR-Beschluß - gut. Zweiter Punkt - eine ressortübergreifende, gesundheitsfördernde Politik ist anzustreben. Was ist hier gemeint? Diese Frage geht an Sie, Frau Stadtrat.

Drittens - weitere gesellschaftl. Institutionen, wie Krankenkassen, Verbände, Wissenschaft, Bildungseinrichtungen, Wirtschaft usw., sowie die Initiativen und Selbsthilfegruppen sind in diesen Prozeß einzubinden. Gibt es Konzepte dafür? Gibt es

Kostenschätzungen von solchen Konzepten?

Bürgerinnen und Bürger - ein so wesentlicher Punkt - sollen sich verstärkt an der Gestaltung ihrer Lebens- und Umweltbedingungen beteiligen können. Ich würde sagen, daß hier auch die Plattform der Steyrer Ärzte, die wir ja haben, miteinbezogen gehört. Wie sind hier die Strukturen gemeint?

Eine andere Frage noch: Welche Städte Österreichs sind bis jetzt beigetreten (außer Wien)?

In der Deklaration heißt es unter Punkt a): "Sichere und saubere physische Lebensbedingungen von hoher Qualität einschl. der Wohnqualität". Meine Damen und Herren, wenn wir alleine diesen Satz ernst nehmen, dann müssen wir uns nahezu bei jeder Abstimmung diesen Satz vorher aufsagen. Das ist ganz wesentlich!

STADTRAT KARL HOLUB:

Das müssen wir so auch - in unserer Verantwortung! Das gehört zu unserer ureigenen Verantwortung, Hr. Dr. Pfeil!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte das hier nur noch einmal sagen!

Dann unter Punkt i): "Eine städt. Struktur und Verwaltung, die auf den typischen Eigenarten der untersch. Stadtteile Rücksicht nimmt und diese auf Dauer erhält". Punkt j): "Gesundheits-Einrichtungen und Krankenversorgung auf hohem Niveau

für alle Bürgerinnen und Bürger". D. h., auch das LKH wird hier gebeten werden, daß notwendige Operationen, die nicht nur sachlich und fachlich in gleicher Qualität gemacht werden müssen, auch dann gemacht werden, wenn sie notwendig sind und nicht mit einer Wartezeit versehen werden. Bestmögliche, rasche Hilfe für alle!

Noch ein Wort zum Wohlfahrtsausschuß. Ich glaube, es ist wichtig, daß man über "Kohlezuteilung" spricht. Aber das muß nicht unbedingt ein gemeinderätlicher Ausschuß sein; sondern, man soll solche wichtigen Dinge und Probleme in Zukunft in diesem Ausschuß besprechen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Koll. Mundorff bitte.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK  
MUNDORFF:

Meine Damen und Herren! Hr. StR Holub, Sie haben selbstverständlich recht. Das hätten wir gerne, wenn alles so wäre, wie es dort drinnen geschrieben ist. Aber mir persönlich gefällt einfach die Art von solchen Proklamationen oder Manifesten nicht, weil wir aus der Vergangenheit wissen - im Osten nämlich -, daß so etwas überhaupt nichts bringt!

D. h., ich würde heute viel lieber ein Maßnahmenpaket oder etwas, das das mit Leben erfüllt, beschließen. Vielleicht kommen

wir noch dazu, daß in dieser Richtung auch etwas geschieht. Das soll also kein Grund sein, warum man nicht grundsätzlich einmal für diese Punkte sein kann.

Zu den Erklärungen, die die Stadt hier abgibt. Punkt Nr. 3 g): "Eine vitale und ökologisch ausgerichtete städt. Wirtschaft". Hier liegt die Betonung sicherlich auf "und". Für mich muß eine florierende Wirtschaft selbstverständlich unter Beachtung der Umweltverträglichkeit geführt werden. Aber es kann keine einseitige Orientierung - und im Gesundheitspapier ist das ja vielleicht naheliegend in Richtung dieser reinen Ökologie - sein.

Im nächsten Punkt h) sollte man das vielleicht auch klar aussprechen: "Breites Verständnis gegenüber der eigenen kulturellen Vergangenheit und gegenüber anderen ethnischen Gruppen in der Stadtbevölkerung". Das bedeutet für mich keinen Verzicht auf die traditionellen, gewachsenen Strukturen in unserer Stadt, und schließt sicherlich kein Verständnis für illegale Zustände ein.

Ansonsten hätte mich natürl. noch interessiert, wie die Kosten für die Stadt sind für die Beteiligung an diesem Programm. Ich konnte das im Amtsbericht leider nicht finden. Sonst ist das, glaube ich, sicherlich eine pos. Geschichte! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung?  
Nicht der Fall.

Vielleicht kann ich kurz  
erläutern, wie es eigentlich zu  
diesem Antrag und zu diesem  
Beitritt gekommen ist. Es handelt  
sich hier um keine Erfindung aus  
Steyr, sondern es geht um einen  
Beitritt zu diesem "Gesunde  
Städte"-Netzwerk. Das ist eine  
Initiative, die internat. besteht.  
Der österr. Städtebund  
beschäftigt sich seit einiger Zeit  
auch mit dieser Materie, weil sie  
als wichtig erkannt wurde.

Bei der letzten Städtebund-  
Tagung in Graz hat erstmalig eine  
Beitriffsleistung durch eine Reihe  
von Städten - es waren ca. 30  
Städte - stattgefunden. Nachdem  
wir bei dieser Tagung auch dabei  
waren und mit dieser Materie  
vertraut gemacht wurden, habe  
ich ebenfalls eine Absichts-  
erklärung unterschrieben, weil  
wir es als vernünftig erachten,  
dieser Vereinigung beizutreten.  
Im Prinzip geht es darum, daß  
die Aspekte der Gesundheit bei  
jeder Beschlußfassung, bei jeder  
Überlegung, die im GR oder in  
den Ausschüssen angestellt wird,  
stärker als in der Vergangenheit  
beobachtet werden - bewußter  
beobachtet werden!

Richtig ist, daß wir das schon  
bisher getan haben und tun  
mußten. Aber wir wollen uns das  
noch stärker bewußt machen und  
natürlich darauf Bezug nehmen.  
Die Prinzipien sind es, um die es  
bei dieser Frage in erster Linie

geht. Natürl. sind gew.  
Entwicklungen auch nur über die  
Zeit zu sehen. Es ist ja z. B. auch  
nicht möglich, gew. Betriebe, die  
noch umweltbelastend wirken,  
einfach abzuschaffen. Aber alle  
unsere Maßnahmen - auch im  
Bereich der Betriebsge-  
nehmigungen usw. - sind ganz  
bes. unter diesem Aspekt zu  
betreiben.

Das ist die unmittelbare  
Auswirkung. Sie kann natürl.  
auch in ganz konkrete Ansätze  
bei dem einen oder anderen Fall  
münden.

Das wollte ich nur erläuternd  
bemerkt haben; ich bitte um das  
Schlußwort der Referentin.

STADTRÄTIN INGRID EHREN-  
HUBER:

Der Hr. Bgm. hat mir schon sehr  
viel davon weggenommen. Ich  
möchte nur dazu sagen, daß ich  
unter ressort-übergreifender und  
gesundheitsfördernder Politik  
verstehe, daß wir alle aufgerufen  
sind - ob Gemeinderäte oder  
Stadträte -, bei allen unseren  
Überlegungen und Planungen  
den Gesundheits-Gedanke in den  
Vordergrund zu stellen. Das  
betrifft den Wohnbau, den  
Straßenbau etc. - also wirklich  
alle Ressorts. Der Bgm. hat ja  
bereits darauf hingewiesen.

Ich möchte nur bezüglich der  
angesprochenen Kostenfrage  
sagen, daß derzeit damit keine  
Kosten verbunden sind - auch  
keine Beitrittsgebühr. U. U.  
werden beim Vollzug dieser  
Deklaration Kosten entstehen.

Dennoch glaube ich, ist es wichtig, daß auch wir uns als Stadt dem Prinzip der Gesundheit entspr. deklarieren und diesem Netzwerk beitreten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

Mein zweiter Antrag betrifft die Kostentragung für med. Hauskrankenpflege. Mit der 50. ASVG-Novelle wurde die med. Hauskrankenpflege als Pflichtleistung der Sozialversicherung eingeführt. Die Stadt Steyr bietet seit dem Jahr 1975 die Hauskrankenpflege als soz. Dienst an und hat bisher dafür einen entspr. Kostenbeitrag eingehoben. Aufgrund der angeführten Novelle darf nunmehr für die med. Hauskrankenpfl. kein Kostenbeitrag mehr eingehoben werden. Daher ist eine genaue Abgrenzung zw. med. Hauskrankenpfl. und soz. Betreuungsdiensten vorzunehmen und den bish. Richtlinien entspr. abzuändern. Der Antrag lautet:

13) Medizinische Hauskrankenpflege; Kostentragung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 12. 1. 1993 werden die vom GR am 24. 2. 1975 beschlossenen Richtlinien über die Vorschreibung und Einhebung von Beitragsleistungen für die von der Stadt Steyr erbrachten soz. Dienste, und zwar der Hauskrankenpflege, Familienhilfe und Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes, wie folgt geändert:

#### Richtlinien

über die Vorschreibung und Einhebung von Beitragsleistungen für den von der Stadt Steyr erbrachten soz. Dienst der Hauskrankenpflege sowie damit verbundenen soz. Betreuungsdiensten.

Zu den Kosten der Hauskrankenpflege und soz. Betreuungsdienste haben die betreuten Personen einen Beitrag nach folgenden Grundsätzen zu leisten:

a) Für med. Hauskrankenpflege im Sinne der 50. ASVG-Novelle ist kein Kostenbeitrag zu leisten.  
b) Für soz. Betreuungsdienste im Zusammenhang mit der unter Punkt a) durchgeführten Hauskrankenpflege sind von der betreuten Person in Anlehnung an die vom Land OÖ. vorgeschriebenen Richtlinien in der Mobilien Altenhilfe, gestaffelt nach dem mtl. Nettoeinkommen, entspr. Kostenbeiträge zu leisten (BEILAGE).

Die Einkommensgrenzen werden jährlich höchstens entspr. der

jeweiligen Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze angehoben. Geringste verrechenbare Einheit ist eine Viertelstunde. Diese Richtlinien treten mit 1. 1. 1993 in Kraft.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben und die Dringlichkeit zuzuerkennen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEIT-  
THENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt - der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRÄTIN INGRID EHREN-  
HUBER:

Der nächste Antrag beinhaltet ein Subventionsansuchen für d. Jahr 1993 vom Verein "Aktion Tagesmütter OÖ."

14) Ha-5669/92

Verein "Aktion Tagesmüt-  
ter OÖ."; Subventionsansu-  
chen für 1993.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 18. Jänner 1993 wird dem Verein "Aktion Tagesmütter OÖ." für das Jahr 1993 eine Subvention im Ausmaß von S 1.700,-- pro betreutem Kind und Monat gewährt. Die monatliche Auszahlung richtet sich nach der

Betreuungsdauer und Anzahl der Kinder, wobei für max. 23 Kinder pro Monat die Förderung bezahlt wird.

Zu diesem Zweck wird für die max. Gesamtkosten bei der VAST. 1/4390/757000.4 ein Betrag von

S 469.200,--

(vierhundertneund-  
sechzigtausendzweihundert)  
freigegeben.

Ich bitte, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Niemand, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig beschlossen.

STADTRÄTIN INGRID EHREN-  
HUBER:

Beim nächsten Antrag geht es um den Beitrag der Stadt zu den Kosten der Notarzt-Sanitäter. Der Antrag lautet:

15) Ha-7442/87

Einrichtung eines Not-  
arztwagens in Steyr;  
Beitrag zu den Kosten  
der Notfallsanitäter.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros d. Bgm. vom 8. 2. 1993 werden zur Finanzierung von 3 Notfallsanitatern des Steyrer

Notarzwagens 37,5 % der  
Gesamtpersonalkosten der 8  
hauptberuflichen Notfallsa-  
nitäter, d. s. S 1,250.250,--, für  
das Rechnungsjahr 1993  
freigegeben. Darüber hinaus wird  
auch der Ausbezahlung des  
Differenzbetrages zw. den  
tatsächlich aufgelaufenen  
Lohnkosten aus dem Jahre 1992  
und den geleisteten  
Akontozahlungen in Höhe des auf  
die Stadt Steyr entfallenden  
Anteiles von S 331,37 und der  
noch offenen letzten  
Vierteljahresrate aus dem  
Rechnungsjahr 1992 im Betrage  
von S 287.250,-- zugestimmt.  
Die Bezahlung dieser Lohnkosten  
hat in 4 gleichen Teilen zu  
erfolgen, wobei die 1.  
Quartalsrate bereits unmittelbar  
nach Beschlußfassung zur  
Auszahlung zu bringen ist,  
ebenso wie der Differenzbetrag  
und die noch offene 4. Teilrate  
für das Jahr 1992. Die 2. Rate ist  
am 15. 5., die 3. Rate am 15. 8.,  
die 4. Rate am 15. 11. 1993 fällig  
und somit zu diesen Terminen  
zur Auszahlung zu bringen.

Die hierfür erforderlichen Mittel  
im Ausmaß von

S 1,537.900,--

(einemillionfünfhundertsieben-  
unddreißigtausendneunhundert)  
werden bei der VSt.  
1/5300/757000.2 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um Ihre  
Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke. Wird zu diesem Antrag  
das Wort gewünscht? Nicht der  
Fall, also kommen wir zur  
Abstimmung. Wer für den  
Antrag ist, den ersuche ich um  
ein Zeichen der Zustimmung.  
Danke. Gegenprobe? Stimment-  
haltung wird nicht geübt. Der  
Antrag ist einstimmig be-  
schlossen.

STADTRÄTIN INGRID EHREN-  
HUBER:

Bei meinem nächsten Antrag  
geht es um die Einführung der  
Langzeithilfen für Fam. gem. den  
Richtlinien des Landes OÖ. und  
den Abschluß einer Verein-  
barung mit der Caritas. Der  
Antrag lautet:

16) SH-Erl.-6728/92

Richtlinien für d. Durch-  
führung der Langzeithil-  
fe für Familien als Son-  
derform der Familienbei-  
hilfe; Absch. einer Ver-  
einbarung m. d. Caritas.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der  
MA V vom 25. 1. 1993 wird

1. im Bereich der Stadt Steyr im  
Rahmen der Sozialen Dienste  
gem. § 35 des Oö. So-  
zialhilfegesetzes (LGBl. Nr.  
66/1973 i.d.g.F.) die Langzeithilfe  
für Fam. gem. den Richtlinien des  
Landes OÖ. (Erl. des Amtes der  
Oö. LR vom 3. 8. 1992, SHL-  
14/703-1992/Do/Hi) eingerich-  
tet,

2. dem Abschluß der Ver-  
einbarung zw. der Stadt Steyr

und der Caritas, mit welcher die Durchführung der Langzeitfamilienhilfe im Bereich der Stadt Steyr der genannten Organisation im Sinne des § 36 Abs. 1 des Oö. Sozialhilfegesetzes ab 1. 5. 1993 übertragen werden soll, nach Maßgabe des Vertragsentwurfes zugestimmt.  
(BEILAGE)

Ich ersuche Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wünscht jemand dazu das Wort? Nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall - der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem sechsten und letzten Antrag geht es um die Mittelfreigabe für den Behindertenfahrdienst 1993. Der Antrag lautet:

17) SH-4436/91

Behindertenfahrdienst  
1993; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 27. 1. 1993 wird zur Abgeltung der Transport- bzw. Personalkosten im Zusammenhang mit der Durchführung des Behindertenfahrdienstes im Jahr

1993 entspr. der vom GR am 23. 1. 1992 genehmigten Vereinbarung mit dem Roten Kreuz bei der VASSt. 1/4130/757000.4 (Transportkosten) ein Betrag von  
S 40.000,--

(vierzigtausend)

sowie bei der VASSt. 1/5300/757000.2 (Personalkosten) ein Betrag von  
S 650.000,--

(sechshundertfünfzigtausend) freigegeben.

Ich bitte, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall - auch hier einstimmige Annahme.

Ich danke Frau Kollegin Ehrenhuber, nächster Bericht-erstatte ist StR Roman Eichhübl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Nachdem ja über die Jahresbilanzen der Stadtwerke für 1991 bereits in versch. Gremien ausgiebigst diskutiert wurde, möchte ich Ihnen die Verlesung bzw. den Vortrag des Amtsberichtes ersparen und darf direkt zum Antragstext selbst kommen, der folgendermaßen lautet:

18) ÖAG-5330/92

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Jahresbilanz 1991; Versorgungsbetriebeverb. Gas und Verkehr - Jahresbilanz 1991.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke v. 26. Jänner 1993 werden die Jahresbilanzen 1991 der Stadtwerke Steyr sowie des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr genehmigt, ebenso wird der Umwandlung des internen Verrechnungssaldos im Ausmaß von S 30,937.879,88 als Eigenkapital im Sinne der vorgelegten Eröffnungsbilanzen (per 1. 1. 1992) zugestimmt.

Gleichzeitig wird gem. § 61 Abs. 4 bzw. § 62 Abs. 2 Z. 1 lit. b und c StS 1992 der Dotation der Rücklagen (Freie Rücklagen) bei den Teilbeträgen

Wasserwerk	S 8,400.000,--
Krematorium	S <u>100.000,--</u>
	S <u>8.500.000,--</u>

zugestimmt.

(BEILAGE)

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke vielmals. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Kollege

Holub bitte - unser Spezialist für Stadtwerke-Bilanzen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegende - ich weiß jetzt gar nicht, wieviele - Fassung des Versuches einer Bilanz der Stadtwerke, die hier diskutiert und beschlossen werden soll, zeigt noch immer dieselben Strukturen auf, die seit 1975 die Gemüter einmal mehr, einmal weniger bewegen. Vor einigen Jahren hat man sich bei gleicher Bilanz-Struktur von mir sagen lassen müssen, daß man nicht Streit sucht, wenn man dieser Bilanz nicht zustimmt - nicht dieser, sondern der damals behandelten; sondern, daß es die Konsequenz aus mehreren Fakten ist.

Theoretisch könnte man jetzt sagen, die Zeit ist vergangen. Das einzige, das sich verändert hat, ist aber die Jahreszahl. Man erkennt, wie dynamisch solche Prozesse sind - die Stadtwerke liefern uns einen Aktendeckel, aus dem einwandfrei erkennbar ist, daß sich der Bilanzverfasser nicht im klaren war, welche Bilanz er gerade erstellt. Der Verfasser dieses literarischen Meisterstückes behauptet schlechthin unwahrer Weise, daß seitens der für die Genehmigung der Rücklagen-Dotationen zuständigen Unternehmensorgane in den letzten Jahren keine Bedenken geäußert worden waren.

Meine Damen und Herren, wenn es nicht so spät wäre, würde ich mich über diesen Satz jetzt eine Stunde lang auslassen! Ich würde mir wirklich einmal von der Seele reden, was ich davon halte, als Hund an der Leine zu gehen, als Mitglied des GR und StS - nämlich als Hund an der Leine zu sein, und zwar am falschen Ende! Der GR und der StS sind den Stadtwerken gegenüber wirklich am falschen Ende von der Leine! Gerade noch, daß wir nicht mit dem Schwanz wedeln müssen, aber sonst macht man mit uns alles!

Seit Jahren fordern wir einen Nachweis über die Mittelverwendung bei den Rücklagen-Auflösungen. Roman, Du mußt Dich überhaupt noch nicht betroffen fühlen - heuer noch nicht! Dieses Jahr ist noch außerhalb Deiner Regentschaft über die Stadtwerke. Der Versuch der Einflußnahme war sicherlich noch nicht zur wirkungsvollen Krönung zu bringen. Ich betone ausdrücklich, daß alles, was ich jetzt sage, den derzeit dafür zuständigen StR Eichhübl, der zwar seine pol. Verantwortung trägt, aber in dem Fall nicht in diese genommen werden kann, nicht betrifft! Vielleicht in Folgejahren dann doch.

Es ist eine absolute Verhöhnung des GR, wenn im vorletzten Absatz drinnen steht, daß es einer üblichen Praxis entsprechen hat, die freien Rücklagen des Vorjahres

aufzulösen und nach Maßgabe der Gewinnsituation eine neue freie Rücklage zu bilden. Es müßte dort stehen, einer "üblen" Praxis, dann könnte man dem zustimmen. So steht aber dort einer üblichen - diese Praxis ist nur bei den Stadtwerken üblich und seit Jahren kritisiert worden. Nicht nur von uns, sondern auch von zur Kontrolle befugten Organen.

Leichtfertig hat man sich über diese Probleme hinweggeturnt und hat gesagt, im Grunde genommen ist ja kein steuerrechtl. Tatbestand geschaffen, der die Bilanz unrichtig erscheinen ließe. Meine Damen und Herren, nicht der Fiskus wurde getäuscht (weil die Rücklagen ja versteuert wurden), aber der Konsument der Bilanz wurde getäuscht. Nämlich die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die ganz einfach vor Gewinn- und Ertragssituationen in der Kurzfassung der Bilanzen von der Öffentlichkeit her gestellt wurden, die dem inneren Wahrheitskern dieser Bilanzen nicht entsprechen.

Wenn es möglich war, Gewinne aus der Bilanz hinauszuturnen, so ist das ganz einfach eine Ungeheuerlichkeit, daß dieser Brauch 20 Jahre lang - obwohl kritisiert - aufrecht erhalten wurde. Es wäre so schön und so lustig, wenn es nicht so traurig wäre - wenn man sich mit diesem Punkt der Loyalität einer städt. Einrichtung gegenüber dem Bürger der Stadt Steyr mehr

auseinandersetzen würde. Es wäre wirklich reizvoll, diese Bilanz auf jeder Seite zu betrachten. Einige haben sie vor sich liegen - bitte nehmen Sie die Seite 7 der "Stadtwerke Steyr-Jahresbilanz 1992 oder 1991" zur Hand und bewundern Sie die Art und Weise der Darstellung. Wenn jemand hier ist, der mir beim ersten Lesen erklären kann, was der Bilanzverfasser hier gemeint hat, dann wäre ich sehr dankbar! Weil es nämlich durchaus unüblich ist, durch ein Kreuz einen ganzen Absatz zu entwerten, und dem Benutzer der Bilanz nicht mitzuteilen, warum das geschieht. Das ist schlechthin ungewöhnlich! Ich vermeide den Ausdruck unanständig. Ich vermeide den Ausdruck Frechheit - weil er mir möglicherweise einen Ordnungsruf eintragen könnte, wenn ich ihn benütze. Daher tue ich es nicht, denke ihn mir nur und lade Sie zum Mitdenken ein.

So könnte man mit dieser oder der Versorgungsbetriebe-Bilanz umgehen. Ich könnte Sie langweilen über die Geldstrom-Analyse, die hier seit Jahren versucht wird, ohne eine zu sein - es steht eben so darüber. Ich könnte Sie auch damit langweilen, daß ich Ihnen - vermutlich im Chor mit Helmut Zagler - erkläre, was der Unterschied zw. einer Rückstellung und einer Rücklage ist. Alles dies könnte man hier diskutieren - das kann aber gar nicht notwendig sein, weil das

Sondervermögen der Stadt - nämlich die Stadtwerke - einen kaufm. Leiter hat. Dieser kaufm. Leiter wird ja diese Erklärung nicht brauchen. Wenn er voll bewußt in seiner Verantwortung solche Zahlenwerke erstellt und als kaufm. Verantwortlicher eingesetzt wurde und noch immer ist, dann kann es nicht seine Unfähigkeit sein, sondern seine Unverfrorenheit, solche Zahlen zu erstellen.

Ich weigere mich, ich weigere mich wirklich, irgendeinen weiteren Anflug eines Verständnisses für diese Praxis zu äußern. Ich weigere mich wirklich!

Dadurch, daß ich mein Mandat abgelegt habe, kann ich hier nicht mitstimmen. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß die ÖVP-Fraktion diesen Vorschlag einer Bilanz, den Versuch, sich kaufm. zu gebärden, zustimmend zur Kenntnis nimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall - dann bitte ich Koll. Eichhübl um sein Schlußwort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR! Ich wurde zum Schlußwort aufgerufen. Ich möchte das - wie angekündigt - sehr kurz halten, weil es ja schon des öfteren die Gelegenheit gab, über diese Bilanzen zu diskutieren. Zuletzt

auch vor allen Dingen bei der StS-Sitzung.

Ich kann nur eines dazu sagen, daß es über diese Vorlage der Bilanzen ja auch einen Kontrollamts-Bericht gibt. Ich selbst bin nicht der Bilanzbuchhalter der Stadtwerke. Koll. Holub hat ja auch darauf hingewiesen, daß die Kritik nicht an mich gerichtet ist, aber - wie gesagt - es gibt einen Überprüfungsbericht des Kontrollamtes und dieser sagt an sich sehr deutlich aus, daß die Überprüfungen der Bilanzen 1991 grundsätzlich keinen Anlaß zu einer Beanstandung ergeben haben. Das war das Ende meines Schlußwortes zu diesem Antrag. Hr. Bgm., ich bitte Sie, die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:**

Meine Damen und Herren, Koll. Holub hat die unendliche Geschichte dehnend fortgesetzt. Man kann natürl. auch über Bilanzen unterschiedl. Meinung sein. Ich gehe davon aus, daß Koll. Holub von diesen Dingen einiges versteht - von Berufs wegen, ich möchte das nicht in Abrede stellen.

Feststeht, daß die Bilanz geprüft wurde und daß - wie mir gerade der Chef des Kontrollamtes mitteilte - auch durch das Rechnungslegungs-Gesetz ohnehin eine Änderung auf uns zukommt.

Ich glaube auch, daß es möglich sein müßte, hier die unterschiedl. Positionen doch irgendwo auf einen Nenner zu bringen. Ich würde mich bereit erklären, daß wir das wirklich noch einmal einer eingehenden Beratung unterziehen. Vielleicht muß man auch dazu noch einmal einen Experten einladen, der die unterschiedl. Positionen sinnvoll auf einen Nenner bringt.

Jedenfalls ist es auf die Dauer für mich auch nicht akzeptabel, daß diese Kritik so im Raum stehen bleibt. Ich bin kein Bilanz-Experte, aber solche gibt es ja. Wir können einmal einen beauftragen, damit wir die Dinge aus der Welt schaffen.

Jetzt geht es aber darum, daß diese Bilanz dennoch - immerhin geht es um die Bilanz 1991 - zur Beschlußfassung vorliegt. Das Schlußwort wurde gehalten, ich stelle diesen Antrag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 8 Enthaltungen (1 FP, 7 VP). Wer ist für den Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

**STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:**

Dann darf ich bereits zum nächsten Antrag kommen. Dieser befaßt sich mit dem Brunnenfeld Dietach - nämlich mit der Erneuerung der dort seit 35 Jahren in Betrieb stehenden Energieversorgungs-Anlagen, die nicht mehr den techn. Anforderungen entsprechen.

Außerdem besteht die Gefahr, daß diese elektr. Anlage zusammenbricht. Meine Damen und Herren des GR, ich darf Ihnen daher den Antrag vortragen:

19) ÖAG-4796/92

Stadtwerke  
Brunnenfeld Dietach; Erneuerung der Energieversorgungsanlagen für die Brunnen 3, 7 u. 8; Vergabe der Leistungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 21. 1. 1993 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Energieversorgungsanlagen für die Brunnen 3, 7 und 8 nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Elektrotechn. Leistungen, Fa. Berger, Steyr: S 871.190,-- (excl. USt)

2. Tiefbauleistungen, Fa. Henobau, Steyr: S 254.915,-- (excl. USt)

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich darf fragen, ob das Wort gewünscht wird? Keine Wortmeldung. Wer ist für den Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht

angezeigt. Einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft den Ankauf von Sphärogußrohren und Formstücken für das Jahr 1993 und die Auftragsvergabe. Der Antrag des StS an den GR lautet:

20) ÖAG-7/93

Stadtwerke  
Gas- und Wasserwerk;  
Jahresbedarf 1993 an Sphärogußrohren und Formstücken.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 27. 1. 1993 wird der Ankauf des Jahresbedarfes 1993 an Sphärogußrohren und Formstücken für das Wasserwerk und Gaswerk bei der Fa. Kontinentale HandelsgesmbH., Wels, zu Gesamtkosten von S 4,289.671,50 (excl. USt) genehmigt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Keine. Einstimmigkeit.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:  
Der vorletzte Antrag betrifft den Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr - nämlich einen gewünschten Investitionskostenzuschuß für 1993. Es geht darum, daß lt. Investitionsplan der Stadtwerke für das Wirtschaftsjahr 1993 17,4 Mill. S vorgesehen sind. Um die Investitionsvorhaben tatsächlich zu realisieren, wird eben gebeten, diesen Investitionskostenzuschuß bereitzustellen und heute hier im GR zu beschließen. Der Antrag des StS an den GR lautet:

21) ÖAG-15/93

Stadtwerke  
Stadtwerke Steyr - Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr; Investitionskostenzuschuß 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 12. 2. 1993 wird den Stadtwerken Steyr/Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr zwecks Realisierung der im Jahre 1993 vorgesehenen Investitionsvorhaben ein Investitionskostenzuschuß in der Höhe von S 6,340.000,-- gewährt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 6,340.000,--

(sechsmillionendriehundertvierzigtausend)

bei der VASSt. 5/8790/779000.6 freigegeben.

Hr. Bgm., ich bitte, auch darüber die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Damit bin ich bereits beim letzten Antrag angelangt. Und zwar betrifft er eine Änderung des tilgungsfreien Zeitraumes für ein Landesdarlehen, betreffend den Wasserverband der Region Steyr. Der Antrag des StS an den GR lautet:

22) ÖAG-2997/75

Stadtwerke  
Wasserverband "Region Steyr"; Landesdarlehen für die Bauabschnitte 01 und 02; Erlaß des Amtes der Oö. Landesregierung; Änderung der Darlehenskonditionen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 3. 2. 1993 wird im Zusammenhang mit der Gewährung von Landesdarlehen für die Bauabschnitte 01 (S 1,643.000,--) und 02 (S 3,588.000,--) an den

Wasserverband der Stadt Steyr die von der Oö. Landesregierung beschlossene Verlängerung des tilgungsfreien Zeitraumes für diese Darlehen von 10 auf 15 Jahre zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:**

Danke. Wird dazu das Wort gewünscht? Keine Wortmeldung liegt vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Einstimmig angenommen.

Ich danke Koll. StR Eichhübl für seinen Vortrag - nächster Berichterstatter ist StR Karl Holub. Ich erteile ihm das Wort.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:**

Einen Antrag habe ich dem hohen GR zur Beschlußfassung vorzulegen. Er betrifft die Jahressubvention 1993 für den Tourismusverband. Zu diesem Zwecke möge eine Mittelfreigabe im Ausmaß von 1,3 Mill. S bewilligt werden.

23) Ha-11/93

Tourismusverband Steyr;  
Jahressubvention 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bgm. vom 18. 1. 1993

soll dem Tourismusverband Steyr für das Budgetjahr 1993 eine einmalige, nicht rückzahlbare, ao. Subvention in Höhe von

S 1,300.000,--

(einemilliondreihunderttausend) für den laufenden Betrieb gewährt werden.

Zum genannten Zweck wird eine Mittelfreigabe im Ausmaß von

S 1,300.000,--

(einemilliondreihunderttausend) bei der VSt. 1/7710/757000.0 bewilligt.

Im Gegensatz zum vorliegenden Amtsbericht, in dem durch das Büro d. Bgm. gebeten wird, den Betrag in einem auszuführen, muß ich Ihnen aus dem StS berichten, daß der Finanzreferent des Tourismusverbandes mit dem Finanzreferenten der Gemeinde ein Abkommen getroffen hat, und die Auszahlungsmodalität wie folgt geändert wurde: 400.000 S sollen sofort nach Beschlußfassung durch den GR ausbezahlt werden, die restl. 900.000 S sollen ab April monatl. zu je 100.000 S an den Tourismusverband zur Auszahlung gelangen.

Inhaltlich wird diese Abänderung der Vorlage begründet mit der Finanzstruktur, in der sich der Tourismusverband befindet. Nachdem die Stadt ja auch nicht über unendliche Geldmittel zu jeder Zeit verfügt, bringt diese Abänderung eine Synchronität zw. den Finanzanfordernissen des Tourismus-

verbandes und den Mittelzuwendungen seitens der Stadt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Eigentlich möchte ich jetzt noch recht lange etwas erzählen über die Lage des Tourismus in der Stadt überhaupt. Das wäre es nämlich gerade in Anbetracht der Beschäftigungs-Situation in der fertigen Wirtschaft auch ein wenig wert. Ich nehme Ihnen und mir also doch noch ein paar Minuten weg und sage Ihnen, es ist leider Gottes nicht so, daß wir nur strahlende Siege im Tourismus vermelden können. Die Weltwirtschaftslage wirkt sich auch auf die Reisebereitschaft im Städtetourismus aus. Hand in Hand dazu kommt das noch immer zu wenig vorhandene Bettenangebot, sodaß also - das klingt jetzt paradox - die vorhandenen wenigen Betten zu wenig ausgelastet sind. Es klingt paradox, ist aber die schlichte, einfache Wahrheit, weil nämlich eine Reisegruppe, die mehr als 20 Mann umfaßt, mitunter in der Stadt Steyr an die Grenzen der Unterbringbarkeit kommt. Das hält - das ist das Traurige - den einen oder anderen Reiseveranstalter, die durchaus Interesse an der Destination Steyr hätten, davon ab, diese auch wirklich wahrzunehmen.

Die in Bau befindlichen Hotelzimmer im Stadttinneren werden möglicherweise eine Abhilfe bringen. Ich glaube nur,

daß es immer noch nicht genug ist. Die Qualität in den Gästebetten zu steigern, ist nicht nur das Ziel der beherbergenden Wirtschaft in Steyr und das Ziel der fördernden Stellen des Landes und des Bundes, sondern wird sicherlich auch noch vermehrt in das öffentl. Interesse gerückt werden müssen.

Der Standard eines Hotel Nagl z. B. gereicht dem Eigentümer sicherlich nicht zur Ehre. Der Eigentümer ist leider Gottes die Stadt Steyr. In diesem Fall muß man wirklich leider Gottes sagen. Leider noch immer, sagt Koll. Zagler - ich kann ihm nur beipflichten, denn ich glaube, daß es höchst an der Zeit wäre, sich dieses ungeliebten Kindes, das man ganz einfach nicht geschönt hat, als es noch jung war, zu entledigen. Jetzt, wo das Hotel in die Jahre gekommen ist, ist auch ein Kosmetikversuch ziemlich sinnlos, wenn man ihm nicht einen neuen Lebensinhalt grundsätzlich übermittelt.

Die Tourismusregion rund um Steyr selbst ist nicht nur durch den starken Schneefall gekennzeichnet, der dort draußen jetzt alle beeindruckt, sondern vor allen Dingen dadurch, daß manche klassische Herkunftsländer in große Schwierigkeiten gelangt sind. Wenn Sie sich vor Augen halten, daß wir sehr großen Optimismus in Italien gesetzt haben, und dieses Land von den eigenen Lebenshaltungskosten derzeitig förmlich

erschlagen wird - nicht nur von den pol. Skandalen, sondern von den Lebenshaltungskosten, die sich gigantisch gesteigert haben -, dann wird man erkennen können, daß es größerer Bemühungen bedarf, diejenigen Italiener, die noch Abwechslung suchen, zu uns herzuführen. Wir werden also im Tourismusverband Strategien zu entwickeln haben, wie wir diese klassischen Herkunftsländer für Städte-tourismus verbessert ansprechen.

Der Tourismusverband ist nur in der Situation, daß er nicht beliebig viele Inserate schalten kann, weil seine finanzielle Decke einfach zu dünn ist. Der Messenbesuch wird vermehrt, und auch die Bemühungen des Tourismusverbandes werden im heurigen Jahr wieder intensiviert werden, daß über die Einladung an Reisejournalisten aus den Herkunftsländern ein verbessertes Marketing der Stadt Steyr und der Fremdenverkehrs-Wirtschaft ermöglicht wird. Diese Offensive kann nicht anders gestaltet werden, weil ganz einfach die Mittel für größer angelegte Strategien fehlen.

Es wäre schön, wenn ich jetzt hier stehen und Ihnen zum Vorschlag machen könnte, den gesamten Sachaufwand des Tourismusverbandes beispielsweise durch die Stadt zu übernehmen - so wie das in Linz und Wels eine Selbstverständlichkeit ist. Ich kann das leider Gottes nicht tun, weil die

Mittel nicht zur Verfügung gestellt wurden. Aber irgendwo werden wir doch dieses Ziel noch vor Augen halten müssen, wenn wir uns einerseits über Arbeitsstiftungen und Umqualifikationen von Menschen in der Region sehr verantwortungsbewußt Gedanken machen müssen, so ist es auf der anderen Seite auch notwendig und unerläßlich, dem Dienstleistungs-Segment in der Stadt - ein Teil dessen ist die Tourismuswirtschaft - auch vermehrtes Augenmerk zuzuwenden.

Es hat sich die Einschubleistung der Stadt in diese Branche vervielfacht in den letzten Jahren - das sei wirklich anerkannt und vorgehoben. Aber ich will nicht sagen, daß es ein Faß ohne Boden sein soll. Es könnte auch eines sein, wenn man nicht die nötige Sorgfalt hat, aber mehr wäre besser!

Die Mittelaufbringung durch das Landes-Tourismusgesetz hat nicht das Gewünschte gezeigt. Die Zonenaufteilung in einer so kleinen Stadt wie Steyr ist für die Gewerbetreibenden zwar wünschenswert, für die Mittelaufbringung zur Umsetzung von Strategien aber fatal. Es ist nicht die Phantasie aufgegangen, daß der Tourismusverband aus der Abgabekraft der Steyrer Betriebe mehr Geld bekommt, sondern er bekommt weniger. Die Lücke wurde durch Landeshilfe teilw. geschlossen; das bringt aber die Lücke nicht weg, die in der Zukunft offen

bleibt. Jeder weiß, wenn man einen Punkt projiziert, daß der Schatten breiter wird. Wenn in einem Lichtstrahl ein Punkt drinnen ist, dann geht das trichterförmig raus, und es wird zwar nicht absolut finster sein, aber trübe in weiterer Entfernung! So sieht dann die Strategie-Möglichkeit für den Tourismus-Manager der Stadt Steyr tatsächlich auch aus. Wenn er nicht sehr schnell sehr viel mehr Geld bekommt und sehr viel mehr Betten vermarkten kann, wird die Situation des dienstleistenden Sektors in der Stadt eine trübe sein. Das wäre eine sehr schlechte Aussicht. Daher bitte ich Sie alle, Verständnis zu zeigen, wenn hier noch zusätzliche Mittel beansprucht werden. Sie sind, da können Sie sicher sein, beim Tourismus-Direktor in guten Händen. Und ich kann Ihnen auch versichern, daß der Vorstand des Tourismusverbandes sehr gewissenhaft überlegt, zu welchen Ausgaben er die Zustimmung geben kann und zu welchen nicht! Der GR weiß die Finanzen des Tourismusverbandes in guten und kundigen Händen. Koll. Zagler, von dem ich vorhin in zweifacher Finanzreferenten-Funktion gesprochen habe, erfüllt hier eine - ich stehe nicht an, es zu sagen - ausgezeichnete Arbeit, und ich danke ihm auch dafür!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Koll. StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT  
ZAGLER:

Wäre ich nicht rot, müßte ich jetzt rot werden. Lieber Karl, Du hast es dieses Mal natürl. anders gemacht - die Jahre vorher hast Du den Amtsbericht vorgetragen, ich habe mich zu Wort gemeldet und eigentl. ähnliche Worte gefunden, wie Du heute. Du hast im Schlußwort dann gesagt, das meiste hat Zagler gesagt. In diesem Fall war es heute umgekehrt, das meiste hat Holub gesagt.

Er hat auch im Anschluß an diese Arbeitsmarktprobleme, an die Diskussion über die Arbeits- und Frauenstiftung, die wir heute schon hatten, gesagt, daß wir wirklich dringend ein weiteres Standbein brauchen - nicht, wie es im Fernsehen vor kurzem berichtet wurde, erst seit heute oder erst ab morgen eine Tourismusregion sein oder werden wollen, sondern daß wir das seit Jahren bereits machen. Leider ist dieses Standbein so ähnlich wie bei Hubert von Goisern - beim Hirtermadl. Es hat nämlich keine dicken "Wadl". D. h., es ist noch etwas schwach entwickelt und daher ist es unsere Aufgabe - nicht nur die Aufgabe der Stadtverwaltung, sondern auch der Wirtschaft -, Kraft hineinzugeben, damit diese "Wadl" kräftiger werden und

noch mehr Rentabilität in unsere Region hineinbringen. Koll. Holub hat schon gesagt, die Entwicklung der Steueranteile aus der Wirtschaft ist leider deutlich hinten geblieben - verglichen mit anderen Städten in Österreich. Wir haben in einer 4jährigen Phase endlich wieder das an Interessenten-Beiträgen bekommen, was wir einst aufgrund freiw. Vorschreibung und auch freiw. Leistung durch die Wirtschaft hatten; während Wels deutlich mehr und Linz sogar eine Vervielfachung dieser Einnahmen aus der Wirtschaft erzielen konnte. Wir haben auch in der Tourismusabgabe, wo also die Nchtigungen einer Besteuerung oder einer Abgabe unterworfen sind, leider die Zahlen nicht erreicht, die wir einst schätzten. Das hat aber nicht den Grund, daß plötzlich die Meldemoral unserer Hotellerie- und Gastgewerbe-Treibenden schlechter geworden wäre. Sondern das liegt daran, daß in manchen Betrieben keine ständige Vermietung mehr an fremde Gäste (Touristen) stattfindet, sondern Vermietungen an Ausländer, die eine längere Aufenthaltsdauer in Steyr haben. Ich denke an das Motel Maria, aber durchaus auch an das Hotel Nagl als Beispiel. Außerdem hat die vorübergehende Stilllegung des ehem. Hotels IBIS bzw. Hotel im Park dazu geführt, daß ebenfalls Kapazitätsausfälle zu verzeichnen waren. D. h., daß wir von der

Höchstnchtigungsanzahl von etwa 70.000 inzw. deutlich auf unter 60.000 gesunken sind.

Karl Holub hat auch die Krise in unseren Nachbarländern angesprochen, die den Tourismus immer teurer machen. Vor allem auch die Abwertung der Lire am Italienmarkt, den wir in den letzten Jahren bes. beworben haben. Was aber an einem wichtigen Impuls - das soll man auch dem Subventionsgeber "Stadt Steyr" sagen - gesetzt wurde und wird, ist der Beitritt zum internat. Kongreßverband, um am Seminar- und Kongreßtourismus teilnehmen zu können. Was leider noch fehlt - das wird in nächster Zeit die Aufgabe des Tourismusverbandes sein -, ist das Stärken des "Incoming-Bereiches". Wir haben kein "Incoming-Reisebüro" in Steyr - wir haben zwar sehr viele Reisebüros eröffnet, die alle "Outgoing-Interessen" im Vordergrund haben. Wir brauchen für die Gäste, die kommen, Programme und Angebote bis hin zum Kulturbereich. Da wird Koll. Pfeil nicht nur heute von mir angesprochen, sondern er war auch vor einigen Wochen bei einer Sitzung im Hotel Minichmayr mit den Tourismus-Interessierten in Steyr konfrontiert. Wir sollten hier im Veranstaltungsbereich etwas machen - allerdings auch in Eigenständigkeit des Tourismusverbandes. Eines hat sich nämlich gezeigt - die Schlagkraft

des Tourismusbüros ist eine bes. große und gute!

Ohne das Personal aufzustocken, hat der Tourismusverband den Kartenvorverkauf für Kulturamts-Veranstaltungen übernommen - mit zweierlei Erfolgen: Der eine Erfolg ist, daß unsere Bürger, die Karten für Kulturamts-Veranstaltungen brauchen, in unserer sehr verwinkelten Rathaus-Landschaft das Kulturamt nicht mehr suchen müssen. Das ist also eine echte Serviceleistung an unsere Bürger. Zweitens auch als Leistung in diese Richtung, daß die Steyrer verstärkt sozusagen in interner oder innerer Werbung mit dem Tourismusbüro in Zusammenhang kommen. Hier gilt also das Lob dem Tourismusbüro, daß dieser Kartenverkauf übernommen wurde. Das gibt natürl. uns im Tourismusverband auch die Möglichkeit, erfolgreiche Veranstaltungen von erfolgloseren besser unterscheiden zu können; das bringt uns gerade im "Incoming-Bereich" wieder dorthin, daß wir als Eigenveranstalter in jene Märkte gehen können, wo auch subventionslos etwas gestaltet werden kann.

Die Chance, die der Tourismusverband nützen muß - und das auch verstärkt gesponsert durch die öffentl. Hand -, wird die überregionale Landesausstellung 1998 sein, wo wir durch Tourismus-Highlights versuchen werden, auch unsere Kapazitäten, die sich ja gerade

aufbauen (sprich Hotel Reichenpfader, also das City-Hotel STYRIA in der Stadt und auch das Park-Hotel), zu nützen.

Koll. Holub hat schon darauf hingewiesen, daß diese Ratenzahlung im Einvernehmen mit dem Tourismusverband so ausgemacht wurde, und daher bitte ich auch, diesem abgeänderten Vorschlag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Als nächster ist GR Dr. Schwager zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm und gebe den Vorsitz an Vbgm. Sablik ab.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrte Herren Vizebürgermeister, meine Damen und Herren! Vor einigen Wochen ist der Slogan im Land umgegangen "das unterschreibe ich". Was Hr. StR Holub ausgeführt hat, das unterschreibe ich - das ist wirklich alles pos. anzumerken. Auch das, was StR Zagler dazu gesagt hat, paßt - nicht nur insofern, als man den kulturell hoch aktiven Hochadel von Österreich, von Goisern, heranzitiert hat. Man könnte leider zum Fremdenverkehrsbild gerade dort wieder weiter machen - und zwar mit den

Worten, die auch in diesem Lied vorkommen: "Jo mei"!

Wir haben in Steyr eine Fremdenverkehrs-Situation, die - wie bereits dargelegt wurde - nicht gerade erfreulich ist. Wir können und müssen erleben, wenn wir uns in Steyr an einem Samstag nachmittag oder Sonntag auf den Stadtplatz verirren, daß wir dort das Horrorbild des ausgestorbenen Stadtplatzes sehen. Das ist der Stadtplatz - ich darf jetzt einen neben mir sitzenden Koll. zitieren -, den man schon fast überdachen möchte. Das ist nurmehr ein Museums-Stadtplatz ohne jedes Leben.

Wir laufen Gefahr - deswegen meine Wortmeldung -, daß wir bei einer allzu scharfen Fortführung dieser Tendenz den Stadtplatz wirklich umbringen. Der Stadtplatz war (und sollte es auch bleiben) das Zentrum des innerstädt. Lebens. Auf dem Stadtplatz gab es immer Wagen - bitte sehen Sie sich Veduten an, egal aus welcher Zeit. Es gab die Wagen der jew. Zeit - den Handkarren, den Pferdewagen, den Ochsenwagen. Heute hat man keine Ochsenwagen mehr, heute hat man eben Autos. Ganz ohne Autos werden Sie sich den Stadtplatz nicht vorstellen können!

STADTRAT KARL HOLUB:

Was nicht heißt, daß keine Ochsen auf dem Stadtplatz sind!

GEMEINDERAT DR. TILMAN  
HORST SCHWAGER:

Sie ziehen leider am falschen Ende - wenn Sie schon die Ochsen vom Stadtplatz ansprechen; nämlich in Richtung autofrei!

Ich bin jedenfalls der Überzeugung, daß wir nicht absolut autofrei auf dem Stadtplatz weiterleben können. Es sind Fehler begangen worden in der Vergangenheit, die nicht mehr gutzumachen sind. Das sind die Aussiedelung der Behörden (Kreisgericht), es ist die Aussiedelung der ehem. BH. Man hat in anderen Städten gezeigt, daß man sicherlich aufgekommene Raumnot auch anders steuern kann. Ich denke jetzt an das Gebäude des Landesgerichtes Salzburg. Man hat dort nicht nur die äußere, aus der typ. Gerichtsgebäudezeit zw. 1890 und 1905 stammende Fassade erhalten, man hat auch das Innere erhalten und man hat einfach einen vorhandenen Hof genutzt und Zwischenbauten eingezogen. Das wäre auch bei uns möglich gewesen - nur als Bsp.! Aber derartige Aussiedelungen rächen sich.

Wenn wir so weiter tun - ich darf nur daran erinnern, demnächst sperrt ein Gasthaus auf dem Stadtplatz zu, in dem bekanntlich die MA XIII immer getagt hat, ...

Gelächter

GEMEINDERAT DR. TILMAN  
HORST SCHWAGER:

Das wird auch nicht gerade zur Belebung des Stadtplatzes beitragen. D. h., wenn wir uns der Anfänge schon nicht mehr wehren können, dann müssen wir wenigstens dem fortschreitenden, wirtschaftl. Ruin des Stadtplatzes gegensteuern. Das war der Sinn meiner Wortmeldung, denn ein toter Stadtplatz verkauft sich nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, warum kommen die Fremden nach Steyr? Besser gefragt: Warum kommen sie nicht nach Steyr? Es ist sicherlich lobenswert und schön, das hist. Ensemble der Stadt Steyr zu verkaufen. Aber ich glaube, es reicht in der heutigen Zeit nicht aus! Unsere Fremden sind immer wieder fasziniert vom wunderschönen Ambiente hier in Steyr, aber sie fragen am nächsten Tag, was es denn noch zu sehen gibt.

In dasselbe Horn stoßt auch das Ergebnis des Tourismusverbandes, der im letzten Jahr eine Studie machen ließ, in der wörtlich verlangt wurde, was Steyr braucht. Das ist Kultur, Kultur, Kultur! Ich fordere Sie wirklich alle auf, in diesem Sinne gemeinsam mitzuarbeiten, daß wir hier auch ein kulturelles Programm für die Stadt Steyr auf

die Beine stellen können; ein neues Identifikations-Modell für Steyr entwickeln, um eben die Fremden auch von dieser Seite her befriedigen zu können in ihren Ansprüchen.

Ein Wort zum Hotel. Es ist sicherlich auch zusätzl. zu dem auf dem Stadtplatz geplanten Hotel noch ein weiterer Hotelbau notwendig. Es ist ein Mangel an Kapazitäten da - insbes. in der gehobeneren Tourismuskategorie. Ich könnte mir vorstellen, daß die Stadt vermehrt Anstrengungen unternimmt, daß sich doch eine internat. Hotelkette hier niederläßt. Insbes. eine Hotelkette, die wiederum eine vollkommen neue Tourismusschicht nach Steyr bringt und nicht in Konkurrenz zu den bestehenden Hotelbetreibern auftritt, sondern in Ergänzung für Steyr arbeitet.

Einen Satz habe ich von StR Zagler nicht verstanden, sonst kann ich ihn inhaltlich voll unterstützen. Ich verstehe ihn jedoch nicht, wenn er sagt, daß die Veranstaltungen im kulturellen Bereich in Eigenständigkeit des Fremdenverkehrsamtes stattfinden sollten. Entweder ist das falsch herausgekommen oder es war ein Versprecher. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. StR Zagler hat sich noch einmal gemeldet.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte das nur aufklären, es war nämlich kein Versprecher. Auch bisher macht der Tourismusverband schon einige solche Veranstaltungen. Es ist durchaus gedacht, dort wo das Kulturamt nicht veranstaltet, hier in Eigenständigkeit so weiter zu arbeiten - jedoch in Abstimmung mit dem Kulturamt.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall; dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ein kleines Schlußwort sei mir noch gestattet. Wenn wir schon den Ruf der sog. Studie nach Kultur, Kultur, Kultur als Retter für den Tourismus hören, so müßten wir uns fragen, welche Formen der Kultur hier gemeint waren. Das wäre auch eine abendfüllende Diskussion, mit welcher der versch. Spielarten wir glauben, erstens nach außen ausstrahlen zu können und zweitens nach innen Tourismusgesinnung fördern zu können. Das sollten wir dabei überlegen, und ich denke, es wäre ganz gut, wenn sich der gemeinderätl. Kulturausschuß unter diesem Gesichtspunkt auch einmal in Szene setzen könnte. Er wäre nämlich das Forum für diese Diskussion.

Ich möchte hier schon den Gedanken miteinbringen, daß es zwar richtig ist, so wie dieser GR seit vielen, vielen, vielen Jahren nach einem neuen Hotel ruft - auch mit vielen internat. Ketten schon mehr oder weniger erfolglose Versuche gestartet hat -, daß wir aber vor diesem Hintergrund vielleicht doch nicht ganz die Hoffnung verlieren sollen, daß mit dem Areal des Konvikts Voglsang eine sinnvolle Zukunft gefunden werden könnte. Ich glaube nicht, daß es ein Museum zweckmäßigerweise sein sollte, weil - ich habe das heute in einer Zeitung gelesen - ein Museum immer dann notwendig wird, wenn etwas zu Ende gegangen ist. Wenn es die Form im Leben nicht mehr gibt, dann braucht sie ein Museum. Moderne Versuche, das Leben zu bewältigen in Museen und trotz Museen, gibt es - sie sind aber noch nicht immer sehr zielführend zu Ende gebracht worden. Die Meinung, die ich vertrete, wäre also: Es wäre schön, wenn dieses Konviktsareal Platz böte für ein hervorragendes City-Hotel und wenn das Konvikt selbst Platz für Kongresse anbieten könnte. Ich glaube, daß die Forderung schon sein sollte. Liebe Stadt, "hau' dich auf die Schienen", daß dieses Areal nicht verloren geht aus dem städt. Bereich. Führen wir uns aber nicht mit unendlichen Museumsprojekten ins Irreale, sondern schauen wir, daß Leben in die Stadt und für die Bürgerinnen

und Bürger dieser Stadt ermöglicht wird.  
Zum vorliegenden Antrag bitte ich noch einmal um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine.

Danke für den Vortrag; nun bitte ich Koll. StR Schloßgangl um seine Ausführungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine Damen und Herren des GR! Bei meinem ersten Antrag geht es um die Drachenwiese. Bekanntlich soll ja dort im Bereich zw. Matteotti-Hof, der evang. Kirche, der Konrad- und der Leharstr. eine Wohnverbauung Platz greifen. Entspr. dem Bebauungsplan ist die Errichtung von 5 Einfamilien-Wohnhäusern sowie 46 Wohnungen in Doppelhäusern geplant. Es ergeht daher der Antrag an den GR:

24) Bau2-2195/92  
Bebauungsplan Nr. 59 -  
"Drachenwiese".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 59 - "Drachenwiese" - wird entspr. den Plänen des DI Heinz Pammer, Linz, vom 20. 7. 1991

sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 15. Jänner 1993 gem. § 19 des Oö. ROG, LGBl. Nr. 18/1972 idgF., beschlossen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Wer ist für den Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen. Punkt Nr. 25 bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

SNF beabsichtigt, entspr. dem Änderungsplan einen Teil des Betriebsareals, welches seit langem als Betriebsparkplatz genutzt wird, im Flächenwidmungsplan aber als Grünland ausgewiesen ist, in Industriegebiet umzuwidmen. Der Antrag an den GR lautet:

25) Bau2-4739/92  
Flächenwidmungsplanänderung Nr. 88 - Steyr Nutzfahrzeuge AG; Umwidmung von Grünland/Wald in Industriegebiet.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 88 - Steyr Nutzfahrzeuge AG - Umwidmung von Grünland/Wald in Industriegebiet - wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 12. 2. 1993 und

entspr. den Plänen des  
Stadtbauamtes vom 14. Juli  
1992, gem. § 23 des Oö.  
Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr.  
18/1972 idGF., beschlossen.

Ich bitte auch hier um Ihre  
Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Danke. Wird das Wort ge-  
wünscht? Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN  
HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen  
und Herren! Ich möchte nur ganz  
kurz hier wiederholen, was ich  
schon im Finanz- und  
Rechtsausschuß zu diesem Antrag  
gesagt habe. Natürlich ist ihm  
zuzustimmen, denn es geht ja de  
facto kein Grünland verloren,  
sondern es wird einfach eine  
bisher als Parkfläche genützte,  
praktisch befestigte Fläche,  
überbaut.

Allerdings wird es Sache der  
Baubehörde sein, darauf zu  
achten, daß entspr. Ausweich-  
Parkmöglichkeiten, aber inner-  
halb des Betriebsgeländes,  
geschaffen werden. Man kann ja  
unschwer bei dem dort  
gegebenen Gelände verlangen,  
daß z. B. unter diesem Gemäuer  
zumind. ein Garagendeck  
darunter gebaut wird etc. Die  
Autos, die dort jetzt verdrängt  
werden, sollen nicht nach außen  
verdrängt werden. Das wäre eine  
Fehlreaktion. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Hr. GR Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Die sollen mit dem Citybus  
fahren!

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:

Alle, die nicht mit dem Auto  
fahren, fahren mit dem Citybus.  
Aber es fahren auch einige mit  
dem Auto und es ist sehr wohl  
vorgesorgt, daß die in diesem  
Bereich verlorengegangenen  
Parkplätze innerhalb des  
Werksgeländes wieder abge-  
fangen werden.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Keine weitere Wortmeldung liegt  
vor. Wird ein Schlußwort  
gewünscht? Nein. Wir kommen  
zur Abstimmung. Wer ist dafür?  
Danke. Gegenprobe? Stimment-  
haltungen? Keine. Einstimmig  
angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Der nächste Punkt betrifft den  
Bebauungsplan Nr. 58 - den sog.  
Klosterberg. Dieses Planungs-  
gebiet liegt südlich der Gleinker  
Hauptstraße im Bereich des  
Klosterberges und soll entspr.  
dem Bebauungsplan zur Er-  
richtung von Einfamilien-  
wohnhäusern in Gruppen-  
bauweise und 1 1/2 Geschoßen -  
vom Erdgeschoß aus gesehen -  
vorgesehen werden.

26) Bau2-7060/91  
Bebauungsplan Nr. 58 -  
"Klosterberg".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 58 - "Klosterberg" - wird entspr. den Plänen des Stadtbauamtes des Mag. Steyr vom 12. Mai 1992 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 25. 1. 1993 gem. § 19 des Oö. ROG, LGBl. Nr. 18/1972 idgF., beschlossen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, also stimmen wir ab. Wer ist dafür? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Punkt Nr. 27) bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

27) Bau3-7623/89

Fußgängerübergang Plenkberg; Stahlbau- und Baumeisterarbeiten; Antr. auf Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 28. August 1992 wird der Vergabe der Stahlbau- und Baumeisterarbeiten für den Fußgängerübergang Plenkberg an die Fa. Mayr-Bau, Steyr, zum

Preise von 5,236.231,73 inkl. MWSt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1,430.000,--

(einemillion-

vierhundertdreißigtausend)

sowie weitere Mittel im Ausmaß von

S 807.000,--

(achthundertsiebentausend)

in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen, die Freigabe der Restmittel bleibt einer gesonderten Beschlusfassung vorbehalten.

Ich bitte, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wortmeldungen dazu? Keine. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Renovierung der Inselbrücke.

28) Bau4-6628/88

Renovierung der Inselbrücke.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des GR vom 15. Okt. 1992 wurde im Zusammenhang mit der Renovierung der

Inselbrücke der Auftrag zur Durchführung der erforderlichen Arbeiten an die ARGE Hamberger-Negrelli zum Preise von S 3,350.111,46 inkl. MWSt. vergeben. Unter einem wurden zum genannten Zweck Mittel im Ausmaß von S 1,350.000,-- freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 13. 1. 1993 wird nunmehr in diesem Zusammenhang einer weiteren Mittelfreigabe im Ausmaß von S 1,800.000,--

(einemillionachthunderttausend) bei der VA-Stelle 5/6120/002270.6 zugestimmt.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Keine Wortmeldungen liegen vor. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag umfaßt die Leitungsneubauten in Steyrdorf.

29) Bau6-6672/92

Bau3-7370/92

Leitungsneubauten, Straßenbau- und Plattenverlegearbeiten Steyrdorf;

3. Ausbaustufe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes vom 15. Feb. 1993 werden nachstehende Anträge

1. Kanalbauarbeiten Steyrdorf 3. Ausbaustufe in Höhe von S 8,368.854,79 excl. MWSt. vorbehaltlich der Zustimmung der WWF Vergabekommission und

2. Straßenbau- und Beleuchtungsarbeiten im Zuge des Kanalbaues sowie Herstellung des Stiegenaufganges Badgasse - Gschaidenberg in Höhe von S 2,980.884,46 inkl. MWSt. an den Billigstbieter der Gesamtausschreibung, die Fa. Ploier u. Hörmann, 4614 Marchtrenk sowie

3. Plattenverlege- und Pflasterarbeiten Fußgängerzone Steyrdorf zum Preis von S 5,758.569,23 inkl. MWSt. (Variante I - Mühlviertler bzw. Larsberger Granit) an den Billigstbieter, die Fa. LSH-Fischer, Linz, vergeben.

Die zum Bau erforderlichen Mittel für das Rechnungsj. 1993 werden für den

1. Kanalbau in Höhe von S 4,800.000,-- excl. MWSt.

bei VSt 5/8110/050420.7 u. die

2. Straßenbau- und Beleuchtungsarbeiten in Höhe von S 4,200.000,-- inkl. MWSt.

bei VSt. 5/6120/002490.0

freigegeben.

Ich bitte, auch darüber abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wortmeldungen? Keine. Wer ist dafür? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Keine Stimmhaltungen. Einstimmig.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Für die Errichtung der Kanalisation Wehrgraben-Süd, 2. Ausbaustufe, in der Blumauerg., S.-Stöger-Str. und Josefg., Flußquerungen Mitter- und Gsangswasser, Pumpwerk F und 2. für die Straßenbau- und Beleuchtungsverlegearbeiten im Zuge des Kanalbaues sollen Mittel in Höhe von 510.000 S excl. MWSt zum Gesamtbetrag v. S 7,850.000,-- aufgestockt werden. Der Antrag lautet:

30) Bau6-483/92

1. Errichtg. Kanalisation Wehrgraben-Süd; 2. Ausbaustufe;
    - Blumauerg, S.-Stöger-Str. und Josefgasse
    - Flußquerungen Mitter- u. Gsangswasser;
    - Pumpwerk F
  2. Straßenbau u. Beleuchtungsverlegearbeiten im Zuge des Kanalbaues
- Antrag um Auftragsverlängerung; nachträgl. Vergabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes v. 12. 2. 1993 wird der:

1. Auftragsverlängerung für die Steyrflußquerungen Mitter- und Gsangswasser und Pumpwerk F, durch Änderung der Baugrubensicherung u. nachträgliche

Arbeiten, an die Fa. Illma, Steyr, in Höhe von S 510.000,-- excl. MWSt auf gesamt S 7,850.000,-- excl. MWSt

2. nachträglichen Genehmigung des Nachtragsanbotes Nr. 1 der Fa. Illma, Steyr, in Höhe von S 125.595,-- excl. MWSt für Erschwernisse bei der Herstellung der Baugrubenabdichtungen

3. Auftragsverlängerung für die E-Installation des PW F an die Fa. Spitzwieser, 5122 Hochburg a. d. Ach, in Höhe von S 26.000,-- excl. MWSt auf gesamt S 293.000,-- excl. MWSt in Verbindung mit der Herstellung eines größeren Schaltschranks und zusätzl. E-Steuerungskreise

4. nachträglichen Vergabe der Arbeiten zur Herstellung einer E-Anspeisung zum PW F an d. OKA, Böhmerwaldstr. 3, 4021 Linz, in Höhe von S 20.434,-- excl. MWSt

5. Übernahme der anteiligen Kosten für fischereiliche Bauschäden durch Herstellung der Steyrflußquerungen in Höhe von S 13.107,80 excl. MWSt zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel werden für die:

6. unter Pkt. 1 - 5 angeführten Kanalbaumaßnahmen in Höhe von

S 5,587.000,-- excl. MWSt bei VSt. 5/8110/004110.1 (Kanalbau Wehrgraben) und

S 560.000,-- excl. MWSt bei der gleichen VSt. als Kreditüberschreitung sowie den 7. Straßenbau- u. Beleuchtungsarbeiten Blumauerg. in Höhe v.

S 980.000,-- incl. MWSt  
bei VSt. 5/6120/002180.7 (Blu-  
mauergasse) freigegeben.  
Die Deckung der Kreditüber-  
schreitung hat durch Dar-  
lehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte, auch darüber ab-  
stimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Wird das Wort dazu gewünscht?  
Nicht der Fall. Wer dafür ist, soll  
bitte ein Zeichen geben. Danke.  
Gegenprobe? Keine Gegen-  
stimmen. Stimmenthaltungen?  
Keine. Punkt Nr. 31) bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

31) Bau6-6630/91

Erd-, Baumeister-, Rohr-  
verlegungs- und Straßen-  
bauarbeiten zur Sanierung  
d. Kanalisation Schlöglwie-  
se; Antrag auf Restmittel-  
freigabe.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Mit GR-Beschluß v. 3. 7. 1992  
wurden die Erd-, Baumeister-,  
Rohrverlegungs- und Straßen-  
bauarbeiten zur Sanierung der  
Kanalisation Schlöglwiese an die  
Fa. Adami vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes  
werden die erforderlichen Mittel  
für o. g. Arbeiten für die restl.  
Baurate der Kanalisation  
Schlöglwiese im Ausmaß von

S 800.000,--

(achthunderttausend)

bei VSt. 5/8110/004000.4  
freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre  
Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Wortmeldungen dazu? Keine.  
Wer ist dafür? Danke. Wer ist  
dagegen? Keine Gegenstimmen.  
Stimmenthaltung? Keine.  
Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Mein letzter Antrag betrifft die  
Verkehrsdrehscheibe Bahnhof.

32) Bau2-2430/92

Verkehrsdrehscheibe Bahn-  
hof; Antrag auf Vergabe v.  
Planungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes  
wird der Auftrag zur Erstellung  
von Planungsarbeiten für das  
Projekt "Verkehrsdrehscheibe  
Bahnhof" dem Ing.-Büro Spirk,  
Steyr/Salzburg, zum Preis von S  
6,441.853,20 incl. MWSt. erteilt.

Die erforderlichen Mittel für  
1993 im Ausmaß von

S 2,245.000,--

(zweimillionenzweihun-  
dertfünfundvierzigtausend)

werden bei VSt.  
5/6120/002450.4 freigegeben.

Ich möchte hier nur anmerken -  
es wurde ja heute bereits  
angesprochen -, daß es ganz  
dringend notwendig und unsere

vortrefflichste Aufgabe sein wird, den Verkehrs- und Tarifverbund mit allem Nachdruck zu fordern und zu realisieren. Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Gibt es Wortmeldungen? Keine. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Auch keine. Einstimmig angenommen. Ich danke Hr. StR Ing. Schloßgangl und ersuche nun den nächsten Berichterstatter, StR Tatzreiter, um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um die Errichtung eines Wohnhauses mit 40 Kleinwohnungen im Resthof. Der Antrag lautet:

33) Bau5-825/91

Errichtung eines Wohnhauses m. 40 Kleinwohnungen in Steyr, Resthofstr.; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des GR vom 19. 3. 1992 wurde dem Abschluß eines Generalunternehmervertrages mit der Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zur Errichtung eines Wohnhauses mit 40 Kleinwohnungen an der Resthofstraße mit den Gesamtbaukosten von S 25,610.900,-- zugestimmt.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 1. 1993 wird nunmehr zur Deckung der im Jahr 1993 anfallenden Generalunternehmerleistungen einer Mittelfreigabe im Ausmaß von

S 10,800.000,--

(zehnmillionen-  
achthunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/8460/010340.5 zugestimmt.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Es gibt hier schon einschlägige GR-Beschlüsse, an die wir natürl. gebunden sind, sodaß wir letztendlich diesem Antrag auch zustimmen werden. Aber mit folgendem Vorbehalt, auch wenn es eine Wiederholung ist.

Ich weiß, daß es einen uralten Vertrag gibt, einen Generalunternehmervertrag, mit der Fa. Zwettler. Ich weiß, daß wir aus diesem Vertrag jetzt nicht aussteigen können, was dieses Projekt betrifft. Aber dieser Vertrag tut der Gemeinde wirtschaftl. sehr, sehr weh! Von diesen 10,8 Mill. S entfällt ja ein Großteil auf die Planungs- und Bauleitungskosten. D. s. aber Arbeiten, die ein tüchtiges

Bauamt auch machen könnte im Bereich "Sozialer Wohnbau". Weil das ja keine so bes. künstlerische Tätigkeit ist und auch bautechn. nicht so schwierig ist, daß es nicht von einem durchschnittl. begabten Beamten gemacht werden kann.

Pro futurum, meine Damen und Herren: derartige Generalunternehmerverträge sind mit Vorsicht zu genießen. Ich kann der Stadt nur empfehlen, solche Verträge künftig erst nach eingehendster Prüfung des Projektes abzuschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Koll. Payrleithner hat sich als nächster gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Koll. Schwager hat mir leider schon einiges vorweg genommen. Die zunehmend schlechter werdende wirtschaftl. Situation und die damit verbundene Arbeitsplatz-Situation ziehen sich heute wirklich wie ein roter Faden durch die gesamte GR-Sitzung.

Ich bemerke das im Zusammenhang mit Wohnungsangelegenheiten - die Beschwerden häufen sich. Was heißt die Beschwerden, die Leute haben einfach zunehmend wirtschaftl. Schwierigkeiten, auch mit dem Bezahlen der Mieten. Vielleicht ist in diesem Zusammenhang die

Möglichkeit mit der Ausgliederung der GWG gegeben, in Zukunft die Kosten doch etwas in den Griff zu bekommen. Wir haben ja in der letzten Wohnungsausschuß-Sitzung auch schon bemerkt, daß vor allem die Kosten für neue Wohnungen exorbitant gestiegen sind und auch noch steigen werden. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit taucht vermehrt das Problem auf, daß sich die Leute - vor allem jene, die mit keinen Wohnbeihilfen rechnen können - sehr schwer Wohnungen leisten können. Der Andrang auf billige Altbauwohnungen wird sehr groß werden und im Bereich der neu zu errichtenden Wohnungen - was sicherlich sehr zu begrüßen ist - werden wahrscheinlich Probleme auf uns zukommen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Keine weiteren Wortmeldungen liegen vor - wird ein Schlußwort gewünscht?

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Zur Wortmeldung v. Dr. Schwager, keine Generalunternehmer-Verträge mehr abzuschließen bzw. diese sehr streng zu prüfen, möchte ich sagen, daß dies auch meine Auffassung ist. Aber das ist ein uraltes - wenn ich das so sagen darf - und lange zurückliegendes Problem in Bezug auf den Resthof. Insofern meine ich, daß wir bei sämtlichen Bauten, die wir künftig planen,

bzw. auf neuen Flächen anders strukturieren müssen. Das ist auch meine grundsätzliche Auffassung.

Zum Koll. Payrleithner - hier kann ich eigentlich nichts hinzufügen, nur mit einer Ausnahme. Ich habe nämlich erwartet, daß er sagt, wir sollen die alten Wohnungen abverkaufen. Bei unserer Auffassung, Mietwohnungen älteren Baujahres zu verkaufen, stellt sich jetzt heraus, daß es besser ist, das nicht zu tun. Und zwar insofern, weil sich viele Mieter, die leider von der Sorge betroffen sind, Neubauwohnungen nur schwer leisten können. Wir müssen sie aber bauen - ich verweise nur auf die große Anzahl von mehr als 3.000 Wohnungssuchenden. Ich verweise auch darauf, daß wir versuchen, bei den Neubauwohnungen trotz aller strengen Rechnungen, die es hier gibt, die Mieten einigermaßen in Grenzen zu halten - seitens der Gemeinde die großzügigen Förderungen! In diesem Zusammenhang darf ich bitten, diese künftig auch beizubehalten.

STADTRAT KARL HOLUB:

Einen Zwischenruf möchte ich gerne machen. Das ist ein Denkfehler, was Du jetzt gesagt hast. Wenn man die Mittel aus dem Verkauf von alten Wohnungen zur Verbilligung der neuen Wohnungen herannimmt, schafft man einen "sich selbst Erhaltungskreislauf". Wenn man

das nicht tut, ist man selber schuld!

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Hier stellt sich die Frage, wie lange das hält, aber wir können gerne einmal reden darüber! Trotzdem bitte ich jetzt um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Auflassung eines Teilstückes des öffentl. Gutes des Grundstückes 1360/5. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

34) ÖAG-6929/92

Auflassung eines Teilstückes d. öffentl. Gutes, Grundstück 1360/5, KG Steyr; Verkauf dieses Teilstückes an die Ehegatten Johann u. Christine Lechner, Steyr, Aichetgasse 24.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD/Rechtsreferat wird dem Verkauf eines Teilstückes des öffentl. Gutes der Parzelle 1360/5, KG Steyr, im Ausmaß von 29 m<sup>2</sup> an die Ehegatten

Johann und Christine Lechner, Steyr, Aichetgasse 24, zum Kaufpreis von S 500,--/m<sup>2</sup>, insgesamt demnach zum Gesamtbetrag von S 14.500,--, zugestimmt. Der Kaufpreis ist binnen 14 Tagen nach beidseitiger Vertragsunterfertigung zur Gänze zu entrichten. Die Käufer haben sämtliche im Zusammenhang mit der Errichtung dieses Kaufvertrages stehenden Kosten, Abgaben und Gebühren sowie die Vermessungskosten zu tragen.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wer ist dafür? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um den Ankauf eines Einsatzleitrechners für die Dienststelle der Freiwilligen Feuerwehr. Der Antrag lautet:

35) FW-8675/92

Ankauf eines Einsatzleitrechners für den Alarmtisch in d. FW-Dienststelle.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bgm.-verfügung v. 12. 1. 1993, womit wegen Dringlichkeit gem. § 49 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes

angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt.

"Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 30. 12. 1992 wird dem Ankauf eines Einsatzleitrechners für den Alarmtisch in der FW-Dienststelle bei der Fa. Gesellsch. f. Automatische Systeme GesmbH, Steyr, zum Preise von S 34.376,84 incl. MWSt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 34.400,--

(vierunddreißigtausendvierhundert)

in Form einer Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/1630/619000.4 auf die VA-Stelle 1/1630/043300.4 freigegeben.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-Stelle 1/1630/619000.4 zu erfolgen."

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Keine Wortmeldungen liegen vor. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Punkt Nr. 36) bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die Verleihung der Verdienstmedaille d. Stadt Steyr für die mind. 15jähr. verdienstvolle

Tätigkeit von 11 Feuerwehrmännern. Bei der FFW der Stadt Steyr sind das: Zimmermann Ewald, Blümelhuber Rudolf, Kitzberger Hermann, Schützenhofer Günther, Pichlbauer Peter, Schedlberger Franz; Betriebs-FW BMW Motoren Steyr: Binder Leopold, Krifter Kurt; Betriebs-FW SKF Österreich AG: Stoiber Franz, Koller Franz; Betriebs-FW SDP AG: Wöhrnschmid Bruno.

36) FW-3/93

Antrag auf Verleihung der "FW-Verdienstmedaille d. Stadt Steyr" an Angehörige d. Betriebsfeuerwehren u. d. FFW der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an die im Amtsbericht der MA VI vom 18. Jänner 1993 genannten Personen wird zugestimmt.

Ich bitte auch bei diesem Antrag um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dafür? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um den Ankauf eines Löschfahrzeuges für den Löschzug III der FFW der Stadt Steyr. Hier ist im Haushaltsvoranschlag diese Größenordnung bzw. diese wichtige Anschaffung schon vorgesehen, und der Antrag an den GR lautet:

37) FW-6271/92

Ankauf eines Löschfahrzeuges m. Bergeausrüstg. f. d. FFW der Stadt Steyr - Löschzug III (Gleink).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 19. 1. 1993 wird im Zusammenhang mit dem Ankauf eines Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung f. d. FFW der Stadt Steyr - Löschzug III (Gleink) nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt.

1. Fahrgestell - Steyr 10 S 18/L 37 4x4 single - Fa. SNF AG, Leonding: S 1,088.000,-- incl. MWSt.

2. FW-techn. Aufbau und Ausrüstung - Fa. Rosenbauer, Leonding: S 1,940.000,-- incl. MWSt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 2,800.000,--

(zweimillionen-  
achthunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/1630/040000.4 sowie weitere Mittel im Ausmaß von

S 228.000,--

(zweihundertacht-  
undzwanzigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wortmeldungen dazu? Keine. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall - einstimmig beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um eine Subvention bzw. Förderung für einen Wohnbau, den die Styria errichtet. Ich bitte um diesen Zuschuß, weil damit das Einweisungsrecht für diese Wohnungen verbunden ist.

38) Ha-3790/92

Styria reg. Gen. m.b.H., Gewährung eines Baukostenzuschusses f. Wohnbauprojekt Steyr - Christkindl.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD/Rechtsreferat wird der im Stadtteil Christkindl von der Styria, registrierte Genossenschaft m.b.H., Steyr, Preuenhueberstr. 3, geplante Wohnbau mit 45 Wohneinheiten mit einem Betrag von S 70.000,-- je Wohneinheit, insgesamt demnach

mit S 3,150.000,--, gefördert. Die Auszahlung dieses Betrages hat in zwei gleichen Jahresraten zu S 1,575.000,-- in den Jahren 1993 und 1994 nach Baufortschritt zu erfolgen. Im Gegenzug hat die Styria der Stadt das Einweisungsrecht für die neu errichteten Wohneinheiten auf Dauer des Bestandes des Wohnbaues einzuräumen.

Zum genannten Zweck wird für d. Jahr 1993 bei der VA-Stelle 5/4800/777010.8 eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 1,575.000,-- bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wird das Wort gewünscht? Koll. Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bgm., sehr geehrte Damen und Herren des GR! Gestatten Sie mir, zu diesem Antrag in gebotener Kürze nur einen Gedanken vorzuschlagen. Wir freuen uns über die Zusammenarbeit der Wohnungsgesellschaften mit der Stadt Steyr in der Bewältigung unserer Wohnungsnot. Vielleicht könnten wir diese Zusammenarbeit auch noch in eine andere Richtung bringen. Könnten wir nicht die Wohnungsgesellschaften auch einladen, vielleicht doch in

nächster Nähe ein Altenheim zu bauen? - Oder mehrere in dieser Zusammenarbeit! Diese Wohnungsgesellschaften könnten Wohnbauförderungen mit beantragen und uns wäre in unserer großen Not mit unseren Plätzen im Altenheim vielleicht doch geholfen.

Nur ein Gedanke zum Überlegen und zum Diskutieren. Aber ich glaube, er könnte uns vielleicht ein bißchen weiterhelfen in unserer großen Not!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Möchte sich noch jemand zu Wort melden? Das ist nicht der Fall, dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des GR, ich darf ebenfalls meiner Freude Ausdruck verleihen, daß es immer wieder gelingt, in der Gemeinsamkeit hier doch Verbesserungen herbeizuführen. Konkret darf ich sagen, daß wir auch im Zusammenhang mit den Knogler-Gründen und dem Architekten-Wettbewerb (bzw. im Nachziehverfahren sozus. dann verbauen) überlegen, gemeinsam mit einem solchen Wohnbauträger - oder mehreren - diese Möglichkeit der schnellen Wohnbautätigkeit zu forcieren. In Zusammenhang mit einem Altenwohnheim bzw. mit solchen Möglichkeiten anderer Wohnbauträger möchte ich sagen, daß

wir das in Münchenholz ohnehin haben. Nämlich mit der I. GWG, wenn ich nur an die Punzerstr. denke - Punzerstr. 60 b; und beispielsweise mit der WAG in der Sebekstr.

In dieser Frage könnten wir auch weiterhin bei anderen Überlegungen solche Möglichkeiten aufgreifen. Ich glaube, daß dies eine gute Sache ist und darf mich auch ganz öffentl. bedanken bei den anderen Wohnbauträgern für die wirklich gute Zusammenarbeit. Nur das kann uns weiterhelfen! Ich meine ja nicht, daß es nur einer alleine schaffen kann. Wenn, dann werden wir es miteinander durchführen können. Und wenn wir schon fördern, dann sollten wir alle fördern, denn es geht ja um die Bewohner und nicht um einzelne Gesellschaften.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Auch hier Einstimmigkeit.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem letzten Antrag geht es um eine Instandsetzungsarbeit in der Sierninger Straße 115 - ein bekanntes Haus. Hier wurde schon einmal ein Beschluß gefaßt in der Größenordnung von S 2,838.000,--. Nun bitte ich um

Freigabe für die 2. Bauetappe -  
der Antrag lautet:

39) GHJ2-754/92

Sierninger Straße 115; In-  
standsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Mit Beschluß des GR vom 26. 11.  
1992 wurden im Zusammenhang  
mit der Durchführung von  
Instandsetzungsarbeiten am ge-  
meindeeigenen Objekt Sierninger  
Straße 115 Aufträge im  
Gesamtumfang von S  
4,253.922,40 vergeben. Gleich-  
zeitig wurde einer Mittelfreigabe  
im Ausmaß von S 2,838.000,--  
zugestimmt. Die Freigabe der  
Restmittel bleibt einer ge-  
sonderten Beschlußfassung für  
das Rechnungsjahr 1993 vor-  
behalten.

Aufgrund des Amtsberichtes der  
MA VI vom 11. 1. 1993 wird  
nunmehr zur Durchführung der  
2. Bauetappe einer Mittelfreigabe  
im Ausmaß von

S 1,416.000,--

(einemillionvier-

hundertsechzehntausend)

bei der VASSt. 5/8460/010000.5  
zugestimmt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung,  
damit diese zweite, wirklich  
wichtige Etappe finanziert  
werden kann.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Wortmeldungen dazu? Keine. Wir  
stimmen ab. Wer ist für diesen  
Antrag? Danke. Wer ist dagegen?

Niemand. Stimmenthaltungen?  
Keine. Auch dieser Antrag wurde  
einstimmig angenommen.

Ich danke Koll. StR Tatzreiter und  
ersuche den nächsten Bericht-  
erstatter, StR Dkfm. Mag. Zagler,  
um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT  
DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und  
Herren! Unter dem Schlagwort  
"FASSE DICH KURZ" möchte ich  
mich gleich bei meinem ersten  
Antrag - Punkt Nr. 40) - kurz  
fassen. Wenn wir der Zuwendung  
von 1,2 Mill. S an die Stadtwerke  
Steyr/Verkehrsbetrieb nicht  
zustimmen, bekommen wir das  
Geld vom Bund auch nicht -  
daher bitte ich um Zustimmung.

40) ÖAG-4002/86

Präs-31/83

Verkehrsbetrieb der Stadt-  
werke; Zuerkennung einer  
Grundleistung.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der  
MD vom 28. Jänner 1993 wird als  
Grundleistung für den Ver-  
kehrsbetrieb der Stadtwerke für  
das lfd. Rechnungsjahr 1993 ein  
Betrag von S 1,200.000,--  
bewilligt.

Die hierfür erforderlichen Mittel  
im Ausmaß von

S 1,200.000,--

(einemillionzweihunderttausend)  
werden bei der VA-St.  
1/8790/759200.5 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wortmeldungen dazu? Keine. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? Auch niemand. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Akt wird vielleicht nicht durch mich - doch etwas längeren und breiteren Raum beanspruchen. Es geht um die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im GR der Stadt Steyr vertretenen GR-Fraktionen.

Der Amtsbericht spricht davon, daß die pol. Arbeit in den letzten Jahren gezeigt hat, daß pol. Grundhaltungen und akzentuierte kommunalpolitische Positionen nur mit einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit bekanntgemacht werden können. Aus diesem Grund soll eben eine Parteienfinanzierung hier beschlossen werden. Für 1993 würden sich nach der Durchrechnung ergeben: Für die Sozialdemokratische GR-Fraktion S 841.415,--, für die FPÖ S 549.655,--, für die ÖVP S 513.185,-- und für die GAL S 294.365. Gesamt: 2,198.620 S.

Es darf hiezu festgestellt werden, daß ein Ansuchen um Auszahlung dieser Beträge bereits von einer Fraktion

vorliegt und deswegen auch dieser Amtsbericht heute in der GR-Sitzung zum Beschluß vorgelegt wird. Es handelt sich um den Antrag der FPÖ-GR-Fraktion mit Schreiben vom 14. 1. 1993, wo um eine erste Teilzahlung in Höhe von S 250.000.-- ersucht wurde.

Eines möchte ich betonen aus dem Amtsbericht. Wie im Grundsatzbeschluß vom 3. Juli 1992 festgelegt, sind die GR-Fraktionen verpflichtet, die widmungsgemäße Verwendung der Mittel in der von ihnen gewählten Form nachzuweisen. Zu diesem Zweck steht jeder Fraktion einmal pro Jahr zumindest eine halbe Seite des Amtsblattes der Stadt Steyr zur Verfügung.

Ich bitte, die Diskussion zu eröffnen bzw. die Beschlußfassung durchführen zu lassen.

41) Ha-7655/91

Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben d. im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen GR-Fraktionen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Finanzierung d. Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen erhält jede im GR

vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 1993 über einen durch die jeweilige Fraktion an den Magistrat der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag einen Finanzierungsbeitrag in der unten stehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus den mit Grundsatzbeschluß vom 3. Juli 1992 festgelegten Ansätzen, valorisiert um die Indexsteigerung von Dezember 1991 auf Dezember 1992 in Höhe von 4,2 %.

Im einzelnen ergeben sich demnach für die einzelnen GR-Fraktionen nachstehende Förderungsbeiträge:

#### SPÖ:

S 221.425,-- (Sockelbetrag)  
S 354.280,-- (/Mandat 20.840 S)  
S 265.710,-- (Fraktionsumlage)  
S 841.415,--

#### FPÖ:

S 221.425,-- (Sockelbetrag)  
S 187.560,-- (/Mandat 20.840 S)  
S 140.670,-- (Fraktionsumlage)  
S 549.655,--

#### ÖVP:

S 221.425,-- (Sockelbetrag)  
S 166.720,-- (/Mandat 20.840 S)  
S 125.040,-- (Fraktionsumlage)  
S 513.185,--

#### GAL:

S 221.425,-- (Sockelbetrag)  
S 41.680,-- (/Mandat 20.840 S)  
S 31.260,-- (Fraktionsumlage)  
S 294.365,--

S 841.415,--  
S 549.655,--  
S 513.185,--  
S 294.365,--

Gesamt: S 2.198.620,--

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen GR-Fraktion, der an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten ist, zur Auszahlung.

Die GR-Fraktionen sind verpflichtet, die widmungsgemäße Verwendung der Mittel in der von ihnen gewählten Form nachzuweisen. Zu diesem Zweck steht jeder Fraktion einmal pro Jahr zumindest eine halbe Seite des Amtsblattes der Stadt Steyr zur Verfügung.

Durch die gegenständliche Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im GR der Stadt Steyr vertretenen GR-Fraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre, die aufgrund des Erlasses des Amtes der Oö. LR vom 14. 11. 1985, Gem-70.607/13-1985, jährlich zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiter bestehen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 2,198.600,--

(zweimillioneneinhundertachtundneunzigtausendsechshundert) werden bei der VA-St. 1/0000/757000.3 freigegeben. (BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich bitte Hr. Vbgm. Dr. Pfeil, den Vorsitz zu übernehmen, weil ich mich selbst an der Diskussion beteiligen möchte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz und übergebe Hr. Vbgm. Sablik das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren des GR! Es drängt einen förmlich danach, hierüber ein paar Worte zu verlieren. Wie Sie wissen, haben wir voriges Jahr, nach sehr langen Verhandlungen, eine Parteienfinanzierung beschlossen, die auch die Bevölkerung anerkannt hat. Wir waren uns darüber einig, daß Demokratie eben Geld kostet. Vorigen Sonntag hat selbst der Aufdeckungsjournalist Dr. Worm in der Pressestunde des ORF die Meinung vertreten, daß diese Art der österr. Partei-Finanzierung, nämlich aus öffentlichen Mitteln, Korruptionsfälle verhindert und für die Demokratie und die Sauberkeit das beste Mittel sei!

Wie wir leider aus der Presse und durch den Rücktritt der Fr. GR Thurner erfahren haben, gab es in der FPÖ-Fraktion Turbulenzen bezüglich der Verwendung von Mitteln der Stadt für die Partei-Finanzierung. Dem Vernehmen nach wurde ein Teil der Mittel für die italienische Textilindustrie und der andere

für die Möbelindustrie verwendet. Es hat sicherlich der Handelskonjunktur in Steyr einen kleinen Auftrieb gegeben. Dies aber auch nur humorvoll - wir könnten uns ja genüßlich zurücklehnen und zusehen, wie sich die Freiheitliche Fraktion zerfleischt. Das bringt jedoch nichts, weil ja das Ansehen des GR insgesamt dadurch leidet und auch das Ansehen der demokratischen Selbstverwaltung. Ich appelliere an die Freiheitliche Fraktion, das zu bereinigen, denn wir haben ja die höhnischen Kommentare zur Partei-Finanzierung förmlich auf dem Tisch.

Unsere Fraktion stimmt diesem Antrag zu, und natürlich werden wir, wie in der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz vereinbart, bis 25. März durch Vorlage der Original-Rechnungen unseren Betrag nachweisen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Wer hat sich als nächster zu Wort gemeldet? Hr. StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nicht besonders erfreut, meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister, aber doch einer gewissen Verpflichtung nachkommend, melde ich mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort. Weil ich ja von Beginn an bei diesen Verhandlungen, die von Vbgm. Sablik vorhin angezogen wurden, dabei

gewesen bin und es dann ja auch zu einem Beschluß in diesem GR gekommen ist über eine Neufassung der Parteienfinanzierung, die aber doch etwas anders ausgesehen hat, als sich die Freiheitliche GR-Fraktion das vorgestellt hat. Daher hat es auch - ich darf Sie daran zurückerinnern - am 3. Juli 1992 einen Antrag gegeben, auf den ich noch näher zu sprechen komme.

Zum einen wurde ja über die Presse und über den Rundfunk in den letzten Wochen sehr massiv immer wieder darüber berichtet, daß einzelne Gemeindefraktare von der FPÖ-Fraktion diese heute hier angesprochenen Gelder zweckentfremdet verwendet haben. Dazu darf ich folgendes feststellen: Es handelt sich hier um eine partei-interne Angelegenheit der FPÖ; und zwar deshalb, weil ja diese Belege noch nicht mit dem Magistrat verrechnet wurden. Das ist der eine Teil.

Der andere Teil ist aber auch der - und da nehme ich mir kein Blatt vor den Mund -, daß das Verhalten dieser beiden Mandatare nicht zuletzt zu einer pol. Dimension geführt hat, die die Mehrheit der Fraktion und auch der Bezirksparteileitung veranlaßt hat, klarzustellen, daß so etwas nur mehr durch personelle Konsequenzen zu bereinigen wäre.

Meine Damen und Herren des GR, aber ich darf Sie doch daran erinnern, - jetzt komme ich zu

dem Antrag, den die FPÖ voriges Jahr eingebracht hat - daß wir eben die Auffassung vertreten haben, daß es sich um einen doch sehr tiefen Griff in die Taschen der Steuerzahler handelt. Deshalb haben wir gemeint, daß der damalige Sockelbetrag von 212.000 Schilling um 100.000 Schilling zu reduzieren wäre. Der Antrag wurde jedoch hier in diesem GR abgelehnt. Ich möchte daher darauf hinweisen, daß wir selbstverständlich diese 100.000 Schilling vergangenes Jahr nicht beansprucht haben. Wir werden diese nunmehr 104.500 Schilling - der Betrag wurde ja durch die Valorisierung angehoben - auch im Jahr 1993 nicht beanspruchen.

Zudem darf ich noch in Erinnerung rufen, daß wir auch im Zusammenhang dieser Parteienfinanzierung verlangt haben, daß alle parteinahestehenden Organisationen ihre Beiträge reduziert erhalten in Zukunft - nämlich um 50 % reduziert! Auch das haben wir durchgezogen. Es handelt sich um zwei Teilbereiche: Einerseits um eine Subvention an die Jugend in der Größenordnung von 13.000 S - um 50 % reduziert in Anspruch genommen; zum anderen handelt es sich um einen Betrag von 3.000 S für die Seniorenbetreuung - hier haben wir ebenfalls nur 1.500 S in Anspruch genommen im Jahr 1992. Dies werden wir auch im Jahr 1993 tun!

Ich hätte mir eigentlich schon gewünscht - damit bin ich schon am Ende meiner Ausführungen -, daß auch Sie, meine Damen und Herren des GR, von den anderen Fraktionen bereit wären, diesen Griff in die Taschen der Steuerzahler entsprechend zu reduzieren, denn dann könnte man schlußendlich fast 500.000 Schilling dem Steuerzahler ersparen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Das wirst Du noch einmal bereuen!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Ich gebe den Vorsitz zurück an Hr. Vbgm. Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz. Wer wünscht jetzt das Wort? Hr. GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des GR, Hr. StR Eichhübl hat jetzt das meiste zu diesem Thema schon gesagt. Offiziell ist zwar jetzt nicht Jagdsaison, aber die innerparteilichen Hecken-schützen dürften offensichtlich in unserer Fraktion oder in unserer Bezirksleitung gewaltig durchgeladen haben - anders ist diese ganze Angelegenheit meiner Meinung nach nicht zu erklären. Ich darf darauf

hinweisen, wie die Parteienfinanzierung - 1992 ist ja die Parteienfinanzierung in dieser Form das erste Mal beschlossen worden. Wenn etwas Neues beschlossen wird, dann gibt es offensichtlich am Anfang gewisse Schwierigkeiten. In diesem Fall meiner Meinung nach dahingehend, daß nicht klare Richtlinien vorhanden waren.

Ich darf an die letzte Kontrollausschuß-Sitzung erinnern, die ja noch nicht so lange her ist. Da haben wir seitens unserer Fraktion Hr. Dr. Schmidl gefragt, wie diese Abrechnungen tatsächlich stattfinden sollen. Die Parteienfinanzierung ist ja aufgeschlüsselt in 3 größere Beträge: 212.000,--, 20.000,-- und 15.000,-- Schilling. Bei uns war bis vor kurzem die einhellige Meinung innerparteilich vorhanden, daß diese 15.000 S den einzelnen Fraktionsmitgliedern für ihre Tätigkeit das ganze Jahr über zur Verfügung stehen sollen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß es in dieser Form nicht der Fall ist.

Ich betrachte das ebenso wie Koll. Eichhübl als innerparteiliche Angelegenheit und es wird auch seitens unserer Fraktion selbstverständlich weder eine Rechnung aus Steuergeldern über Gewand, Boxer-Shorts, Socken, Gewandkasten o. ä. Dingen am 25. März beim Magistrat eingereicht werden.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Weitere Wortmeldungen? Hr. GR  
Götz bitte.

GEMEINDERAT HANS-DIETER  
GÖTZ:

Wertes Präsidium, meine Damen  
und Herren! Zu den  
Ausführungen des Hr.  
Payrleithner, betreffend die  
Eröffnung der Jagdsaison. Ich  
glaube, das ist eine Sache, die  
man wirklich nicht so im Raum  
stehen lassen kann. Denn gerade  
er war einer, der das Ganze -  
wenn man es als Jagd  
umschreiben will - ausgelöst hat,  
daß es so weit gekommen ist. Mit  
seinen ganzen Dingen, wie das  
passiert ist, das ist ja nichts  
Neues mehr, darüber kann man  
offen reden. Daß Dinge nicht mit  
Originalbelegen abgerechnet  
wurden, sondern mit Kopien und  
diese nicht einmal, sondern  
zweimal. Zum dritten Mal  
brauche ich ja einen  
Originalbeleg, um beim  
Finanzamt abzurechnen.

Hier muß man einmal ganz  
trocken die Dinge auf den Tisch  
legen und sagen, wie es ist. Denn,  
wenn ich heute zu einem  
Gewerkschafts-Kongreß fahre,  
dort mein Taggeld und mein  
Fahrgeld kassiere, daheim in der  
Fraktion Kopien dieser  
Fahrscheine abgebe und das Geld  
noch einmal kassiere und mir die  
Originalbelege behalte.... und  
dann wird dezidiert gefragt,  
warum die Originalbelege nicht  
abgegeben wurden und man

bekommt zur Antwort, "die  
brauche ich noch einmal zur  
Vorlage beim Finanzamt" - dann,  
meine Damen und Herren,  
möchte ich schon in den Raum  
stellen, wie man das nennen  
soll!? Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Danke. Zu Wort ist Hr. Dr. Pfeil  
gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Ich bin auch der Meinung, daß  
dies ein innerparteiliches  
Problem ist. Es wird in-  
nerparteilich geklärt werden  
müssen; es wird geklärt werden -  
das verspreche ich. Zu den  
Angriffen von Hr. Payrleithner  
sage ich zum Schutz von Hr.  
Payrleithner nichts. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Danke. Nun ist Hr. StR  
Schloßgangl am Wort.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und  
Herren. Wir von der Volkspartei  
haben uns sehr bemüht, eine  
Parteienfinanzierung mit allen  
anderen Fraktionen zusammen  
zu bringen, weil wir glauben, daß  
es in der Demokratie notwendig  
ist, die Parteien aus öffentlichen  
Mitteln zu finanzieren. Wenn sich  
nun - ich möchte mich beileibe  
nicht in innerparteiliche  
Angelegenheiten einer anderen

Partei einmischen - der derzeit in seiner Funktion beurlaubte oder zurückgelegte Obmann, StR Eichhübl, so leise davon stehen möchte und sagt, sie ersparen mit dem Verzicht von 104.000 Schilling der Gemeinde sehr viel und sie haben das nicht kassiert im Jahre 1992 und sie werden auch im Jahr 1993 darauf verzichten, so muß ich sagen, bitte das war ja der Abänderungsantrag, den sie vorgetragen haben. Es wäre - glaube ich - sehr, sehr undemokratisch, wenn man dann, beim Verteilen dieser Parteienfinanzierung herginge, zuerst dagegen ist, einen Gegenvorschlag macht und dann den vollen Betrag kassieren will. So, glaube ich, geht das nicht! Er stellt das so hin, als wäre dies eine besondere Leistung, daß sie darauf verzichten und diesen Betrag nicht einfordern.

Wir von der ÖVP glauben, daß das wirklich zurecht besteht, daß diese Finanzierung jetzt einmal gesichert ist und wir werden auch diesem Antrag die Zustimmung erteilen. Ich möchte nur anmerken, daß es mir trotzdem leid tut, daß durch die Vorfälle in der FPÖ das Ansehen der Gemeinderäte in Steyr und der Politiker insgesamt nicht gestärkt, sondern in der Öffentlichkeit geschwächt wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:  
StR Eichhübl zum zweiten Mal; bitte!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:  
Meine zweite Wortmeldung wird ganz kurz ausfallen - nur eine Antwort auf das, was Koll. StR Schloßgangl gesagt hat. Selbstverständlich muß ich mich hier zu Wort melden und darauf hinweisen, daß wir diese 104.500 S nicht in Anspruch nehmen, denn es sind ja die vollen Beträge im heutigen Amtsbericht zur Beschlußfassung vorliegend. Nur zur Klarstellung! Da geht es sicherlich nicht um ein "Davonstehlen", sondern um eine Klarstellung, wie wir das halten! Selbstverständlich werden wir dabei bleiben, obwohl unser Antrag abgelehnt worden ist, daß wir dieses Geld nicht in Anspruch nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:  
Herr Payrleithner zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:  
Werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich habe nicht vor, hier innerparteiliche Schmutzwäsche zu waschen - das überlasse ich anderen!  
Ich darf nur zwei Dinge feststellen: Es ist natürlich vollkommen absurd - Doppelverrechnungen. Damit wird sich auf meinen Antrag hin selbstverständlich das Parteigericht noch beschäftigen. Das ist an sich nicht das Gremium hier, darüber zu diskutieren.

Das zweite ist, daß ich meine Steuererklärung noch gar nicht abgegeben habe. Selbstverständlich werde ich sie dann so abgeben, daß alle Belege und alles andere in Ordnung ist und sie nach erfolgter Prüfung selbstverständlich rechtzeitig eingereicht wird!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor; ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

An und für sich, geschätzte Damen und Herren, hätte ich schon geglaubt, daß ich auch eine Wortmeldung abgebe, um noch eine Chance zu geben, daß sich andere äußern. Ich möchte nämlich nicht nur zum Antrag, sondern auch zum "Drumherum" etwas sagen - ohne zusätzlich Öl in das Feuer gießen zu wollen, das in der Freiheitlichen Fraktion ohnedies hell auflodert.

Die Verzichtserklärungen schon seinerzeit auf diese 100.000 Schilling - inzwischen valorisiert ein bißchen mehr - und andere kosmetische Operationen schönen das Bild ja nicht - im Gegenteil! Es schmälert auch die Verfehlungen nicht, daß man dann, wenn man weniger nimmt, trotzdem das Geld nicht zweckentsprechend anlegt und widmet.

Vor allem eines ist mir aufgefallen und das ist der

Punkt, der uns im GR so weh tut. Daß nämlich die Saubermacher, sozusagen jene, die das hier besonders laut gebracht haben, dann selbst auf solche Art und Weise agieren. Mir ist schon klar, daß der Kostennachweis solcher Schulungsgelder schwierig ist, wenn man in den letzten Monaten oder Jahren sehr viel gratis Berichterstattung in den Medien bekommen hat, was sich andere Fraktionen mühsam über Kleinarbeit und die Herausgabe eigener Medien erst verdienen müssen.

Das, was mir aber am meisten weh tut in der ganzen Angelegenheit, ist - Bgm. Leithenmayr hat das schon ausgeführt -, daß wir unsere jüngste Gemeinderätin aus unserer Mitte verloren haben. Das erinnert mich so an die Geschichte, wo vielfach der Bote, der eine schlechte Botschaft überbracht hat, liquidiert wurde oder sich selbst liquidiert hat. Es ist dies ein Bauernopfer gewesen - kein Bauer-Opfer, aber ein Bauernopfer - und ich hoffe, daß diese innerparteiliche Situation in der FPÖ entsprechend geregelt wird.

Das wäre mein Diskussionsbeitrag gewesen. Ich wollte das nicht als Schlußwort verpackt haben, um eben noch die Chance für eine Diskussion zu geben. Ansonsten, zum gegenständlichen Antrag selbst, habe ich nichts zu sagen, sondern nur die Bitte zu äußern, daß diesem die Zustimmung gegeben wird.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Wer dafür ist, den bitte ich um  
ein Zeichen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

In der von uns abgeänderten  
Form! Abzüglich der 104.500  
Schilling.

ZWISCHENRUF:

Das geht doch nicht!

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUF

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Alles klar, wir stimmen zu und  
nehmen es nicht in Anspruch!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Keine Gegenstimmen! Keine  
Stimmhaltungen. Einstimmig  
beschlossen. Ich bitte um den  
nächsten Antrag.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT  
ZAGLER:

Der nächste Punkt betrifft das  
Museum Industrielle Arbeitswelt  
- die Weiterleitung einer Lan-  
desförderung nach Zusage durch  
Hr. LH-Stv. Dr. Grüner, der uns  
mitteilt, daß die LR einen  
Subventionsbetrag von 500.000  
Schilling aus Bedarfszuwei-  
sungsmitteln an uns überweist  
und nicht direkt an das MAW.  
Das hat formal-rechtl. Gründe,  
weil eben nur eine öffentl.  
Gebietskörperschaft, wie die  
Stadtgemeinde, Subventions-  
empfänger sein kann. Wir haben

das Geld vereinnahmt und wollen  
das klarerweise dem Ver-  
wendungszweck entspr. an das  
Museum Arbeitswelt wei-  
terleiten.

42) K-7095/80

Museum Industrielle Ar-  
beitswelt; Weiterleitung  
einer Landesförderung v.  
S 500.000,--.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
Ben:

Aufgrund des Amtsberichtes der  
MD vom 11. 2. 1993 wird dem  
Verein Museum Industrielle  
Arbeitswelt eine Subvention in  
Höhe von S 500.000,-- gewährt,  
die eine Weiterleitung der der  
Stadt Steyr mit Beschluß der Oö.  
LR vom 25. 1. 1993 gewährten  
Bedarfszuweisung in Höhe von S  
500.000,-- darstellt.

Zum genannten Zweck werden  
S 500.000,--

(fünfhunderttausend)

bei der VA-St. 1/3600/757000.7  
freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Wortmeldungen? Keine. Wer für  
den Antrag ist, den bitte ich um  
ein Zeichen. Danke. Gegenprobe?  
Stimmhaltung? Keine. Ein-  
stimmig angenommen. Nächster  
Punkt.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT  
ZAGLER:

Beim nächsten Punkt handelt es  
sich - das ist erstmalig im GR -

um eine Übertragung nicht beanspruchter, jedoch beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1992 in das Jahr 1993. Bisher war die Übung so, daß wir in den Vorjahren zwar oftmals Beschlüsse herbeigeführt haben, oft unter sehr vielen Diskussionsbeiträgen, und dann im nächsten Jahr den Beschluß ein erneutes Mal fassen mußten, um ihn zur Auszahlung zu bringen. Um dieses Verfahren zu verbessern, zu beschleunigen bzw. abzukürzen, liegt dieser Antrag vor.

Es handelt sich um Beschlüsse der zuständigen Gremien; d. h. entweder des GR oder - dort, wo das Beschlußerfordernis StS genügt - durch Beschlüsse des StS. Die Gesamtliste umfaßt mehrere Positionen im Gesamtwert von 25,865.146,46 Schilling.

43) Ha-3900/92

Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben v. Finanzjahr 1992 in d. Finanzjahr '93.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II v. 15. 2. 1993 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen in Höhe von insgesamt S 25,865.146,46 genehmigt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitungen erfolgt durch Übertragung der Voranschlagsreste aus dem Finanzjahr 1992. (BEILAGE)

Ich bitte, diesem vorliegenden Werk die Zustimmung zu erteilen. Alles ist in den zuständigen Gremien bereits so beschlossen worden, die finanziellen Auswirkungen sind allerdings erst im Jahr 1993 spürbar.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wird das Wort gewünscht? Hr. StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte nur in groben Zügen das wiederholen, meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm., was ich bereits im Zusammenhang dieses vorliegenden Antrages in der StS-Sitzung zum Ausdruck gebracht habe. Daß nämlich die Freiheitl. GR-Fraktion das Budget 1992 abgelehnt hat, weil eine Reihe von Vorschlägen, von finanziellen Ausgaben, Einnahmen, aber vor allen Dingen Einsparungsvorschlägen nicht berücksichtigt wurden im Budgetjahr 1992. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite - das muß man auch sehr deutlich sagen - ist die gewesen, daß es eine Reihe von uns gut geheißenen Ausgaben- und Einnahmenpositionen in diesem Budget gegeben hat, dem wir dann auch schlußendlich die Zustimmung geben konnten. Nachdem es aber nicht möglich war und ist, über einzelne Budget-Posten getrennt abzustimmen, trifft das, was ich

gesagt habe, für das Budgetjahr 1992 auch für diesen Antrag zu. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten. Denn auch unter dem Übertitel "Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1992 in das Finanzjahr 1993" sind eine Reihe von Vorhaben finanzieller Art aufgelistet, denen wir durchaus die Zustimmung geben könnten, aber es sind natürl. auch Beträge drinnen, die wir abgelehnt haben (beispielsweise die Überdachung der Kunsteisbahn).

Daher, meine Damen und Herren, werden wir uns der Stimme enthalten. Ich darf gleich hinzufügen, daß dies auch für den nächsten Antrag gilt.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Keine weitere Wortmeldung liegt vor. Wird ein Schlußwort gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Wer enthält sich der Stimme? 8 Enthaltungen (FP). Der Antrag ist mit 8 Stimm-enthaltungen angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der vorletzte und gleichzeitig finanziell umfangreichste Antrag ist der vorläufige Abschluß des o. und ao. HH 1992, in dem die Rücklagenbewegungen dargestellt wurden.

Ich will ein paar Worte aus dem Amtsbericht herausgreifen. Es geht darum, daß die Einnahmen bzw. die Ausgaben des o. H. um etwa 90 Mill. S abgewichen haben vom ursprüngl. Voranschlag. Das ist fast zur Gänze einnahmenseitig darauf zurückzuführen, daß die Gewerbesteuer-Zahlungen durch BMW in diesem Umfang geflossen sind. Das war natürlich bei der Budgetierung nicht vorhersehbar!

Beim ao. HH ist der Riesenbrocken, der sich - wenn man hinschaut - als Differenz zw. budgetiertem und tatsächlich abgerechnetem Betrag ergibt, aus der Übermittlung der sog. Sparkassenfonds-Gelder aus dem Haushaltsbereich der Stadtgemeinde in den errichteten Sparkassenfonds zu verstehen. Im Antrag wird daher folgendes festgestellt:

44) Buch-7800/92

Ausgleich des o. und ao. Haushaltes 1992 durch Entnahmen bzw. Zuführungen von Rücklagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Ausgleich des o. Haushaltes wird eine Zuführung an die Allgemeine- und Betriebsmittelrücklage in Höhe von S 202,843.707,26 bewilligt.

Der Ausgleich im ao. Haushalt hat durch Rücklagenzuführungen in Höhe von S 1,673.507,84 sowie Rücklagenentnahmen in Höhe von S 162,544.885,59, somit

einer Netto-Rücklagenentnahme in Höhe von S 160,871.377,75 zu erfolgen.

Zum Ausgleich des o. und ao. Haushaltes werden somit Rücklagen in Saldo um insgesamt S 41,972.329,51 erhöht. (Wir sind also rücklagenmäßig um diese rd. 42 Mill. S besser gestellt, als wir ursprüngl. planten!)

Für die Zuführungen an Rücklagen werden bei den angeführten Voranschlagsstellen die entspr. Freigaben und Kreditüberschreitungen vorgeschlagen. (BEILAGE)

Es ist auch eine sehr erfreuliche Informations-Maßnahme - ich sage das für jene dazu, die es vielleicht überblättert haben -, die Beilage zu diesem Antrag, die sehr deutlich die ges. Jahresrechnung, die Haushaltsgebarung, die Rücklagenentwicklung und vor allem auch die Schuldenentwicklung (wo wir auch eine erfreuliche Abnahme feststellen können, trotz erhöhter Schuldenzahlungen, die wir letztes Jahr im Dez.-GR beschlossen haben) zeigt. Ich glaube also, ohne jetzt dem Rechnungsabschluß schon vorgreifen zu können, daß es ein finanztechn. gutes Jahr 1992 war. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Wer ist für diesen Antrag? Danke.

Wer ist dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 5 Enthaltungen (FP).

Ich gebe den Vorsitz wieder zurück an den Bgm.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Koll. Zagler das Wort.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Zu meinem letzten Antrag - es geht um eine Vorschrift aus dem Oö. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz, wo hier die Kommunen untersucht werden, ob alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden. In diesem Jahr wurde die Gärtnerei geprüft. Es sind insges. 17 Mängel, zum Teil kleinster Natur, festgestellt worden. Wenn Sie wünschen, daß ich alle 17 vorlese, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Nachdem dies nicht erfolgt ist, ersuche ich, die Abstimmung durchzuführen.

45) Ges-3444/91

San-3996/91

Gemeindebediensteten-  
Schutzkommission.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Gemeindebed.-Schutzkommission beim Mag. der Stadt Steyr vom 28. Jänner 1993 wird der Tätigkeitsbericht der Gemeindebediensteten-Schutzkommission über das Jahr 1992 zur Kenntnis genommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Wer wünscht das Wort? Fr.  
Kollegin Scheucher bitte.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEU-  
CHER:

Nach Durchsicht dieser 17  
Punkte, betreffend die  
Stadtgärtnerei-Überprüfung, bin  
ich zur Ansicht gekommen,  
eigentl. müßten bei unseren  
öffentl. gärtnerischen Anlagen  
überall Tafeln angebracht  
werden mit dem Text: "Vorsicht!  
Blumen stehlen kann Ihre  
Gesundheit gefährden!"

Schauen Sie sich bitte einmal  
Punkt 13) an. Nach Aussage des  
Betriebsleiters werden zur  
kostengünstigen Abwicklung der  
gärtnerischen Arbeiten an  
Grünanlagen derzeit verhält-  
nismäßig hohe Giftmengen  
eingesetzt. Daraus resultiert eine  
nicht unerhebliche Gefährdung  
der Bediensteten der Stadt-  
gärtnerei, die hier beanstandet  
wird als Zusatzgefährdung zu  
bereits sehr ungesunden  
Arbeiten im Bereich der  
Straßenränder u. ä.

Ich glaube, daß nicht nur die  
Mitarbeiter der Stadtgärtnerei  
durch diesen sehr hohen  
Gifteinsatz gefährdet sind,  
sondern daß auch andere  
Menschen eine Gefährdung  
davontragen. Es sind z. B.  
gärtnerische Anlagen der  
Stadtgärtnerei vor allen Schulen  
zu finden, vor Kindergärten usw.  
Meines Erachtens ist es nicht

sehr gesundheitsfördernd, wenn  
Kinder ständig mit diesen  
Giftmengen irgendwie in  
Berührung kommen.

Wir leisten uns diese hohen  
Giftmengen - in Linz geht es in  
der Stadtgärtnerei bereits seit 30  
Jahren ohne Einsatz von  
irgendwelchen Giftmitteln.

STADTRAT KARL HOLUB:

Brauchen sie ja nicht, das kommt  
jetzt alles von der VÖEST  
herunter!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEU-  
CHER:

Sollen wir jetzt eine VÖEST  
bauen?

Ich habe hier einen Text aus der  
Linzer Stadtgärtnerei: Die  
Stadtgärtnerei der Stadt Linz  
betreut 350 ha öffentl.  
Grünflächen, die seit mehr als 30  
Jahren biologisch bewirtschaftet  
werden - wo keinerlei syn-  
thetische Düngemittel, keinerlei  
Pestizide u. ä. Chemikalien  
verwendet werden. Sie bedienen  
sich hpts. der Komposterde aus  
ihrem eigenen Grünschnitt bzw.  
Stein u. ähnlicher Dinge; d. s.  
techn. Sachen, mit denen ich Sie  
nicht langweilen will.

Interessant ist, daß auch die  
finanzielle Bilanz dieses Un-  
ternehmens günstiger ist, als  
wenn Sie mit herkömmlichem  
Pestizid-Einsatz und herkömm-  
lichen synthetischen Düngemit-  
teln arbeiten würden.

Wir haben in Steyr das Glück, daß die bäuerlichen Betriebe am Stadtrand den Grünschnitt der Stadtgärtnerei zur Kompostierung übernehmen, daraus Komposterde erzeugen und einen Teil auch wieder an die Stadtgärtnerei zurückliefern könnten. Ich frage mich, wenn das in Linz möglich ist, daß das ohne Gifteinsatz geht - die Pflanzen in den öffentl. Anlagen in Linz sind wirklich gesund und schauen gut aus -, dann müßte das doch auch in Steyr möglich sein! Noch dazu wäre die finanzielle Bilanz dann auch eine positive! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Wünscht noch jemand das Wort? Nicht der Fall. Frau Kollegin, Sie haben mich gerade auf etwas gebracht, was ich dem hohen GR auch mitteilen möchte. Vergangenes Jahr habe ich einen Auftrag gegeben, der heuer realisiert wird - daß nämlich im Schloßpark die Bäume beschilbert werden, sodaß sich die Kindergarten- und Schülergruppen auf diesen Baumlehrpfad begeben können. Die Kinder können wieder lernen, die Bäume zu erkennen - das ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr.

Koll. Zagler, das Schlußwort bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ein Kurz-Schlußwort. Wie aus dem Amtsbericht ersichtlich ist,

geht es nur darum, daß dieser Bericht gem. § 24 des Oö. Gemeindebediensteten-Schutzgesetzes dem GR zur Kenntnis zu bringen ist, und es ja andere Instanzen gibt, hier die Schlüsse daraus zu ziehen und Abhilfe zu gestatten.

Ich bin natürl. als Personalreferent auf der anderen Seite wieder gefordert, wenn es heißt: "Stellt mehr 'Unkrautzupfer' ein, anstelle mit einem Spritzwasser darüber zu gießen". Aber trotzdem, es ist nicht unsere Aufgabe, darüber heute Beschlüsse zu fassen; sondern nur, ob wir diesen Bericht zur Kenntnis nehmen oder ob wir diesen Bericht nicht zur Kenntnis nehmen. Darum bitte ich um Kenntnisnahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Ich darf zur Kenntnis bringen, daß Beschlüsse im Ausmaß von S 332,821.300,-- gefaßt wurden.

Nun kommen wir zur Aktuellen Stunde. Wird von der SPÖ-Fraktion ein Thema gewünscht? Nicht der Fall. Von der FPÖ-Fraktion? Hr. Dr. Schwager bitte.

*Beginn der Aktuellen  
Stunde: 18.45 Uhr*

GEMEINDERAT DR. TILMAN  
HORST SCHWAGER:

Sehr geehrter Herr Bgm., hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Wieder einmal ist es eine Postille, die mich veranlaßt, hier das Wort zu ergreifen. Aber in einem Sinn, den Sie vielleicht jetzt einleitend nicht unbedingt erwartet haben. Ich muß Ihnen dazu sagen, ich habe - das ist an alle gerichtet, egal welcher Partei zugehörig - seit der Wahl kein derartiges Blatt gesehen, das so sachlich ist wie dieses! Sie werden enttäuscht sein, aber es geht genauso unter dem Motto, wie ich schon zuerst gesagt habe "das unterschreibe ich". Es ist praktisch wirklich alles zu unterschreiben, was Sie hier ankündigen. Manche Themen kommen mir auch sehr bekannt vor, wie Westbahn über Steyr (wenn schon nicht nach Attnang-Puchheim, sind wir froh, wenn wir sie wenigstens nach Linz bekommen); die überbetriebliche Arbeitsstiftung ist heute auch schon ins Gespräch gekommen. Wir haben gehört, daß sich auch die ÖVP in dieser Richtung versteht - wir selbstverständlich auch. Wenn es auch vielleicht noch ein Mißverständnis gibt, daß wir das nicht als eine quasi staatliche oder städtliche Organisation verstehen wollen. Ich knüpfe mit diesem Blatt noch eines zusammen. Nämlich ein Wort des Hr. Vbgm. Sablik, der

vor einigen GR-Sitzungen hier in diesem Saal gesagt hat: "Wir Sozialdemokraten stehen zur sozialen Marktwirtschaft"! Das habe ich auch sehr gerne gehört und schon einmal aufgegriffen. Mein Eindruck - das darf ich hier hervorheben - ist der, daß Sie sich (aus meiner Sicht Gott sei Dank) vom Sozialismus entfernen und zur Sozialdemokratie bzw. Demokratie weiterkommen. Da finde ich sehr viel gemeinsame Basis und glaube, daß wir auch Sachthemen, die Sie hier ansprechen, sehr wohl gemeinsam werden meistern können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke. SP-Fraktion dazu? Koll. Sablik bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Meine Damen und Herren des GR! Lieber Hr. Dr. Schwager, ich danke für den riesig großen Blumenstrauß, den Sie uns überreicht haben. Aber ich möchte hier etwas feststellen in bezug auf den Namen Sozialistische Partei und die Umwandlung in Sozialdemokratische Partei. Der Begriff "Sozialistische Partei" wurde uns ja 1946 von den 4 Mächten aufgezwungen. Schon damals wurden unsere Vorgänger in diesen Funktionen, die immer auf die Begriffsverwirrung mit den in den östl. Staaten unter der Stalinistischen Diktatur leidenden Völkern hingewiesen haben,

abgespeist mit den Worten: "Wir sind auf dem Weg über den Kommunismus zum Sozialismus!" Uns wurde natürl. durch den Begriff der Sozialistischen Partei langsam dieser Stempel des leicht diktatorischen Regimes aus den Oststaaten aufgedrückt.

Gelächter

Das war nur eine logische Entwicklung, meine Damen und Herren (Sie können darüber lachen, wie Sie wollen), daß sich unsere Partei jetzt den Namen zugelegt hat, wie sie schon seit vielen Jahrzehnten gelebt hat - SOZIAL und DEMOKRATISCH!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Gibt es seitens der ÖVP-Fraktion eine Wortmeldung? Koll. StR Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich werde jetzt nicht darüber diskutieren, ob das sozial und demokratisch oder sozial undemokratisch heißen soll. Ich glaube, das wäre unangebracht in Anbetracht der zahlreichen Umarmungen, die es momentan gegeben hat, die mich selbst fast vom Sessel geworfen haben.

Es wäre an sich mit dem Schmunzeln genug über die Liebeserklärung des Dr. Schwager, wenn nicht ein kleiner Gedankenfehler damit verbunden wäre. Meine Damen und Herren, allen Ernstes und voll bewußt dessen, was ich Ihnen

sage: Kommunalpolitik ist, gemeinsam die Kräfte für eine Stadt einsetzen! Der Versuch zur Gemeinsamkeit ist daher nicht lobenswert, sondern die Selbstverständlichkeit; die Grundvoraussetzung über eine kommunale Demokratie! Ich glaube, das sollten wir uns stets vor Augen halten. Wir werden niemals in einer Zeit leben, wo wir in allen Sachen in allen Fraktionen oder Fraktions-Splittern zu einer Meinung kommen. Das war nicht nur eine Anspielung auf die Freiheitliche Mannschaft - in jeder demokratischen Partei gibt es versch. Richtungen und Strömungen, wo die Mitglieder dieser Fraktionen auch versch. Aktionsschwerpunkte erkennen können. Das ist normal, das ist natürlich und das ist Demokratie! Aber die Aufgabe der Kommunalpolitik, die Aufgabe der pol. Parteien an sich und ihr einziger Sinn - wirklich ihr einziger Sinn - ist es, diese versch. Strömungen, die doch in einer gemeinsamen Geisteshaltung vorkommen können, zu koordinieren und in Abstimmung miteinander für die Mitbürgerinnen und Mitbürger das Bestmögliche daraus zu machen. Das ist schlicht und einfach Kommunalpolitik. Es ist völlig egal, meine Damen und Herren, ob der Kanaldeckel unter einem roten StR, unter einem blauen StR, unter einem schwarzen oder einem grünen StR scheppert. Scheppern tut er, und reparieren

müssen wir es. Das ist Kommunalpolitik.

Es ist völlig unerheblich, ob der städt. Autobus unter einem schwarzen Referenten, unter einem roten oder einem blauen Referenten nicht funktioniert! Es ist völlig egal. Die Bevölkerung ist böse darüber, wenn es nicht funktioniert. Hier haben wir die Aufgabenstellung zu sehen.

Es ist schon richtig, daß wir strukturverbessernde Maßnahmen für unsere Region setzen müssen; es ist nur ein Jammer, daß wir in Sonderflugschriften der Bevölkerung mitteilen müssen oder glauben, es mitteilen zu müssen, daß wir das zum Guten der Leute tun wollen. Da ist nämlich die eigentliche Krise der Demokratie. Über die sollten wir ganz bewußt und vielleicht auch einmal zu Hause in der eigenen Fraktion diskutieren, ob wirklich alles so gut und richtig ist, was wir an Öffentlichkeitsarbeit leisten.

Ich glaube, daß wir schon Fehler aufzeigen sollen; mein Beitrag darf nicht so verstanden werden, daß man Übelstände und Verbesserungswürdiges nicht klar ausspricht. Aber daß man aus dem erkannten Fehlbestand gemeinsam im Zusammenwirken des Beste für unsere Stadt tun muß, das ist das kommunal-demokratische kleine 1 x 1! Ich glaube, es war ganz gut und richtig, wenn man es wieder einmal in Erinnerung ruft!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Wünschen auch die Grünen eine Wortmeldung dazu? Nicht der Fall.

Dann erlaube ich mir noch ein paar Worte zu diesem Thema. Es ist sehr interessant: kommunal-demokratisch, sozial-demokratisch, soziale Marktwirtschaft. Es ist bemerkenswert, was sich alles auftut in dieser Diskussion. Für mich paßt sozial und Demokratie in meinen Ohren verhältnismäßig gut zusammen.

Soziale Marktwirtschaft - das ist etwas, das bisher noch nicht realisiert wurde. Ich habe schon kluge Leute sagen hören: "Der Markt selbst ist nicht sozial!" Daher ist unser Einfluß maßgeblich, daß hier auch eine soziale Komponente vorhanden ist. Das zeigt sich gerade wieder an der Diskussion, die wir am Beginn unserer Sitzung gehabt haben im Hinblick auf die Beschäftigung und solche Dinge mehr. In vielen anderen Bereichen ist das auch so.

Jedenfalls freut es mich, daß eine so freundliche Stimmung am Ende dieser GR-Sitzung vorhanden ist. Ich würde mir wünschen, daß es so bleibt. Vermutlich wird es nicht immer so sein können. Es ist so, daß uns versch. Parteien hereingeschickt haben; diese Parteien gehören zur Demokratie, wie das Wasser zum Leben und die Luft zum Atmen. Hier werden untersch. Positionen vertreten - das ist so und es ist auch gut! Dagegen gibt

es nichts einzuwenden. Diese Positionen werden in den jeweiligen Aussendungen erläutert. Das ist auch normal, und ich finde eigentlich nichts dabei, wenn das einmal pos. erwähnt wird. Vielleicht sollte man sich in diesem Zusammenhang einen Spruch in Erinnerung rufen: "Selbst der liebe Gott hat es notwendig, daß am Sonntag vormittag die Kirchenglocken läuten!" So wird es auch bei den pol. Parteien sein, daß sie ihr Programm oder ihre Vorstellungen der Öffentlichkeit von ihrem Gesichtspunkt her kund tun.

Es ist eine Frage des Stils, wie wir das machen. Zum Schluß kommend möchte ich sagen, daß es erfreulich ist, wenn dieser Stil wenigstens ein guter ist, wenn es schon untersch. Positionen gibt. Es kommt darauf an, wie wir uns aus diesen Positionen heraus miteinander verständigen, um das Beste für unsere Stadt zu tun. Gibt es ein weiteres Thema in der Aktuellen Stunde? Das ist offenbar nicht der Fall. Dann, meine Damen und Herren, sind wir tatsächlich am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt. Ich darf mich bei allen für die Aufmerksamkeit, für die Diskussionsbeiträge und für die Disziplin bedanken.

Ganz zum Schluß darf ich noch eine erfreuliche Mitteilung machen. Wir haben bei einem Benefiz-Turnier zugunsten des Friedensdorfes International als Politiker mitgewirkt und es ist

gelingen (Dank des Einsatzes von ganz hervorragenden und ehrgeizigen Fußballern), auch einen Pokal zu erreichen. Das ist er - mir wurde angeboten, ihn in den Räumen des Bgm.-Büros zur bleibenden Erinnerung an diesen gemeinsamen Tag aufzustellen. Damit ist die heutige Sitzung geschlossen.

Beifallskundgebung

ENDE DER SITZUNG: 19.04 UHR

*DER VORSITZENDE:*

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

*DIE PROTOKOLLFÜHRER:*

OMR Mag. Augustin Zineder e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

*DIE PROTOKOLLPRÜFER:*

Josef Brandstötter e.h.

DI Frank Mundorff e.h.

